



April 1919: die Sozialistische Republik Donawitz

HEIMO HALBRAINER

Im Jahr 1931 schrieb der Generaldirektor der Österreichisch-Alpine Montangesellschaft (ÖAMG) Felix Busson im Rahmen eines Beitrags über die sozialpolitische Entwicklung der ÖAMG: „Am 7. April [1919] wurde ohne jeden äußeren Anlaß nach einer improvisierten Versammlung der Werksdirektor in seinem Bureau von eindringenden Arbeitern überfallen, tätlich mißhandelt und mit Schlägen und Stößen bis in seine Wohnung getrieben. Nach diesem Ereignis nahmen die Arbeiter vollkommen ruhig die Arbeit wieder auf. Nach Schichtschluß wurde eine Versammlung unter freiem Himmel abgehalten, die Absetzung der bisherigen Werksleitung und die Einsetzung eines viergliedrigen Direktoriums (zwei Arbeiter und zwei Angestellte) beschlossen. Das neue Direktorium wandte sich drahtlich nach Wien und berief den zuständigen Minister, um die nötigen Regierungsakte für die Durchführung der Sozialisierung des Werkes Donawitz an Ort und Stelle vorzunehmen. Der Generaldirektion wurde der Auftrag erteilt, die zur Auszahlung nötigen Mittel jeweils am Zahlungstag bereitzustellen. Inzwischen konstituierte sich am Werk eine Verkaufsabteilung, die daran ging, für den sozialisierten Betrieb die vorhandenen Vorräte aufzuführen und dem Verkaufe zuzuführen. Die Regierung war nicht wenig erstaunt und setzte sich mit dem Metallarbeiterverband in Verbindung, der einige seiner Funktionäre nach Donawitz entsandte. [...] Als am Zahltag der sozialisierte Betrieb ohne Geld blieb und auch der Verkauf sich nur auf einige Stangen Eisen erstrecken konnte, brach die sozialistische Republik Donawitz zusammen.“¹

Dass im April 1919 in Donawitz seitens der Arbeiter der Versuch unternommen wurde, den Betrieb zu sozialisieren, erfolgte nicht – wie Busson in seinem Beitrag Glauben machen will – aus heiterem Himmel. Ausschlaggebend dafür waren neben der aktuell katastro-

phen wirtschaftlichen Lage unter anderem auch eine lange Tradition der Arbeitskämpfe in Donawitz,² die Ausrufung der ungarischen Räterepublik und damit verbunden auch das Signalwort der österreichischen Revolution – „Sozialisierung“.

Aufbegehren 1917/18

Unter dem Eindruck des schrecklichen Hungerwinters 1916/1917 – im Volksmund „Steckrübenwinter“ genannt –, dem Attentat Friedrich Adlers auf Ministerpräsidenten Stürgkh am 21. Oktober 1916 und dem Sturz des Zaren in Russland im März 1917 kam es zu einer zunehmenden Radikalisierung unter der Arbeiterschaft in den steirischen Industriezentren, allen voran in Donawitz und Seegraben – heute Stadtteile von Leoben. Der „Burgfriedenpolitik“ der Sozialdemokratie wurde zuerst noch zaghaft, schließlich aber immer manifester eine Abfuhr erteilt. Bereits am 31. März 1917 trat die gesamte Belegschaft des Hüttenwerkes Donawitz erstmals wegen der ungenügenden Versorgungslage in den Streik.³ Wie wenig die Arbeiterschaft in dieser Phase hinter dem Kurs der Sozialdemokratischen Partei stand, verdeutlicht ein Bericht der k.k. Polizeidirektion Graz vom August 1917, wo es heißt, dass der Sozialdemokratischen Partei derzeit „die merkwürdige Aufgabe zu[fällt], in beschwichtigendem Sinn auf die Masse, auf die sie Einfluß hat, einzuwirken. [...] Die Partei in Österreich [...] ist in der merkwürdigen Lage, ihr Eisen nicht schmieden zu können, so lange es warm ist, und jetzt wäre es für eine wirklich revolutionäre Partei warm genug. Es ist nur die Frage, ob die Massen nicht über den Kopf der Partei etwas unternehmen. Die Anzeichen mehren sich.“⁴ Die Lage kulminierte schließlich im Jännerstreik 1918,⁵ der von mehr als einer halben Million Streikenden in der österreichischen Reichshälfte getragen wurde und wo nun neben einer ausreichenden Lebensmittelversorgung auch politische Forderungen artikuliert wurden. So wur-

den neben der Aufhebung der Militarisierung der Betriebe auch der sofortige Friedensschluss ohne „territoriale Forderungen“, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Gemeinden sowie die sofortige Freilassung Friedrich Adlers und anderer politischer Gefangener gefordert. Nachdem die Regierung zu den Forderungen der Streikenden Stellung bezogen hatte, forderte die Führung der Sozialdemokratie die Streikenden zur „Wiederaufnahme der Arbeit“ auf. In der Steiermark führten die letztlich unerfüllten Forderungen des Jännerstreiks dazu, dass es in den folgenden Monaten wiederholt zu Ausständen in den Betrieben kam und die sozialdemokratische Parteiführung – wie schon im Jänner – alle Hände voll zu tun hatte, die revolutionäre Stimmung einzudämmen.

In Leoben kam es Mitte Mai aufgrund der immer tristeren Lage – und nachdem es bereits am 12. und 13. Mai 1918 in den obersteirischen Gemeinden Fohnsdorf und Judenburg zu Plünderungen in der Folge einer Meuterei des in Judenburg stationierten slowenischen Infanterieregiments Nr. 17 gekommen war⁶ – ebenfalls zu Plünderungen. So berichtete der Leobener Chronist Josef Freudenthaler: „Verbittert über die mangelhafte Versorgung [...] strömten in später Abendstunde mehrere hundert Arbeiter und Arbeiterinnen, meist aber junge Leute, aus Donawitz in die Stadt, johlten und schrien, zertrümmerten die Spiegelscheiben der großen Stadtgeschäfte und begannen zu plündern.“⁷

Republik des Hungers und der Not

Mit der Proklamation der Republik im November 1918 wurde zwar die Habsburgerdynastie „hinweggefegt“ und fast alle politischen und sozialen Forderungen der letzten Jahre Wirklichkeit. Nicht gebessert hatte sich mit der österreichischen Revolution allerdings die wirtschaftliche und soziale Lage: Lebensmittelmangel, Brennstoffnot sowie das Fehlen der notwendigsten Kleidungs-



Felix Busson (1874–1953), Generalsekretär der Österreichischen Alpine-Montangesellschaft

stücke bestimmten neben der „Spanischen Grippe“, die fast in jeder Familie in Leoben ein Opfer forderte, weiterhin die unmittelbare Nachkriegszeit. Wie trostlos die Situation zum Jahreswechsel 1918/19 vor allem in Donawitz war, schilderte das Mitglied der sogenannten „Brotkommission“ in Leoben, Josef Freudenthaler. So wurde der Mehllanteil zwar verdoppelt, er erreichte aber damit dennoch nur den Stand vom Jänner 1918. Um Milch mussten sich Frauen und Kinder oft „4 bis 5 Tage umsonst anstellen“. Am schlechtesten jedoch war die Versorgung mit Fleisch. Betrug der monatliche Pro-Kopf-Verbrauch in den Bezirken Murau, Liezen, Gröbming, Aussee und Feldbach eineinhalb bis zwei Kilo, so erreichte Leoben einen Wert von nur 75 Dekagramm. Für Donawitz lag der zugewiesene Anteil gar nur bei 48 Dekagramm. Von diesem Mangel am meisten betroffen waren die Kinder. So ergab eine Untersuchung „wahrhaft erschütternde Bilder“. Von allen Schulkindern bis 15 Jahren konnten nur 80 als „guternährt“ oder „normalernährt“ bezeichnet werden. Alle übrigen, und das waren immerhin mehr als 2.000, waren unterernährt. Für viele Kinder war daher die Einführung der „Amerikanischen Kinderjause“ eine willkommene Bereicherung zum Bimsbrot und den Wruckeln der letzten Jahre.⁸

Da sich im Frühjahr 1919 das Elend nicht gelegt, sondern verschlechtert hatte, kam es immer wieder zu Hungerdemonstrationen mit Plünderungen, so auch in Donawitz. Im Februar 1919 überrannten vor allem Frauen und Kinder den Werksportier und stürmten das

Verwaltungsgebäude, um eine Mehrlieferung an Brennmaterial zu erreichen. Als man es ihnen verweigerte, wurde der größte Teil des eingelagerten Brennmaterials kurzerhand mitgenommen.⁹ Und in Seegraben streikten im Februar und März 1919 über 1.700 Arbeiter für eine Angleichung ihrer Löhne gegenüber den anderen Bergbaubetrieben.¹⁰

Sozialisierung

Eine der zentralen Kampfvokabeln der österreichischen Revolution im Frühjahr 1919 war die Sozialisierung.¹¹ Am 17. April 1919 hieß es – nachdem der Versuch der Sozialisierung in Donawitz und Seegraben gescheitert war – im Leitartikel des bürgerlichen *Grazer Tagblatts* dazu unter anderem: „Die in den Fischeich geworfenen Schlagworte von der Sozialisierung und Enteignung haben die Kreise der Industrie, des Handels und des Gewerbes mit tiefen Besorgnissen über den unbekanntem Umfang und die Tiefe dieser Pläne erfüllt, aber auch in vielen hunderttausend Köpfen, die sich von der Enteignung und Sozialisierung Gewinn erhofften, eine heillose Verwirrung angerichtet, die zu meistern den ministrablen Verantwortlichen schwere Arbeit bereitet. Jene Schlagworte wurden von den regierenden sozialdemokratischen Parteihäuptern ausgegeben, bevor sie deren Inhalt in klare Formen gießen konnten. Der Zweck dieser vorzeitigen Eröffnung war, die Gemüter jener Anhänger der sozialdemokratischen Partei, welche die Früchte der sozialdemokratischen Herrschaft sofort genießen wollten, aber von einer augenblicklichen Erfüllung ihrer Wünsche nichts sehen, zu beruhigen; den kommunistischen Wellen sollte der Damm des erneuerten Vertrauens auf die sozialdemokratischen Versprechungen entgegengestellt werden. Aber die Arbeiter im Donawitzer Hochofenbereiche und in den Seegrabener Kohlenbergwerken wechselten das Schlagwort, das sie aufgingen, mit der vollendeten Tat; sie meinten, daß sie den Inhalt der Sozialisierung und Enteignung sofort selber ausschöpfen und selbst das Wort in die Tat umsetzen können und daß es höchstens einer nachträglichen Genehmigung durch die obersten Instanzen der Partei und der Regierung bedürfe; sie verlangten, daß der Staatssekretär Dr. Bauer und Dr. Schumpeter nach Donawitz kommen, um das Geschehene, die Absetzung der Direktion und die vollzogene ‚Enteignung‘ formell ‚in Ordnung zu bringen‘.“¹²

Tatsächlich hatte Otto Bauer im Jänner 1919 mit der Artikelserie „Der Weg zum Sozialismus“ in der *Arbeiter-Zeitung* einen detaillierten Sozialisierungsplan entworfen, wonach zunächst die Schwerindustrie, das Energiewesen, die großen Forste und die Kommerzbanken sozialisiert werden sollten.¹³ Im „Aktionsprogramm des sozialdemokratischen Verbandes“ vom 19. Februar 1919 hieß es: „Die größten und wichtigsten Aufgaben sind die Wiederaufnahme der Produktion, der Wiederaufbau der Volkswirtschaft, die planmäßige und systematische Sozialisierung aller dazu heute schon reifer Zweige der Volkswirtschaft. Es ist unverzüglich eine Sozialisierungskommission einzurichten, die aus Fachmännern besteht und der durch ein besonderes Gesetz das Recht eingeräumt ist, sich der Unterstützung aller staatlichen Zentralstellen zu bedienen, Experten einzuvernehmen, Erhebungen anzuordnen und das Einvernehmen mit der reichsdeutschen Sozialisierungskommission herzustellen. Die Kommission hat binnen drei Monaten Vorschläge über die Neugestaltung der Volkswirtschaft auszuarbeiten. In ihren Aufgabenbereich fällt insbesondere die Untersuchung und Vorbereitung der Vergesellschaftung einzelner Zweige der Großindustrie, des Großhandels, des Bank- und Versicherungswesens.“¹⁴ Einen Monat später setzte das Parlament mit dem „Gesetz vom 14. März 1919 über die Vorbereitung der Sozialisierung“¹⁵ tatsächlich eine Sozialisierungskommission ein, zu deren Vorsitzenden Otto Bauer gewählt wurde, in der aber die Sozialdemokraten nur zwei von fünf Vertretern stellten.¹⁶ Über dieses Gesetz hieß es im Zentralorgan der KPÖ, *Die Soziale Revolution*, tags darauf: „Der Vorstand des sozialdemokratischen Verbandes hat am Mittwoch in der Nationalversammlung einen Gesetzesentwurf über die Sozialisierung eingebracht. Oder, um mit den Antragsstellern zu reden, über die Vorbereitung der Sozialisierung. Auch dieses bescheidene Wort ist übrigens noch eine sehr unbescheidene Übertreibung. Die Sozialdemokraten gehen nämlich so behutsam zu Werke, daß man höchstens von einer Vorbereitung zur Vorbereitung der Sozialisierung sprechen kann. Ja, wenn man's genau nimmt – und eigentlich soll man solche Dinge genau nehmen –, so kann von Sozialisierung überhaupt nicht die Rede sein, sondern nur von Verstaatlichung, Verländerung, Verstadtlichung.“¹⁷

In dieser Situation wurde am 21. März 1919 im benachbarten Ungarn die Räte-

republik ausgerufen. Umgehend forderten die nach einem Monat Haft wieder auf freien Fuß gesetzten Führer der steirischen Kommunistischen Partei bei der ersten öffentlichen Versammlung nach ihrer Enthaftung am 31. März die Errichtung der Diktatur des Proletariats in Österreich nach russischem und ungarischem Vorbild.¹⁸ Daneben sprachen sie sich gegen die von der Sozialdemokratie ins Leben gerufene Sozialisierungskommission aus, die sie als „wahre Mißgeburt, deren sich speziell Herr Wutte¹⁹ nicht zu schämen brauche [bezeichneten]. Zur Sozialisierung brauchen wir jedoch alle anderen, nur nicht die Unternehmer.“²⁰

Als am 6. April schließlich in Bruck an der Mur und in Leoben Massenversammlungen mit rund 5.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern stattfanden, forderten die kommunistischen Redner – nachdem die Sozialdemokraten am Sprechen gehindert und ausgepiffen wurden – neben der Solidarität mit der ungarischen Räterepublik die Sozialisierung des Hüttenwerks in Donawitz und des Kohlebergbaus in Seegraben.²¹ Tags darauf wurde schließlich der Versuch unternommen, die Sozialisierung selbst in die Tat umzusetzen.

Die Sozialisierung in Donawitz und Seegraben

Der unmittelbare Auslöser für die Sozialisierung in Donawitz und Seegraben²² war der hohe Preis für Mehl und Schmalz bei der Werksfassung der ÖAMG im Hüttenwerk Donawitz.²³ Am Montag den 7. April 1919 sollte mit der Ausgabe des im November 1918 in Leoben beschlagnahmten für Prag bestimmten Waggonen Fett begonnen werden. Da die Preise – Fett sollte das Kilo 49 Kronen und 60 Heller und Mehl acht Kronen kosten – allerdings für die Arbeiterfamilien unbezahlbar waren und zudem auch sonst keine Lebensmittelzubußen ausgegeben werden sollten, verlangten die Frauen eine Intervention der Vertrauensmänner beim Direktor. Direktor Emanuel Baumgartner sagte ihnen lediglich eine Vorsprache bei der Generaldirektion zu, was die Vertrauensmänner den vor der Werksfassung wartenden Menschen mitteilten. Auf das hinauf zog die Menschenmenge zum Direktionsgebäude, führte den Direktor ab und begleitete ihn unter großem Lärm aus dem Werk in seine Villa, die sie nach Lebensmitteln durchsuchten.

Um 18 Uhr fand schließlich eine Versammlung statt, an der – wie der Gendar-



Das Hüttenwerk Donawitz der Österreichischen Alpine-Montangesellschaft um 1920.

merieposten an die Landesregierung meldete – zirka 3.000 Personen teilnahmen²⁴ und bei der der Beschluss gefasst wurde, den Werksdirektor abzusetzen und an dessen Stelle ein provisorisches Direktorium aus der Mitte der Versammelten zu wählen. Dieses Gremium bestand aus zwei Angestellten, den beiden Ingenieuren Erich Frischauf und Georg Schwab, sowie dem sozialdemokratischen Arbeiter Alexander Pink und dem Kommunisten Johann Perosch. Gleichzeitig wurde auch der Verwalter der Werksfassung Wiesauer seines Dienstes enthoben. Das Direktorium nahm daraufhin zu den verschiedenen Betriebsleitern des Werkes Kontakt auf, um eine „ungestörte Fortführung des Betriebes“²⁵ zu gewährleisten. Auch wurde Kontakt zur Generaldirektion in Wien aufgenommen, die dem Direktorium mitteilte, dass weder der Generaldirektor noch ein bevollmächtigter Vertreter nach Donawitz kommen und mit dem Direktorium Gespräche führen werde und dass man nicht wisse, ob der Betrieb überhaupt weitergeführt werde.

Um unter eigener Regie den Betrieb weiterzuführen, nahm das Direktorium am Dienstag mit den Bergarbeitern in Seegraben Kontakt auf, die sich seit Montagnachmittag im Streik befanden. Auch hier hatte am Montagvormittag eine „Deputation der kommunistisch gesinnten Bergarbeiter in Seegraben bei der BH in Leoben und bei der Bergdirektion der österr[eichischen] Alp[inen] Montangesellschaft in Seegraben die Verdopplung der Ration bei Mehl, Fett u. Brot, sowie die Herabsetzung der Lebensmittelpreise in der Werksfassung um 40% gefordert“.²⁶ Da die Direktion auf diese Forderung vorerst nicht einge-

hen wollte, wurde ein 48-stündiger Warnstreik beschlossen.

Nach längerer Verhandlung zwischen den streikenden Bergarbeitern und dem Direktorium aus Donawitz wurde beschlossen, dass die Arbeit in Seegraben mit der Morgenschicht am Mittwoch wieder aufgenommen und der Betrieb in Seegraben ebenfalls sozialisiert werden soll. Aus diesem Grund wurde am 8. April auch in Seegraben ein Direktorium gewählt, welches sich ebenfalls aus zwei Angestellten, einem Ingenieur und einem Kanzlisten, sowie einem sozialdemokratischen und einem kommunistischen Arbeiter zusammensetzte. Zudem wurde für jede der drei Gruben ein paritätisch aus Sozialdemokraten und Kommunisten zusammengesetzter Arbeiterrat gewählt. Die zwölf Mitglieder des Arbeiterrats sollten die näheren Bedingungen für die Durchführung der Sozialisierung des Kohlenwerkes festsetzen.²⁷ Auch wurde die Einführung der Acht-Stunden-Schicht beschlossen. Um die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch aufzubessern, wurde zudem rund 80 Arbeitern dienstfrei gegeben, um in der Umgebung von Leoben – wie der damalige Generalsekretär der ÖAMG Felix Busson anmerkte, „in den schönsten Jagden in Vordernberg alles Wild zu erlegen“.²⁸

Während die Direktorien in Donawitz und Seegraben vergebens darauf warteten, dass die Generaldirektion der ÖAMG bzw. die Regierung Vertreter in die Steiermark entsandten – erste Gespräche mit Regierungsvertretern waren bereits für den 9. April 1919 angekündigt –, trafen sich in Donawitz die sozialdemokratischen Vertrauensmänner mit Gewerkschaftsvertretern aus Wien und



Schachtanlage des Bergbaus Seegraben der Alpine-Montangesellschaft.

Graz.²⁹ Dabei ging es unter anderem auch um die Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses und die Eindämmung des Sozialisierungsversuchs. Dies geschah in der Folge in mehreren Etappen. Zunächst weigerten sich die Regierungsvertreter, mit einem kommunistischen Direktionsmitglied zu verhandeln, weshalb Johann Perosch am 10. April erklärte, dass er „seine Stelle im Interesse der Allgemeinheit niederlege“.³⁰ Bei einer am selben Tag einberufenen Vertrauensmännersitzung wurde ein Aufruf beschlossen, der – wie es in der sozialdemokratischen Zeitung *Arbeiterwille* hieß – „eine ebenso scharfe als erfreuliche Verurteilung des Vorgehens kommunistischer und anderer gewissenloser Elemente bedeutet“. In diesem Aufruf war dann zu lesen, dass die „gesamte Angestelltenschaft des Werkes [...] über die dem Direktor Herrn Baumgartner und über die Herrn Fassungsleiter Wiesbauer am vergangenen Montag zuteil gewordene unwürdige und unmenschliche Behandlung Entrüstung und Abscheu“ ausspreche.³¹ Dies wiederholten auch die sozialdemokratischen Nationalräte Dr. Arnold Eisler und Rudolf Schlager, wobei sowohl der Aufruf der sozialdemokratischen Vertrauensmänner als auch die Proteste der beiden Nationalräte über die angeblich „unwürdige und unmenschliche Behandlung“ im Gegensatz zu den Wahrnehmungen des Gendarmeriepostens Donawitz standen. Dort hieß es nämlich: „Tatsächlich begleitete die Arbeiterschaft den Direktor Baumgartner aus dem Werke, ohne dass an ihm Tätlichkeiten verübt wurden.“ Lediglich über die Enthhebung von Wiesauer wurde angemerkt, dass er „von der Volksmenge aus der Kanzlei hinaus-

gedrängt [wurde], wobei er einige Püffe erhalten haben soll“.³²

Am 10. April fuhr eine von Kommunisten „gesäuberte“ Abordnung des Direktors und der Vertrauensmänner nach Wien, um mit Vertretern der ÖAMG unter Beteiligung von Regierungsvertretern Verhandlungen aufzunehmen. In der zwei Tage später anberaumten Generalversammlung der ÖAMG berichtete Generaldirektor Oskar Rothballer, dass bei den Verhandlungen Otto Bauer dabei war, „der den Donawitzer Hüttenarbeitern und den Seegrabener Bergarbeitern plausibel zu machen versuchte, daß man sich eine Sozialisierung nicht in der Form denke, wie sie sich die Arbeiter naiv vorstellen“. Vielmehr wolle die Regierung „vor der Sozialisierung eine demokratische Leitung der Betriebe vornehmen, die im Wege von Betriebsbeiräten oder Betriebsräten erfolgen soll. [...] Dr. Bauer äußerte sich weiter dahin, daß der Augenblick, wenn sozialisiert werden soll, noch nicht gekommen ist, sondern daß abzuwarten sein wird, wann dieser Augenblick eintreten wird“.³³

Als am 17. April in Donawitz die Verhandlungen fortgesetzt wurden, bei denen neben den Vertretern der Staatsämter für Handel, Gewerbe, Industrie und Bauwesen, für Volksernährung und für soziale Fürsorge sowie den Vertretern des Metallarbeiterverbandes, der Bergarbeiter und des Bundes der Industriearbeitenden seitens der ÖAMG Generaldirektor Oskar Rothballer, Betriebsdirektor Henrik Bäckström, Generalsekretär Felix Busson, Werkdirektor August Zahlbruckner, Berginspektor Ferdinand Backhaus und noch einige andere Direktoren teilnahmen, war das Thema Sozialisierung in Donawitz und Seegraben bereits Geschichte. Die Sozialdemokratische Partei verkaufte die bei den Verhandlungen gefassten Beschlüsse in der Folge unter dem Titel „Die Zugeständnisse der Alpinen an die Arbeiterschaft“³⁴ als Erfolg. Diese „Erfolge“ waren, dass der Direktor nach seinem Urlaub wieder in den Betrieb zurückkehren sollte. Bis dahin war vorgesehen, dass seine Stellvertreter die Führung des Werkes übernehmen. „Ihnen und später dem rechtmäßigen Werksdirektor wird als Beirat der Betriebsrat zur Seite stehen.“ Auch soll die Werksfassung weiter in den Händen der Werksleitung bleiben und der Leiter wieder eingesetzt werden. Die Idee, sie in eine Genossenschaft umzuwandeln, wurde verworfen, doch sollte in Zukunft die Lebensmittelgebarung von einem Verwaltungsrat aus Arbeitern

und Beamten überwacht werden. Lohnfragen wurden zurückgestellt, doch wurde jedem Arbeiter ein einmaliger Anschaffungsbeitrag in der Höhe von 500 Kronen gewährt.³⁵ Die Forderung auf Einführung der Acht-Stunden-Schicht werde – wie es hieß – „vom Generaldirektor Rothballer einem eingehenden Studium unterzogen werden“. Zudem wurde eine Erhöhung der bisherigen Lebensmittelquote in Aussicht gestellt.

Nachgeschichte

Die „Sozialistische Republik Donawitz“, wie Werkssekretär Felix Busson den dortigen Sozialisierungsversuch bezeichnete, war zusammengebrochen, und selbst die sozialpolitischen Forderungen der Arbeiter wurden teilweise auf später verschoben. Mit der Vertröstung auf noch zu erlassende Gesetze war die Sozialisierung in Donawitz und Seegraben „gestorben“. Als man schließlich seitens der Staatskommission die Sozialisierung der ÖAMG in die Wege leiten wollte, wurde sie noch 1919 als Spekulationsobjekt an den italienischen Fiat-Konzern verkauft. 1921 erwarben die Stinnes-Gruppe und 1926 die Düsseldorfer Vereinigten Stahlwerke AG die Aktienmehrheit der ÖAMG.

Noch während zwischen Vertretern der Regierung, der ÖAMG und den von Kommunisten gesäuberten Direktorien verhandelt wurde, setzte die Verfolgung der Anhänger der Kommunistischen Partei in Donawitz und Seegraben ein. Entsprechend der Anweisungen von Staatskanzler Karl Renner an die Steiermärkische Landesregierung vom 8. April 1919³⁶ wurden all jene Kommunisten, die nicht im Gebiet der nunmehrigen Republik Deutsch-Österreich geboren und heimatberechtigt waren, über die Grenze abgeschoben und jene österreichischen Staatsbürger aus dem Ort ihrer Agitationstätigkeit, in dem sie nicht heimatständig waren, ausgewiesen. Um diese zu erfassen, schlug Renner vor, „wird es sich insbesondere empfehlen, wenn die Behörden im gegebenen Falle sich unter anderem rechtzeitig auch mit den in Betracht kommenden Faktoren der organisierten Arbeiterschaft ihres Bezirkes ins Einvernehmen setzen“. Die Führung der Sozialdemokratischen Partei im Bezirk Leoben schritt unverzüglich ans Werk, wie aus einem Bericht des Landesgendarmeriekommandos Steiermark an das Präsidium der Steiermärkischen Landesregierung hervorgeht, wo am 18. April – die Verhandlungen waren tags zuvor beendet worden – „die organisierte sozial-

demokratischen Arbeiter die Abschiebung der dort anwesenden jugoslawischen 14 Kommunisten bei der Bezirkshauptmannschaft stürmisch verlangten, welchem Ansinnen seitens dieses Amtes natürlicherweise bereitwilligst Folge gegeben wurde“.³⁷ Unter den für fünf Jahre aus Österreich abzuschiebenden „Jugoslawen“ – in Wahrheit Untersteirer – waren auch das Direktionsmitglied Kislinger sowie die erst zehn Tagen zuvor gewählten Arbeiterräte des Drasche-Schachts Anton King und Andreas Zalesnik.³⁸

Enttäuscht über die Haltung der Sozialdemokratie in der Schlüsselfrage der österreichischen Revolution, der Sozialisierung, wandten sich in der Folge viele Arbeiter den Kommunisten zu. So heißt es in einem Bericht an die Landesregierung am 23. Juni 1919: „Die Kommunistenpartei in Donawitz ist im starken und raschen Wachsen begriffen und dürfte derzeit bereits eine starke Majorität unter der Arbeiterschaft aufweisen.“³⁹ Dies spiegelte sich teilweise auch in den Betriebsratswahlergebnissen der folgenden Jahre wider, bei denen die *Revolutionäre Gewerkschaftsopposition* zumeist gleich viele Betriebsräte stellte wie die sozialdemokratische *Freie Gewerkschaft*.⁴⁰

Anmerkungen:

1/ Felix Busson: Die sozialpolitische Entwicklung in den Betrieben der Österreichisch-Alpine Montangesellschaft, in: Fritz Erben/Maja Loehr/Hans Riehl (Hg.): Die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft 1881–1931. Wien 1931, S. 131–193; hier S. 168f.
 2/ Siehe dazu u.a. Michael Schacherl: 30 Jahre steirische Arbeiterbewegung. 1890 bis 1920. Graz o.J. [1920]; Heimo Halbrainer: Sepp Filz und seine Zeit. Ein Donawitzer Arbeiter auf der Walz, im Widerstand und beim Wiederaufbau. Diplomarbeit Universität Graz 1993.
 3/ Busson: Entwicklung, S. 159.
 4/ Steiermärkisches Landesarchiv (StLA), Präs. E 91–922/1917, Stimmungsbericht der Polizeidirektion Graz, 7.8.1917.
 5/ Hans Hautmann: Der Jännerstreik 1918 und das Entstehen der Arbeiterräte, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 25. Jg. (2018), Nr. 1, S. 1–10; Hans Hautmann: Jänner 1918 – Österreichs Arbeiterschaft in Aufruhr, in: ders.: Von der Permanenz des Klassenkampfes und den Schurkereien der Mächtigen. Aufsätze und Referate für die Alfred Klahr Gesellschaft. Wien 2013 (Quellen & Studien, Sonderband 16), S. 203–212.
 6/ Johann Andritsch: Die Meuterei in Judenburg im Mai 1918. Judenburg 1968 (Judenburger Museumsschriften 4).
 7/ Josef Freudenthaler: „Eisen auf immerdar!“ Geschichte der Stadt und des Bezirkes Leoben

in Kulturbildern. Leoben 1936, S. 352.

8/ Ebd., S. 383.

9/ Busson: Entwicklung, S. 168.

10/ Der Bergarbeiterausstand in Seegraben, in: *Arbeiterwille*, 28.2.1919; Zur Lohnbewegung und zum Bergarbeiterausstand in Seegraben und Fohnsdorf, in: *Arbeiterwille*, 8.3.1919; StLA, Sth. Präs. E 91–206/1919, Berichte und Telegramme des Landesgendarmeriekommandos Steiermark, Posten Seegraben, zwischen 23.2. und 12.3.1919.

11/ Dazu v.a. Erwin Weisel: Die Ohnmacht des Sieges. Arbeiterschaft und Sozialisierung nach dem Ersten Weltkrieg in Österreich. Wien 1976.

12/ t.j.: Wasser in den gärenden Most, in: *Grazer Tagblatt*, 17.4.1919.

13/ [Otto Bauer]: Der Weg zum Sozialismus. Die Vergesellschaftung der Großindustrie, in: *Arbeiter-Zeitung*, 9.1.1919; Der Weg zum Sozialismus. Die Organisation der Industrie, in: *Arbeiter-Zeitung*, 10.1.1919; Der Weg zum Sozialismus. Die Arbeiterausschüsse, in: *Arbeiter-Zeitung*, 12.1.1919; Der Weg zum Sozialismus. Die Vergesellschaftung des Großgrundbesitzes, in: *Arbeiter-Zeitung*, 14.1.1919; Der Weg zum Sozialismus. Die Sozialisierung der bäuerlichen Wirtschaft, in: *Arbeiter-Zeitung*, 16.1.1919; Der Weg zum Sozialismus. Die Sozialisierung des Wohnbodens und der Haushaltungen, in: *Arbeiter-Zeitung*, 19.1.1919; Der Weg zum Sozialismus. Die Vergesellschaftung der Banken, in: *Arbeiter-Zeitung*, 22.1.1919; Der Weg zum Sozialismus. Die Expropriation der Expropriateure, in: *Arbeiter-Zeitung*, 26.1.1919; Der Weg zum Sozialismus. Die Voraussetzungen der Sozialisierung, in: *Arbeiter-Zeitung*, 28.1.1919.

14/ Ein Aktionsprogramm des sozialdemokratischen Verbandes, in: *Arbeiter-Zeitung*, 21.2.1919.

15/ Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich, Nr. 181/1919: Gesetz vom 14. März 1919 über die Vorbereitung der Sozialisierung.

16/ Der Vorstand der Sozialisierungskommission bestand aus Otto Bauer, Ignaz Seipel, Franz Domes, Leopold Kunschak und Viktor Wutte.

17/ Sozialdemokratische Sozialisierung, in: *Die Soziale Revolution*, 15.3.1919.

18/ Dazu u.a. *Arbeiterwille*, 31.3.1919; *Die Soziale Revolution*, 2.4.1919. Vgl. StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, H. 1, Bericht der Polizeidirektion an das Präsidium der Steiermärkischen Landesregierung vom 31.3.1919; Bericht des Landesgendarmeriekommandos an das Präsidium der Steiermärkischen Landesregierung vom 3.4.1919.

19/ Der Grazer Industrielle Viktor Wutte gehörte als Mitglied der Großdeutschen Partei der Konstitutionellen Nationalversammlung und der Sozialisierungskommission an.

20/ Die Auseinandersetzung in Graz, in: *Die Rote Fahne*, 5.4.1919. Dazu auch: StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, Kommunistische Partei Deutschösterreich, Ortsgruppe Graz, öffentliche Versammlung am 30.III.1919.

21/ Robert Hinteregger: Die Steiermark 1918/19. Dissertation Universität Graz 1971, S. 169; Die Bewegung in Steiermark, in: *Die Rote Fahne*, 12.4.1919; Nachrichten aus Steiermark, in: *Arbeiterwille*, 12.4.1919.

22/ Karl Stocker: „Trotz völliger Lockerung der Mannszucht ...“ Soziale Konflikte in der Österreichisch-Alpinen Montangesellschaft 1917–1919, in: Helmut Konrad/Karin M. Schmidlechner (Hg.): Revolutionäres Potential in Europa am Ende des Ersten Weltkrieges. Die Rolle von Strukturen, Konjunkturen und Massenbewegungen. Wien, Köln, Weimar 1989, S. 111–127.

23/ Die folgende Darstellung beruht auf Akten des Gendarmeriepostens Donawitz bzw. Seegraben (StLA, Sth. Präs. E 91–206/1919) und Berichten in den Zeitungen: *Arbeiterwille* (11.4., 13.4., 25.4.1919), *Arbeiter-Zeitung* (10.4., 15.4.1919), *Grazer Tagblatt* (10.4., 14.4., 16.4., 17.4.1919), *Obersteirische Volkszeitung* (10.4., 12.4., 19.4., 23.4.1919), *Die Rote Fahne* (12.4., 16.4.1919), *Tagespost* (9.4., 10.4.1919).

24/ StLA, Sth. Präs. E 91–206/19, Donawitz Hüttenwerk: Direktionsentlassung, Bericht an das Präsidium der Steiermärkischen Landesregierung, 8.4.1919.

25/ *Obersteirische Volkszeitung*, 10.4.1919.

26/ StLA, Sth. Präs. E91–206/19, Bergarbeiter in Seegraben, Arbeitseinstellung. Bericht an das Präsidium der Steiermärkischen Landesregierung, 7.4.1919.

27/ Ebd., Bericht an das Präsidium der Steiermärkischen Landesregierung, 10.4.1919.

28/ Busson: Entwicklung, S. 169.

29/ *Arbeiterwille*, 11.4.1919.

30/ *Obersteirische Volkszeitung*, 12.4.1919.

31/ Aufruf an die Arbeiterschaft des Eisenwerkes Donawitz!, in: *Arbeiterwille*, 13.4.1919; *Obersteirische Volkszeitung*, 12.4.1919.

32/ StLA, Sth. Präs. E91–206/19, Donawitz Hüttenwerk: Direktionsentlassung, Bericht an das Präsidium der Steiermärkischen Landesregierung, 8.4.1919.

33/ *Obersteirische Volkszeitung*, 23.4.1919.

34/ *Arbeiterwille*, 25.4.1919.

35/ *Arbeiterwille*, 25.4.1919; *Obersteirische Volkszeitung*, 19.4.1919.

36/ StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, Schreiben vom Staatskanzler Karl Renner an die Steiermärkische Landesregierung vom 8.4.1919.

37/ StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, Kommunistische Bewegung in Steiermark, 19.4.1919.

38/ StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, Ergänzung des Verzeichnisses der Kommunisten-Führer.

39/ StLA, Sth. Präs. E 91–235/1919, Kommunistische Umtriebe Donawitz, 23.6.1919.

40/ Eduard Staudinger: Gewerkschaftsorganisationen der Eisen- und Metallarbeiterschaft in der Steiermark, in: Paul W. Roth (Hg.): Erz und Eisen in der Grünen Mark. Beiträge zum steirischen Eisenwesen. Graz 1984, S. 411–429, hier S. 426.

Elisabeth und Alfred Eidinger – Widerstand in Frankreich

IRENE FILIP

Über zahlreiche österreichische Kommunistinnen und Kommunisten, die im französischen Exil und in der Résistance aktiv waren, liegen Erinnerungsberichte und Publikationen über ihre Lebenswege und ihren Kampf gegen den Faschismus vor. Viele Antifaschistinnen und Antifaschisten, über deren Schicksal zwar eine Reihe von Dokumenten vorhanden sind, fanden bislang aber kaum Erwähnung. Zwei von ihnen, Elisabeth und Alfred Eidinger, sollen mit diesem Beitrag vorgestellt und gewürdigt werden.

Elisabeth Eidinger wurde am 19. Dezember 1913 als älteste Tochter von Dr. Paul Altmann und Margarete Sofie (geborene Simon) in Wien geboren. Gemeinsam mit ihren Schwestern Ilse (geb. 17.5.1915) und Helene (geb. 24.5.1918) wuchs sie in einem gut bürgerlichen jüdischen Elternhaus in der Prinz-Eugen-Straße im 4. Wiener Gemeindebezirk auf. Ihr Vater war Prokurist der *Österreichischen Chemische Werke Aktiengesellschaft* und später dann Direktor der *Allgemeinen Glühlampenfabriks AG*.¹

Nach dem Besuch der Volksschule und fünf Jahren Mittelschule setzte Elisabeth Eidinger ihre Ausbildung an der Kunstgewerbeschule fort. Danach belegte sie an der Akademie der bildenden Künste die Fächer Bildhauerei und Keramik. Da sie den Wunsch hatte, Ärztin zu werden, absolvierte sie gegen den Willen ihrer Eltern die Externistenmatura. Ohne deren Wissen begann sie zu studieren und verdiente heimlich Geld mit Keramikarbeiten. Nach eigener Darstellung war sie bis zum 17. Lebensjahr „vollkommen unpolitisch“.² Danach begann sie aus „Opposition gegen meine Eltern und das ganze Milieu, in dem ich aufgewachsen bin“, Kontakt zur organisierten ArbeiterInnenbewegung zu suchen.

Illegale politische Arbeit

Im Herbst 1933 bekam sie über eine gewisse Paula eine erste Verbindung zur kommunistischen Studierendenorganisation, übernahm nicht näher genannte Verbindungsaufgaben und wurde schließlich ab Jänner 1934 Mitglied der damals schon illegalen Kommunistischen Partei Österreichs. Nach ihrem

Eintritt in die KPÖ arbeitete Elisabeth mit Franz Bönsch zusammen, der 1938 nach Großbritannien emigrierte und in London das Exil-Theater *Laternndl* mitbegründete. Sie zeichnete u.a. Matrizen für die illegal herausgegebene *Rote Fahne*, ohne direkten Kontakt mit der Druckerei zu haben: „Ich habe die Zeitung nicht ein einziges Mal gesehen, wie irgendwas gelesen, trotz wiederholter Reklamationen“, beklagt sie sich in ihrem Lebenslauf. Dies sollte sich aber in weiterer Folge als durchaus sinnvoll erweisen. Als es zu Verhaftungen in der Druckerei kam, blieben ihre Aktivitäten von der Polizei unentdeckt.

Aufgrund dieser Tatsache wurde sie im Herbst 1934 dem späteren Spanienfreiwilligen Siegmund Kanagur zugeteilt. Sie hätte eigentlich ein Atelier für die Aufstellung eines illegalen Senders anmieten sollen, aber: „Kanagur hat mich etwa drei Monate spazieren geführt, ohne je eine geeignete Arbeit zu finden.“ Danach wurde sie für verschiedene, nicht näher angeführte illegale Parteitätigkeiten eingesetzt. Im Jänner 1935 hatte Elisabeth Eidinger einen schweren Unfall und war mit Gips und Krücken nur bedingt einsatzfähig. Auf eigenen Wunsch war sie in dieser Zeit für die *Rote Hilfe* tätig, sammelte Geld und sorgte für die Familien verhafteter GenossInnen. Für Erik Eisler – er wurde am 21. Oktober 1943 im Konzentrationslager Auschwitz ermordet – arbeitete sie Statistiken in der Nationalbibliothek aus. In diese Periode fällt auch ihre Zusammenarbeit mit dem 1938 nach China emigrierten Arzt Paul Dohan: „Einige Nächte jede Woche wurden Nachrichten vervielfältigt und weggebracht.“

Ende 1935 wurde Elisabeth mit anderen Parteiaufgaben betraut. Dazu gehörten das Herstellen von „Verbindungen“ sowie die Mitarbeit an der Herausgabe der illegalen Zeitschrift *Der Rote Soldat*, die schon vor der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Jahr 1936 von der KPÖ herausgebracht wurde und für die revolutionäre Arbeit unter den Soldaten bestimmt war. Verantwortlich für diese Parteiarbeit war der Arzt Wilhelm Gründorfer. Er war bereits seit 1927 im KJV und später in der KPÖ aktiv, wurde im April 1937 verhaftet und aufgrund

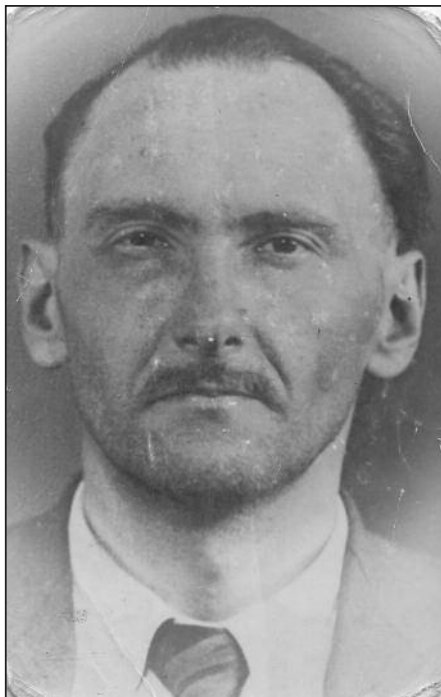
einer Amnestie am 27. Dezember dieses Jahres wieder freigelassen. Im März 1938 von der Gestapo gesucht, gelang ihm auf Skiern die Flucht über die Silvretta in die Schweiz und weiter nach Frankreich, von wo er 1940 in die USA emigrieren konnte. 1947 kehrte er nach Österreich zurück.³ Zu dieser Gruppe gehörten auch ein Genosse namens „Feuer“, der nach der Verhaftung Gründorfers die Leitung übernahm, Stefan Kaufmann und Alfred Eidinger.

Studium der Medizin

Alfred Eidinger wurde am 24. Juni 1909⁴ in Radautz in der damals zu Österreich gehörenden Bukowina (ab 1918 Rădăuți/Rumänien) geboren. Mit seinen Eltern Nathan und Berta (Chaje Ruchel, geborene Fischler) kam er 1914 schon als Kleinkind für einige Monate nach Wien, wo die Familie im 2. Wiener Gemeindebezirk in der Sebastian-Kneipp-Gasse gemeldet war. Nach einem mehrmonatigen Aufenthalt in Bukarest wurde die Familie Eidinger Ende 1916 endgültig in Wien ansässig und bezog bis 1938 eine Wohnung im 1. Wiener Gemeindebezirk am Schuberttring 3.⁵

Alfred Eidinger wuchs in einer großbürgerlichen und wohlhabenden Familie auf. Sein Vater Nathan handelte mit Getreide und ermöglichte während des Ersten Weltkriegs gegen den Druck von Frankreich und Großbritannien geheime Lieferungen aus Rumänien nach Österreich. Zionistisch gesinnt, setzte er sich während der Friedensverhandlungen 1918 in Bukarest für die gleichberechtigte Anerkennung der Jüdinnen und Juden als rumänische Staatsbürger ein.⁶ Nathan Eidinger war auch Eigentümer der Lujani Zuckerfabrik AG in Rumänien und Präsident sowie Miteigentümer des noblen Cottage-Sanatoriums im 18. Wiener Gemeindebezirk (Währing).

Zum politischen Werdegang Alfred Eidingers und seine Teilnahme an Aktivitäten kommunistischer Organisationen ist die Quellenlage sehr spärlich. Neben der bereits erwähnten Zusammenarbeit in der Soldatenarbeit Mitte der 1930er Jahre gibt es lediglich einen weiteren Hinweis auf seine aktive Mitwirkung im *Roten Studenten-Bund*: „Bis 1932 war Willi Gründorfer Org.-Leiter. Mit ihm



Alfred Eiding (1909–1943)

zusammen arbeiteten seine Freunde Eiding, Peter Edel, der Lebensgefährtin von Vera Liebknecht, Ernst Hoch, Elek Lustmann, Hans Goldschmidt, Leo Zimmermann und andere. Sie übten abwechselnd diese oder jene Funktion aus, meist je nach dem Ablauf ihrer Studien⁷, wie die Historikerin Marie Tidl schreibt. Alfred Eiding studierte an der Medizinischen Fakultät der Universität Wien, wurde aber aufgrund seiner jüdischen Herkunft – trotz seines am 30. März 1938 noch ausgestellten Absolutatoriums – nicht mehr zur Promotion zugelassen.

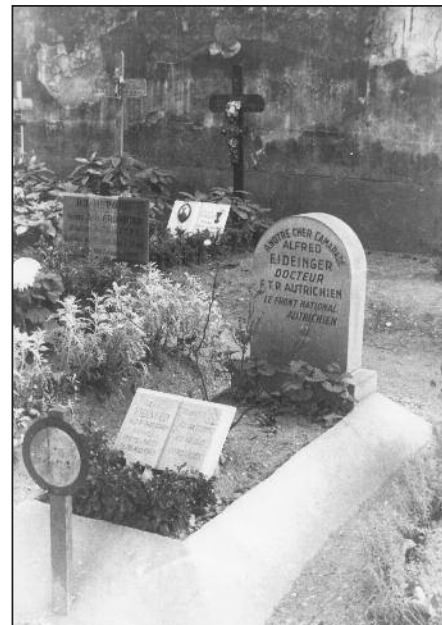
Emigration und Widerstand

Nathan Eiding übersiedelte mit seiner Tochter Dora noch vor dem „Anschluss“ Österreichs an Deutschland im März 1938 in die Schweiz, seine Frau Berta und Sohn Alfred folgten ihm im Mai oder Juni.⁸ Auch Paul und Margarete Altmann konnten über Mexiko in die USA emigrieren, ebenso wie ihre Töchter Ilse und Helene, die aus Mexiko bzw. Argentinien nach 1945 nicht mehr nach Österreich zurückkehrten. Elisabeth Eiding verließ Österreich Ende Oktober 1938 und gelangte nach einem zweiwöchigen Aufenthalt in der Schweiz – vermutlich um Alfred Eiding zu treffen – nach Paris. Ihre Anlaufstelle war der zu dieser Zeit bereits in Paris weilende Wilhelm Gründorfer. Elisabeth arbeitete darauf in einer Parteigruppe mit, für die Tilly Spiegel verantwortlich war, bis sie im Mai 1939 aus Paris ausgewiesen wurde und nach Nizza ging.

Alfred Eiding kam im Jahr 1939 aus der Schweiz nach Frankreich. Aus Erinnerungsberichten geht hervor, dass er – zu einem aufgrund der Quellenlage nicht genau zu eruiierenden Zeitpunkt – in einem Internierungslager festgehalten wurde. So erwähnt das spätere Mitglied der KPÖ-Führung Egon Kodicek, der im Herbst 1939 in Antibes und Les Milles interniert war: „Im Lager hatte ich einige Kommunisten kennengelernt, darunter Dr. Eiding und Eduard Uitz, die ich dann auch in Nizza traf und die mich für die Kommunistische Partei warben.“⁹ Auch der Maler Carl Zahradnik bestätigt, dass er in diesen Lagern u.a. mit Alfred Eiding, Egon Kodicek und Kurt Blaukopf zusammen getroffen sei. Man habe eine kommunistische Gruppe gebildet, die politische Schulungen durchführte und die auch noch nach dem zwischen Frankreich und Deutschland im Juni 1940 geschlossenen Waffenstillstand weiter bestand.¹⁰

Gesichert ist, dass sich Alfred Eiding zu Beginn des Jahres 1940 in Nizza aufhielt, wo er und Elisabeth am 23. Jänner 1940 heirateten und zuerst in der Rue Miron 4, danach in der Rue de France 36 „halb legal“ lebten.¹¹ Im Juli 1940 stellte Alfred Eiding, offenbar vergeblich, bei der Präfektur Pyrénées-Orientales einen Antrag auf ein Einreisevisum in die USA.¹² Die politische Betätigung während des Aufenthalts in Nizza bestand, so Elisabeth Eiding in ihrem nach 1945 verfassten Lebenslauf, in Solidaritätsarbeit für die in Lagern inhaftierten GenossInnen, in der Bildung von Sympathisantengruppen und der Herstellung von Flugblättern (mit Kartoffeln und Gummibuchstaben) für die französische kommunistische Partei.

Über einen weiteren Einsatzort des Ehepaars Eiding gibt ein von Paul Kessler verfasster Bericht über die Widerstandstätigkeit der ÖsterreicherInnen in Frankreich Auskunft, in dem er das gefährliche Einschleusen von GenossInnen aus der vom Vichy-Regime regierten Südzone in den von der Deutschen Wehrmacht besetzten Norden beschreibt: „Dr. Alfred Eiding und seine Frau wurden von Paris angefordert. Sie hatten bei uns [in Lyon] einige Zeit gearbeitet. Seine Nase gefiel jedoch einem Gestapomann nicht und er wurde mit seiner Frau vorgeladen. Die Strafe war gewöhnlich 14 Tage, wenn man nicht die falschen Papiere erkannte. Er kam nach 14 Tagen nach Lyon zurück. Wir sagten ihm, dass er, falls er es wünscht, bei uns bleiben und seine bisherige Propaganda-



Grab von Alfred Eiding am Friedhof Ivry-sur-Seine im Dept. Val-de-Marne

arbeit machen kann. Er sagte aber, dass er doch versuchen möchte noch einmal die Demarkationslinie zu passieren und im Norden Frankreichs zu den Partisanen zu gehen. Er bekam neue Papiere und versuchte an einer anderen Stelle [...] die Grenze zu passieren. Er wurde wieder verhaftet, blieb wieder 15 Tage im Gefängnis und erst beim dritten Mal gelang es ihm, nach Paris zu gelangen.“¹³

Soldatenarbeit und Résistance

Zu den folgenden Widerstandsaktivitäten von Elisabeth und Alfred Eiding gibt es mehrere Unterlagen, die einander vor allem in Bezug auf den Zeitpunkt ihres Einsatzes zum Teil widersprechen. Am wahrscheinlichsten scheint, dass das Ehepaar Eiding im Sommer 1942 von der Partei zur „Soldatenarbeit“ nach Bordeaux in die von den Deutschen besetzte Nordzone geschickt wurde. Der Spanienkämpfer Josef Meisel, der für diese mit der Kommunistischen Partei Frankreichs koordinierte Arbeit verantwortlich war, berichtet nämlich darüber, dass unter den als Dolmetscher bei deutschen Militäreinheiten mit Falschnamen eingeschleusten österreichischen GenossInnen auch Elisabeth und Alfred Eiding gewesen seien: „Der Fritzl Weiss war bei einer Luftwaffeneinheit, den Dr. Eiding habe ich auch bei einer solchen Einheit eingesetzt.“¹⁴ Im Jänner 1943 wurde die Gruppe aufgedeckt, und die ehemaligen Spanienfreiwilligen Alfred Loner, Alfred Ochshorn und Fritz Weiss wurden nahe Bordeaux verhaftet. Elisabeth Eiding konnte nach Paris flüchten, wo sie die *Travail Allemand* – die konspira-



Elisabeth Eiding als Chefredakteurin der „Stimme der Frau“.

tive Arbeit unter den deutschen Soldaten und in Einrichtungen der Deutschen Wehrmacht – fortsetzte. Diese Erfahrungen hielt sie in der Erzählung „Ein Mädchen wird Soldat“ fest.¹⁵

Alfred Eiding war seit Juli 1942 Mitglied einer Partisaneneinheit der FTP (*Francs-tireurs et partisans*), wie aus einer im Jahr 1945 ausgestellten Bestätigung des Verantwortlichen der FTP für die Region Toulouse, dem brasilianischen Interbrigadisten Apolônio de Carvalho, hervorgeht.¹⁶ Im Jänner 1943 lebte Eiding unter falscher Identität als Pierre Martin illegal in Paris VI, Rue André-des-Arts 66. Als Arzt versorgte er verwundete Widerstandskämpfer, die unter dem Kommando von „Gilles“ (Joseph Epstein) standen. In der im 16. Arrondissement gelegenen Rue de Passy mietete er unter dem Namen Marcel Leblanc für die Résistance eine Halle zur Lagerung von Waffen an.¹⁷ Als eine Widerstandskämpferin von der Polizei angehalten wurde, hatte sie seine Adresse bei sich. Am 24. März 1943 wurde er in seiner Wohnung verhaftet und am 18. Mai vom Deutschen Militärgericht zum Tode verurteilt. Alfred Eiding wurde am 26. Mai 1943 auf dem Schießstand des Luftwaffenministeriums in Paris, Place Balard hingerichtet und noch am gleichen Tag auf dem Pariser Friedhof Ivry-sur-Seine bestattet.¹⁸

Rückkehr nach Österreich

Erst nach der Befreiung und dem Kriegsende in Frankreich konnte Elisabeth Eiding den Spuren ihres Mannes in seinen letzten Wochen folgen. In einem Brief an einen Freund in England,

der in der österreichischen Exilzeitschrift *Zeitspiegel* veröffentlicht wurde, schrieb sie: „Fred hätte sich so gefreut. Die ersten Tage der Befreiung. Man hat so laut in den Straßen gesungen. Er hat es nicht gehört. Es gab so viel Freiheit, freie Zeitungen, freie Photos, freie Worte und er ist tot. Ich habe ihn auf dem Friedhof von Ivry gefunden. Das ist ein Friedhof, auf dem 850 Erschossene liegen. Als er verhaftet wurde, erfuhr ich es – aber nicht mehr. Von dem Moment an hatte ich keine Hoffnung, ihn jemals wiederzusehen – er war in den FTP. [...] Ich war jetzt in dem Hotel, wo er zum Schluss gewohnt hat. Ich habe dort die alten Eigentümer wieder getroffen und sie haben mir viel von ihm erzählt. [...] Am Schluss hat er mir einen Abschiedsbrief geschrieben, ich habe ihn noch nicht bekommen können. Man erzählt mir, dass er darin geschrieben hat, dass er nichts von dem bereut, was er getan hat, und dass er wieder kämpfen würde, wenn er neu anfangen könnte.“¹⁹

Nach der Befreiung von Paris arbeitete Elisabeth Eiding zunächst als Sekretärin im Haus des Zentralkomitees der französischen Partei und in der *Österreichischen Freiheitsfront*. Einer ihrer Aufgabenbereiche war die Arbeit mit österreichischen Kriegsgefangenen. Anfang Dezember 1945 kehrte sie nach Österreich zurück, wo sie von Jänner 1946 bis Februar 1950 in der Kaderabteilung des Zentralkomitees der KPÖ beschäftigt war. Von August 1954 bis zu ihrer Pensionierung im April 1974 leitete sie die Redaktion der vom *Bund demokratischer Frauen* (BDF) herausgegebenen Zeitschrift *Stimme der Frau*. Sie

gehörte auch dem Vorstand des BDF an. Elisabeth Eiding ist am 18. Oktober 1979 im Alter von nur 66 Jahren gestorben. Sie wurde auf dem Heiligenstädter Friedhof im Grab ihres Großvaters mütterlicherseits, Josef Simon, und ihrer aus der Emigration zurückgekehrten, in Wien verstorbenen Eltern Paul und Margarete Altmann beigesetzt.

Anmerkungen:

1/ Lehmann-Adressbücher der Jahre 1912 bis 1938.

2/ Es sind zwei von Elisabeth Eiding verfasste Lebensläufe überliefert: RGASPI 495/187/2182 vom 21.6.1946 sowie Zentrales Parteiarchiv der KPÖ, o.D. [1950er Jahre], Kopie in Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) 19.298. Die Darstellung ihres politischen Werdegangs beruht, so nicht anders angegeben, auf diesen beiden Dokumenten.

3/ DÖW 20.000/G348.

4/ In Dokumenten aus Frankreich und im KZ-Verbandsakt (DÖW 20.100/1987) ist abweichend davon der 25. Juni 1909 als Geburtsdatum angegeben.

5/ DÖW 20.000/E67, Meldeauskunft der MA 8, 14.4.1947.

6/ https://www.jewishgen.org/Yizkor/Bukowina-book/buk2_193.html [1.12.2018].

7/ Marie Tidl: Die kommunistischen Studenten 1918–1945, in: Beiträge zur Geschichte der Kommunistischen Jugendbewegung in Österreich, hg. von der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ. Wien 1981, S. 59–73, hier S. 63.

8/ http://www.david.juden.at/kulturzeitschrift/50-54/Main%20frame_Artikel51_Walzer.htm [1.12.2018].

9/ DÖW 21.575, Interview mit Egon Kodicek, 1981.

10/ DÖW 2059, Erinnerungsbericht von Carl Zahradnik, o.D.

11/ DÖW 19.298, Duplikat der Heiratsurkunde.

12/ <http://maitron-fusilles-40-44.univ-paris1.fr> [1.12.2018].

13/ DÖW 19.478, Paul Kessler: Bericht über den österreichischen Widerstand in Frankreich, S. 11f.

14/ DÖW-Bibliothek 9840, Interview von Franz West mit Josef Meisel, o.J. [1980].

15/ Veröffentlicht in: *Stimme der Frau*, Dezember 1979, S. 12–14 sowie auszugsweise im Anhang dieses Beitrags.

16/ DÖW 21.000/1987.

17/ <http://www.memorialgenweb.org> [1.2.2019].

18/ Die Daten sind dem Gedenkblatt (<http://maitron-fusilles-40-44.univ-paris1.fr>) entnommen und beruhen auf Unterlagen aus dem Archiv DAVCC in Caen. Der von Elisabeth Eiding im KZ-Verbandsakt mit Mont Valérien angegebene Hinrichtungsort scheint demnach nicht zu stimmen.

19/ *Zeitspiegel*, Nr. 5, 3.2.1945.

Ein Mädchen wird Soldat

ELISABETH EIDINGER

3. April 1942: Also morgen fange ich an. Soldatenarbeit. Obwohl mir mein Chef heute zwei Stunden lang erklärt hat, was „Soldatenarbeit“ ist, kann ich mir vorderhand eigentlich noch nicht viel darunter vorstellen. Wir sind hier nur einige Österreicher, ich glaube sieben, leben unter falschen Namen, mit falschen Papieren – und sollen unter tausenden deutschen Soldaten die „Besten“ herausfinden, unter ihnen Propaganda machen, „Soldatengruppen“ bilden und sie letzten Endes dazu bringen, zu desertieren oder ins Maquis zu gehen. Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, wie ich auch nur einen einzigen Soldaten kennenlernen soll. Na, man wird ja sehen.

4. April 1942: Es war gar nicht so arg. Ich war in einem Warenhaus und hab' zwei Soldaten übersetzt, weil sie sich natürlich mit der französischen Verkäuferin nicht verständigen konnten. Sie waren so froh, dass jemand sie versteht, dass sie mich gebeten haben, mit ihnen in ein Kaffeehaus zu gehen. Es sind zwei Münchner, beide sehr gegen Hitler und gegen den Krieg überhaupt. Sie wollen nur nach Hause zu ihren Frauen und Kindern. Aber eine Angst haben sie bei jedem Wort, dass ich mir nicht vorstellen kann, dass die zwei jemals ein Flugblatt auch nur in die Hand nehmen werden. Für den ersten Tag bin ich jedenfalls froh, dass ich überhaupt welche kennengelernt habe.

17. Mai 1942: Ich bin jetzt „eingebaut“. Das heißt, ich arbeite als „Französin“ in einem deutschen Betrieb. Als Dolmetsch. Es ist nicht sehr erfreulich, den ganzen Tag mitten unter den Nazi zu sein, ständig aufzupassen, dass man nicht aus seiner Rolle als Französin fällt. Meine Arbeit ist sehr anstrengend, aber dafür lerne ich leichter Soldaten kennen, ich kann mich auch jetzt viel leichter in ihre Lage versetzen, seit ich so täglich von früh bis abends mit ihnen zusammen bin.

21. Mai 1942: Die Siegesstimmung beim Militär ist unglaublich. Es kommt mir manchmal so vor, als wenn sie alle Scheuklappen tragen würden und außer den Dingen, die sie sehen wollen, einfach nichts sehen. Jedem, auch den Hitler- und Kriegsgegnern, schmeichelt der Blitzkrieg, sie fühlen sich wirklich als etwas Besseres. Die Ernüchterung wird sehr hart für sie sein.

2. Juni 1942: Die Arbeit im Betrieb ist sehr interessant. Ich meine die illegale Arbeit. Ich habe mich so in dieses „Soldatenleben“ eingewöhnt, dass ich mich manchmal schon beinahe selber als Soldat fühle. Meine Umgebung sind nur mehr Menschen in Uniform.

An der Art, wie ein Soldat ins Zimmer kommt, erkenn ich auch schon, woher er ist. Ich irre mich selten. Wenn einer sehr stramm salutiert, die Hacken zusammenschlägt und nachher noch mit steif aufgehobenem Arm zum Tisch marschiert, wie wenn er am Exerzierplatz wäre, dann bin ich sicher, dass er ein Norddeutscher ist. Die Bayern grüßen nur irgendwie, ebenso wie die Österreicher. „Sehr lax“, wie der Herr Obersturmbannführer S. sagt. Gestern kam einer herein, ganz krumm und steif vor lauter Buckerl machen. „Woher kann der sein?“ hab' ich mir den Kopf zerbrochen. Ich war wirklich betroffen: er war Österreicher! Ich hatte Mühe, eine korrekte „Französin“ zu bleiben – und ich war traurig.

9. Juni 1942: Franz hat sich mir vorgestellt. Schüchtern ist er zu mir gekommen und hat mich gebeten, ob er mich nicht außerhalb des Betriebes einmal sprechen könnte. Franz ist der Österreicher, der vor allen Nazis so kriecht, zu dem ich unlängst im Betrieb so grob war, hauptsächlich vor lauter Enttäuschung und Empörung, dass ein Österreicher so sein kann. Ich war jetzt zwei Stunden mit ihm zusammen. Er hat mir so viel von zu Hause erzählt, dass ich mich beinahe verraten hab'. Er hat mir Fotos von seiner Frau und seinem Kind gezeigt, er hat mir von seiner Sehnsucht erzählt und von seiner Angst, an die Ostfront zu kommen und immer wieder hat er mich gefragt, ob ich glaub', dass er durchkommen wird, er möchte doch so gerne leben! „Warum hassen uns alle so? Warum führen wir einen Krieg? Warum muss ich mich erschießen lassen? Warum muss ich andere erschießen, die sicher auch leben wollen? Warum schickt man Franzosen nach Österreich und uns Österreicher nach Frankreich?“

Es war ein Ausbruch von Verzweiflung und ich war mit ihm verzweifelt, denn ich möchte ebenso nach Hause wie er. Lange, lange hab' ich mit ihm gesprochen, ihm alles erklärt und nochmals erklärt und er ist sehr nachdenklich weggegangen.

3. Oktober 1942: Heute war ich wieder mit Franz zusammen. Ich bekomme immer Heimweh, wenn ich mit ihm bin. Er ist so ein richtiger Wiener! Und jetzt bin ich überhaupt schon sehr zufrieden mit ihm. Er hat sich sehr verändert, seit wir zusammen diskutieren und arbeiten, es ist einfach wunderbar. Jetzt jammert und klagt er nicht mehr, sondern er versucht, auch anderen begreiflich zu machen, dass man seiner Heimat mehr hilft, wenn man gegen Hitler kämpft, als in den Reihen der Wehrmacht für Hitler stirbt. Die französischen Arbeiter haben ihn alle sehr gern, weil er sich sehr anständig zu ihnen benimmt. Morgen fährt er auf Urlaub nach Hause und nimmt eine Masse Flugblätter mit. Leider ist er einer der wenigen, die den Mut haben, wirklich etwas zu machen.

9. März 1943: Ich bin schon so mit meiner Rolle verwachsen, dass ich gar nicht mehr daran denke, dass ich keine waschechte Französin bin, dass ich nicht Eva heiße. Jeder Tag ist beinahe wie der andere, ich arbeite viel und schwer. Ich habe jetzt viel mehr Erfolg, denn Stalingrad hat doch vielen die Augen geöffnet. Ich diskutiere ständig, sogar im Betrieb, im Büro, in der Küche und in der Kantine, eben überall. Sogar mit den Franzosen, es ist mir so selbstverständlich geworden, wie ein neuer Beruf, und ich bin wohl auch ein anderer Mensch geworden.

12. Mai 1943: Heute Vormittag kam ein Soldat sehr aufgeregt zu uns ins Büro und verlangte für seine Einheit von 250 Mann, die an der Küste stationiert ist, Schuhe und Mäntel. Die Leute arbeiten und es ist noch sehr kalt. Der Bürochef, Obersturmbannführer S., schickte den Mann in seiner „vornehm ironischen“ Art (wie er es selber bezeichnet) zum Teufel. Es seien keine Mäntel und Schuhe da und sie dürfen nicht so verweichlicht sein, es wäre Krieg. Der Soldat erklärte, sie wären schon alle krank, hätten Rheumatismus und ständig Verkühlungen. Er selber hustete furchtbar. Ein Wort gab das andere, schließlich wurden beide beinahe handgreiflich. Und der Herr Obersturmbannführer musste zu seinem Chef gehen und fragen. Unterdessen ging der Soldat auf mich los. Ich ließ ihn ruhig toben, bis er, durch seinen Husten gezwungen, von selber aufhören musste. „Ich bin Französin“, sagte ich ihm. „Ich hab' mit eurem Dreck nichts

zu tun. Von mir aus können Sie alles nehmen, was Sie bei uns finden. Es hat also gar keinen Sinn, mit mir zu brüllen.“

Er wurde sofort ruhig und begann nochmals von der elenden Verfassung seiner Kameraden zu erzählen. Ich fragte ihn, wieso sie denn arbeiten könnten, wenn alle krank seien. Er wurde sehr bitter. „Was soll man denn machen? Wenn ich mich ins Bett lege, dann kommt der Arzt und sagt, dass mir nichts fehlt, ich soll sofort arbeiten gehen.“

„Ja, wenn Sie sich allein ins Bett legen! Aber ihr seid doch alle krank. Und was können sie schon tun, wenn ihr euch alle ins Bett legt?“ Der Soldat schaut mich einen Augenblick fassungslos an, dann dankt er mir ganz begeistert für den guten Rat. Er lässt sich auch ohne Widerspruch vom Obersturmbannführer, der gerade wieder ins Zimmer kommt, hinaus-schmeißen. Ich bin sehr neugierig, was aus der Sache wird. Es ist schon unglaublich, dass ein einfacher Soldat so zu einem Offizier spricht, wie ich es heute erlebt habe. Vor Stalingrad hätte das kaum passieren können.

14. Mai 1943: Also an der Küste hat es eine Riesengeschichte gegeben. Die ganze Einheit hat sich ins Bett gelegt. Man hat mit Erschießen gedroht – aber sie konnten natürlich nicht alle 250 erschießen. Die Franzosen, die als „Fremdarbeiter“ dort stationiert waren, haben auch ihre Forderungen gestellt, und schließlich haben alle das bekommen, was sie verlangt haben. Und niemandem ist etwas passiert, trotzdem natürlich die Gestapo ihre Nase hineingesteckt hat, aber sie konnten nichts herauskriegen. Ja, wenn wir alle immer so zusammenhalten würden, dann wäre der Krieg schon lange aus!

18. Mai 1943: Wie lange wird der Krieg noch dauern? Gestern sprach ich mit meinem Chef, ich meine den Chef – hier heißt das „Responsable“ – meiner illegalen Arbeit. Er muntert mich immer auf, denn mit der Zeit wird man doch müde. Immer dieselben Argumente, immer dieselbe Blindheit, immer dieselben Worte, nachgeplappert nach einer Rede von Goebbels oder einem anderen Naziführer. So viele Jahren lesen die Deutschen und auch die Österreicher nichts anderes, als was man ihnen erlaubt hat. Dabei siegen die Russen, es siegen die Alliierten in Afrika – und der „Führer“ macht nur mehr selten große Worte. Manchmal bin ich sehr traurig. Wie unendlich bitter wird für viele junge Menschen der Zusammenbruch ihrer Illusionen sein! [...]

Ganze Einheiten haben sich in Afrika ergeben – mit unseren Flugblättern in der Hand. Überall gärt es, viele gehen ins Maquis. Und viele, die noch vor einem Jahr auf den Sieg geschworen haben, sind jetzt sehr still und nachdenklich geworden. Es ist qualvoll, diese Jugend zu sehen, die zum Teil verrotzt, zum Teil so voll Angst ist, die so gerne leben möchte.

6. Juni 1943: Der lange Max ist zweifelt. Wegen seiner Länge haben sie ihn vor kurzem in ein SS-Bataillon gesteckt und er wurde einem Hinrichtungskommando zugeteilt. Er will ins Maquis. In Paris gibt es keine Front, wo man überlaufen kann, es gibt nur ein unterirdisches Heer, und es ist schwer, zu den Soldaten ohne Uniform eine Verbindung zu finden. Ich kenne ihn jetzt seit Wochen und kann endlich die Verantwortung für ihn übernehmen. Er ist wirklich ein anständiger und tapferer Kamerad. Ich bestelle ihn also für den nächsten Tag, um ihn den Partisanen zu übergeben. Wir verabschieden uns mit ein wenig schwerem Herzen – man weiß nie, ob man sich noch einmal wiedersehen wird –, aber beide auch sehr erleichtert. Auch ich. Denn es ist schwer, in Paris mit einem SS-Mann auf der Straße zu gehen, die Franzosen hassen und verachten die SS-Truppen mehr wie alle anderen. Sie wissen, es ist die SS, die die Geiseln erschießt, die die Befehle der Gestapo ausführt. Jedesmal, wenn ich mit Max auf der Straße ging, kostete es mich eine große Überwindung. Die verachtenden Blicke, dieser Hass, der einen von allen Seiten förmlich verbrennt. Manchmal hatte ich das Gefühl, dass ich rot wurde – ich schämte mich.

Und wieder kommt es mir zu Bewusstsein, wieviel schwerer es ist, mit Lächeln zu kämpfen als mit Waffen. Überhaupt, Soldat ohne Uniform zu sein, ist eines der schwersten Dinge.

4. Juli 1943: Ein Glück, dass es das Moskauer Radio gibt! Wir hatten ein paar sehr starke Soldatengruppen organisiert und vor kurzer Zeit wurde die ganze Einheit strafweise an die Ostfront versetzt. Gestern hörte ich plötzlich im Moskauer Sender, dass die ganze Einheit geschlossen übergegangen ist. Nach so einer Nachricht fällt einem die Arbeit wieder viel leichter!

12. Juli 1943: Heute ist Sonntag. Ich habe mir seit Monaten zum ersten Mal einen freien Tag genommen. Keine Arbeit im Betrieb und kein Rendezvous mit Soldaten. Ich war schon sehr müde, ich musste einmal wieder einen Tag

allein sein. Ich hatte Glück. Es war strahlend schönes Wetter und ich bin hinausgefahren in den Wald. Ich hatte schon vergessen, dass es grüne Bäume gibt, Wiesen und Blumen, so viele Blumen. Ich habe den Krieg vergessen, bin in der Sonne gelegen und habe geträumt. Von früher, von zu Hause. Ich war ein paar Stunden lang sehr glücklich. Alles war so still, ein paar Meter vor mir war die Marne, ein stiller Fluss, viel Schilf, Vögel und Libellen, und alles war nur Stille, Licht, Farben und Sonne. Ich habe vergessen, dass ich Österreicherin bin, dass ich als Französin lebe, dass ich einen Kampf führe, der mich täglich das Leben kosten kann, es ist alles bis jetzt so gut gegangen, dass ich sehr sicher geworden bin, aber im Unterbewusstsein sind meine Nerven stets gespannt. Und es war wirklich wie im Frieden. Ein richtiger Sonntag. Um 4 Uhr wurde ich plötzlich aufgeschreckt. Ein Knarren und Krachen von Metall, ein schweres Poltern, dass es mich nur so in die Höhe gerissen hat. Über eine Brücke, ganz in der Nähe, fuhren Tanks, viele Tanks. Ich war plötzlich wieder mitten im Krieg. Es war, wie wenn die Sonne weniger hell scheinen würde, die Farben waren weniger froh, mir war mit einem Male kalt. Ich blieb nicht mehr lange sitzen, sondern bin bald nach Hause gefahren. Jetzt sitze ich in meinem Zimmer, es ist Fliegerangriff, Luftschutzkeller gibt es für Franzosen nicht, denn die wenigen werden für das deutsche Militär beschlagnahmt. Vor mir stehen ein paar Blumen, seit langer Zeit zum ersten Mal, dass ich wieder Blumen in meinem Zimmer habe, und ich denke an die Zukunft. Ich träume nicht mehr wie draußen an der Marne. Aber von ganzem Herzen wünsche ich mir, dass wir, die wir für die Freiheit, für das Leben kämpfen, bald siegen werden. Dass dieser unselige Krieg bald aus ist, dass alle Menschen wieder atmen und sich freuen können, ohne Angst, dass wir sinnlos sterben müssen, sondern arbeiten können, wieder aufbauen, wieder richtig leben!

28. Juli 1943: Ich habe meine ganze Arbeit im Stich lassen müssen, sonst wäre ich verhaftet worden. Drei meiner Kameraden haben sich nicht mehr retten können. Werden wir sie jemals wiedersehen? Am Tag vorher konnten wir noch eine ganze Gruppe Österreicher ins Maquis bringen. In ein paar Tagen fange ich neu an, in einer anderen Stadt, unter einem anderen Namen.

aus: Stimme der Frau, Dezember 1979

Hoffnung, beflügelt durch Bomben

Alliierte Luftangriffe in den Erinnerungen von KZ-Häftlingen

HELMUT RIZY

Anfangs hatten wir Angst vor ihnen, denn die Erde bebte wegen der Bomben jenseits des Berges, und unsere Baracken knarrten wie ausgetrocknete Boote. Dann aber ratterten die Maschinengewehre oberhalb der SS-Küche auf der anderen Seite des Eingangs, so dass das Holz unserer Unterkünfte wegen der dröhnenden Maschinen ohne Unterlass ächzte. Gleichzeitig entstand im fast abgestorbenen Herz eine neue Spannung. Die Entdeckung, dass irgendwo in der Ferne, am anderen Ende der Welt, lebendige Menschen von unserem verlorenen Posten und sogar von der Wohnung der Wächter wussten, wirkte wie Wunder.¹

So beschreibt Boris Pahor im Roman „Nekropolis“ seine eigene Reaktion und die anderer Häftlinge im Lager Harzungen, einem Außenlager des Konzentrationslagers Buchenwald, als erstmals Flugzeuge der Alliierten hier ihre Angriffe flogen. Die Häftlinge waren zwar auch betroffen, denn „die Bomben hatten irgendwo die Stromleitungen zerstört, so dass es abends in den Baracken dunkel war, und sie hatten die Wasserleitungen durchtrennt“,² doch die Bomben erschütterten nicht nur die Baracken, sondern auch das nationalsozialistische Regime, das sie in den Konzentrationslagern eingesperrt hatte und sie hier misshandelte, hungern und frieren ließ, sie zu Schwerstarbeit zwang – alles zusammen mit meist tödlichem Ausgang. Die Hoffnung, dass dies doch – lieber früher als später – ein Ende finden könnte, wurde durch die Bomben beflügelt.

Ähnlich wie bei Pahor klingt es auch in Robert Antelmes Roman „Das Menschengeschlecht“: „Sie werfen die Bomben ganz in der Nähe ab, das dröhnt, verbreitet Schrecken. Wir fühlen uns nicht mehr so verlassen. Sie sind da, das Geräusch dauert fort, wir richten uns auf, wir lauschen; sie sind mächtig, ungreifbar. Die SS zittert. Wir haben keine Angst, und wenn wir Angst haben, ist es eine Angst, die gleichzeitig auch lachen macht. Sie sitzen in ihrer kleinen Kabine, sie sind gekommen, um eine Stunde über Deutschland zu verbringen, sie werden nie wissen, wer wir sind, doch die Bombardierung buchen wir für uns. Wir kosten die Angst der SS ganz aus.“³ Und das

Auftauchen der Flugzeuge verfolgt die Häftlinge – wie Antelme weiter schreibt – bis in ihre nächtlichen Träume: „Der Traum: Ein Flugzeug landet auf der Wiese, nimmt uns an Bord, wir fliegen davon; zwei Stunden später läute ich an meiner Tür. Es wäre zwei Uhr morgens. Um zwei Uhr morgens, gleich nachher, in einer Stunde, in der ich hier sein werde, könnte ich zu Hause sein. Das rechnen wir uns mehrmals in der Nacht aus.“⁴

Nicht anders ist die Reaktion im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau, wie in Liana Millus Erzählung „Der Rauch über Birkenau“ zu lesen ist: „Fliegeralarm! Fliegeralarm!‘ hieß es überall begeistert, während Pfiffe das Signal zur Blocksperrung gaben und die Krankenschwestern die Türen schlossen, damit keine von uns hinausschlüpfte.“⁵ Man erfährt, dass sich die Häftlinge – weibliche wie männliche – während des Alarms nicht im Freien aufhalten durften. Und die SS zog sich währenddessen ebenfalls zurück, sodass die Häftlinge davon ausgehen konnten, vorläufig vor ihnen in Sicherheit zu sein. Dies erlaubte Nico Rost – „der verrückte Holländer, der Bücher verschlingt und Papier frißt“,⁶ wie es im KZ Dachau hieß – Tagebuch-Eintragen wie: „Ein Glück, daß wir bereits mehr als zweieinhalb Stunden Luftalarm haben, dadurch konnte ich alles so ungestört und so ausführlich aufschreiben.“⁷ Oder: „Heute hatten wir von ein Uhr mittags bis gegen fünf Uhr Luftalarm – die beste Gelegenheit, um ‚ungestört‘ lesen und schreiben zu können.“⁸

Gelegenheit zum Ausruhen

Es gab allerdings auch profanere Arten, die Zeit des Alarms zu nutzen, wie man aus Władysław Koźdońs Buch „... ich kann nicht vergessen“ erfährt. Koźdoń war als 16-Jähriger schon wenige Tage nach dem deutschen Überfall auf Polen verhaftet und ins Konzentrationslager Buchenwald deportiert worden. Hier nahm sich die interne, von Kommunisten geführte Lagerleitung seiner und anderer polnischer Jugendlicher an, um ihnen ein Überleben im KZ zu ermöglichen. Koźdoń arbeitete schließlich als Friseur. Im Winter 1944/45 war sein Arbeitsplatz bei der Nachtschicht der Kartoffelschäler, wo er rasierte und Haa-

re schnitt. Bei Fliegeralarm wurde jedoch die Arbeit unterbrochen: „Die Nächte waren lang und die Tage kurz. Zu kurz und zu unruhig, um richtig ausruhen zu können. Darum hoffte ich bei der Arbeit auf Fliegeralarm. Wenn die Lampen erloschen, schnappte ich mir gewöhnlich einen Sessel und zwei Hocker für die Füße, streckte mich so gut es ging aus und schlief. Oftmals schreckten mich in diesen Nächten noch nicht einmal die Flugzeuge auf.“⁹

Dennoch war nie auszuschließen, dass auch das Lager – beabsichtigt oder unbeabsichtigt – das Ziel der Bomben sein könnte. So notierte Nico Rost am 1. Dezember 1944, als er sich gerade wieder einmal mit Goethes Roman „Wilhelm Meisters Lehrjahre“ beschäftigte: „Luftalarm! Soeben glaubten wir, das Lager sei getroffen. Die Bomben sind in unmittelbarer Nähe gefallen. Unsere Baracke wackelte sehr, Regale mit Flaschen stürzten um, die bettlägerigen Kranken wurden nervös. [...] Es kann natürlich geschehen, daß jetzt hier noch mehr Bomben fallen und daß es dann weniger gut abläuft – aber ist das eigentlich ein Grund, um mit Schreiben aufzuhören? Es geht doch über ein Buch der Weltliteratur, das von den höchsten Idealen der Menschheit handelt. Kann ich mich in einer gefährlichen Stunde – die vielleicht meine letzte ist – würdiger und intensiver mit dem LEBEN beschäftigen?“¹⁰

„Krematorium ausmachen!“

Für die SS-Lagerverwaltung war jedenfalls entscheidend, nicht die Aufmerksamkeit anfliegender Bombergeschwader zu wecken. So hält etwa Imre Kertész im „Roman eines Schicksallosen“ über die Zeit, die er im Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert war, fest: „Der wiederholte Sirenenklang ist jetzt schon üblicher Bestandteil des Tages, und es ist etwas Gewohntes, dass ich nachts erwache, weil die Sprechanlage verfügt: ‚Krematorium ausmachen!‘, dann eine Minute später, aber jetzt schon gereizt schnarrend: ‚Khematomium! Sofohat ausmachn!‘ – was mir sagt: Es ist keineswegs erwünscht, dass der ungelegene Feuerschein womöglich die Flugzeuge anlockt.“¹¹



Eisenbahnschienen ins nationalsozialistische Vernichtungslager Sobibor.

Und keinesfalls durfte aus der Luft gesehen werden, was streng geheim bleiben sollte. Der Pole Jankiel Wiernik war am 23. August 1942 aus dem Warschauer Ghetto ins Vernichtungslager Treblinka deportiert worden, einen Monat nachdem die ersten als „Umsiedlung“ getarnten Transporte dorthin begonnen hatten. In seinem Buch „Ein Jahr in Treblinka“ berichtet er, dass in den drei Gaskammern des Lagers jeden Tag zwischen zehn- und zwölftausend Menschen ermordet wurden. Um die Leichen zu den Massengräbern zu bringen, wurde eigens eine kleine Schmalspurbahn errichtet. Doch dann kam der Zeitpunkt, da Massengräber dem Regime nicht mehr opportun erschienen, wie Wiernik feststellt: *„Das war die Zeit, als die Deutschen viel über Katyn sprachen. [...] Vermutlich aufgrund dieser Berichte besuchte Himmler persönlich Treblinka und gab Anweisungen, dass zukünftig alle Leichen verbrannt werden sollten. [...] Sie wollten keine Spuren der Massenmorde hinterlassen. In jedem Fall wurde mit dem Verbrennen der Leichen sofort begonnen und Männer, Frauen, Kinder und alte Menschen aus den Massengräbern exhumiert.“*¹² Bei der Unmenge an Toten nahm dies eine beträchtliche Zeit in Anspruch und das Areal war aus der Luft einsehbar. *„Wann auch immer ein Flugzeug am Himmel gesichtet wurde, erfolgte eine Arbeitsunterbrechung. Die Leichen wurden mit grünem Gezweig als Tarnung gegen die Luftbeobachtung bedeckt“*,¹³ schreibt Wiernik, der nur überlebte, weil er erst als Zimmermann für Arbeiten im Lager gebraucht wurde und ihm schließlich beim Aufstand vom August 1943, an

dessen Organisation er selbst beteiligt war, die Flucht gelang.

Es waren aber keineswegs nur die Besatzungen alliierter Flugzeuge, die nicht alles sehen sollten, was in den deutschen Vernichtungslagern in Polen vor sich ging, auch die deutsche Bevölkerung sollte das Ausmaß des Mordens nicht in vollem Umfang erfahren. So schreibt Thomas „Toivi“ Blatt, der am Aufstand im Vernichtungslager Sobibor beteiligt war und die Flucht aus dem Lager überlebte, in seinem Buch „Sobibór – der vergessene Aufstand“: *„Das Dach der Gaskammeranlage war mit einem besonderen militärischen Tarnnetz bedeckt, um einer Entdeckung durch deutsche Piloten, die Angriffe gegen die Sowjetunion flogen, vorzubeugen.“*¹⁴

Im KZ Mauthausen ermordet

Nicht alle Piloten der alliierten Verbände kehrten von ihren Einsätzen über Deutschland wohlbehalten auf die Flugplätze, von denen sie aufgebrochen waren, zurück. Im Herbst 1944 seien 45 Piloten – „Holländer, Engländer und Amerikaner“ – ins KZ Mauthausen eingeliefert worden, schreibt der griechische Autor Jakobos Kambanellis, der 1943 in Wien verhaftet und bis zur Befreiung im KZ Mauthausen inhaftiert war, in seinem Roman „Die Freiheit kam im Mai“: *„Sie töteten alle auf der Stiege des Steinbruchs.“*¹⁵ Und er beschreibt, wie deren Leichen zum Appellplatz gebracht wurden, wo sich der I. Schutzhaftlagerführer, SS-Hauptsturmführer Georg Bachmayer vor den in Reih und Glied angetretenen Häftlingen mit deren Ermordung brüstete: *„Die Karren hielten in der Mitte des Platzes. Bachmayer stellte sich zwischen die zwei Karren und teilte uns kurz und bündig mit: ‚Wenn ihr in Zukunft eure Blicke zum deutschen Himmel richtet, um die Flugzeuge der englischen und amerikanischen Juden zu sehen, vergesst nicht, dass alles hier unten endet! Alle eure Hoffnungen, Dreckshunde Europas, werden auf diesen Karren abtransportiert werden.“*¹⁶

Selbstverständlich gab es auch Häftlinge, für die sich die Bombenabwürfe auf eine nahegelegene Stadt mit schmerzlichen Gedanken verbanden. So notierte Nico Rost am 5. August 1944 nach einem Gespräch mit dem Kommunisten Adi: *„Er kommt aus München, und als ich mit ihm über die Bombardierung sprach, spürte ich, welche Tragödie es für ihn bedeutet, daß seine Heimatstadt nun jeden Tag aufs neue bombardiert wird – auch das Viertel, in dem er gebo-*

*ren wurde, der Platz, auf dem er als Kind spielte, die Straße und das Haus, wo er mit seiner Frau und seinen Eltern gewohnt hat –, und ich erkannte, daß er nur dank seiner felsenfesten Überzeugung dieses tiefe Gefühl von Schmerz und Trauer überwinden konnte, um billigen zu können, was nun dort geschieht. [...] Wieviel einfacher und leichter ist das alles doch für uns, für die ‚München‘ nur ein Name ist, nicht mehr bedeutet als jede andere große deutsche Stadt.“*¹⁷

Solche oder ähnliche Überlegungen hatten schon früher, wie er festhielt, zu einem heftigen Wortwechsel mit einem Mithäftling geführt: *„Ich glaube, nicht nur weil ich nervös war – doch als die Bomben fielen, sagte J.: ‚Die schönste Musik, die ich kenne.‘ Er lachte dabei und wiederholte, als die zweite Welle anflug: ‚Herrlich!‘ Ich war empört darüber und habe ihm das nicht verschwiegen. Es gibt nichts, was mich in dieser Situation tiefer trifft als Frivolität. Bei einem solchen Angriff haben wir still zu sein und zu fühlen, daß sich hier eine Tragödie abspielt. Ich weiß natürlich ebensogut wie er, daß diese Bombardierungen notwendig sind, daß sonst der Sieg nicht möglich ist, aber ich kann mir nicht helfen: Menschen, die sie als ‚herrliche Musik‘ empfinden, sind für mich halbe Faschisten – auch wenn sie noch so gute Patrioten sind.“*¹⁸

„Dann sind wir frei, oder ...“

Allerdings vergingen noch viele Monate bis Nico Rost am 5. April 1945 in sein „Tagebuch“ eintrug:

„Heute, bis jetzt, hundertsechsdreißig Tote.“

Unsere Brotration wiederum herabgesetzt!

Aber dafür hatten wir bereits viermal Luftalarm.

Die Zeitungen aus München sind nicht mehr gekommen, und die ‚Parolen‘, daß die Amerikaner immer näher rücken, werden zahlreicher.

In höchstens einem Monat dürfte meiner Meinung nach alles entschieden sein.

*Dann sind wir frei, oder ...“*¹⁹

Es ist dieser halbe Nachsatz, der deutlich macht, wie unsicher die Zukunft von den Häftlingen – nicht nur in Dachau, sondern in allen Konzentrationslagern – eingeschätzt wurde. Was würde sich das Nazi-Regime für sie noch einfallen lassen, bevor es endgültig besiegt sein würde. Jacques Lusseyran, der blinde französische Widerstandskämpfer, der in Buchenwald inhaftiert war, schreibt in seinem Roman „Das wiedergefundene

Licht“: „Doch je größer die Siegeschancen der Alliierten wurden, desto kleiner wurden unsere Chancen zu überleben. [...] Seit September 1944 ging das Gerücht um, die SS habe den Befehl erhalten, im Falle einer Niederlage in den Konzentrationslagern keinen einzigen Mann am Leben zu lassen. [...] Bald war es schon kein Gerücht mehr, sondern eine Nachricht, die sogar die SS nicht mehr geheimhielt.“²⁰

Im März 1945 sind die Bombardierungen schon längst keine vereinzelt Ereignisse mehr, wie Lusseyran in diesem Zusammenhang festhält: „Von jetzt an flogen jede Nacht lange, unsichtbare Flugzeugschwärme über den Hügel von Buchenwald. Der ganze Himmel hallte wider wie ein Metallgerippe. Aus der Ebene ringsum stiegen riesige Fackeln hoch: explodierte Fabriken, zerstörte Städte. Einmal brannte es nachts weit weg im Osten. Diesmal hielt die Fackel vierundzwanzig Stunden lang: man sagte, es seien die Fabriken für synthetisches Benzin in Merseburg.“²¹

Dabei war das KZ Buchenwald, insbesondere aber die angeschlossenen Rüstungsbetriebe mehr als ein halbes Jahr zuvor selbst schon Ziel eines Bombenangriffs geworden. Władysław Koźdoń schreibt darüber in „... ich kann dich nicht vergessen“: „Am 24. August 1944 wurden die Gustloff-Werke bombardiert. Die Amerikaner hatten den Rüstungsbetrieb ausgekundschaftet und schickten ihre Bomber am helllichten Tag.“²² Und weiter: „Die Bomben trafen ihr Ziel. Außer Werkshallen und SS-Gebäuden wurden der Steinbruch und einige Baracken getroffen, die am Rand des Lagers standen. Wir freuten uns. Doch es gab auch Tote und Verletzte unter den Häftlingen, von denen viele in den Laufgräben neben der Fabrik kauerten.“²³

Feuerregen auf Buchenwald

Ivan Ivanji, der serbische Schriftsteller, war 15-jährig in diesem Jahr nach Buchenwald deportiert worden; und er schreibt in seinem Roman „Der Aschenmensch von Buchenwald“: „Im August vierundvierzig, fast auf den Tag vor dreiundfünfzig Jahren, gab es immer öfter Fliegeralarm. Die Häftlinge waren sich keiner Gefahr bewusst. Sie freuten sich, weil auf den Gesichtern der SS-Leute Angst zu lesen war.“²⁴ Doch dann berichtet er weiter: „Nach den schweren Projektilen – gut gezielt auf die SS-Fabriken im KZ, die Rüstungswerke, geworfen – prasselten Brandbomben auf Buchenwald. Es war ein Feuerregen aus

sechseckigen Sprengkörpern, die nichts verschonten, nicht die Bäume, nicht den Rasen, nicht die Häuser und nicht die Menschen.

Die Häftlinge durften die Postenkette, die eng um die Fabrik gestellt war, nicht durchschreiten, es gab kein Ausweichen vor den heruntersausenden Spreng- und Brandbomben. Die verängstigten Menschen liefen hin und her oder schmiegt sich an den Erdboden. Ukrainische SS-Leute, die die Postenkette bildeten, schossen auf die Häftlinge, wenn sie sich aus dem Bereich der herunterfallenden Brandbomben zu retten versuchten. Deutsche SS-Leute, die als Aufsichtspersonal im Werk gewesen waren und jetzt zwischen den Häftlingen im Wald lagen – den Kugeln der Kameraden ausgesetzt –, schossen zurück. Es war ein kurzes, internes Gefecht der SS, aber den Häftlingen nützte das nichts, sie wurden von den vom Himmel fallenden Bomben ihrer Verbündeten getötet.“²⁵

Im Hauptlager wurden ebenfalls einige Gebäude von Bomben getroffen, wobei dem dadurch verursachten Brand auch die sogenannte „Goethe-Eiche“ zum Opfer fiel. Das damit verbundene Durcheinander im Lager ermöglichte es der internen Lagerleitung, sowohl aus einem SS-Lager Waffen zu entwenden, die vorläufig versteckt wurden, als auch ihren Einfluss im Lager zu stärken, wie Jorge Semprun in seinem Roman „Was für ein schöner Sonntag!“ feststellt: „So erreichen es die verantwortlichen deutschen Kommunisten nach dem amerikanischen Bombenangriff auf die Fabriken von Buchenwald im August 1944, indem sie auf das ‚gute Verhalten‘ der ausländischen Deportierten hinweisen, die jegliche Panik vermieden und den Verwundeten schnell geholfen, sowie die von den amerikanischen Phosphorbomben verursachten Brände gelöscht hatten, und das als Argument anführten, bei den SS-Männern, daß sie Ränge des Lager-schutzes – der internen, ausschließlich aus Deportierten bestehenden Polizei – den Ausländern öffneten.“²⁶

„Buna wird bombardiert!“

Elie Wiesel war 1944 zusammen mit seinem Vater aus dem rumänischen Sighet erst ins KZ Auschwitz deportiert und nach drei Wochen ins Lager Auschwitz-Monowitz verlegt worden, das für jene Häftlinge errichtet worden war, die im benachbarten I.G.-Farben-Werk Buna, in dem Synthetikgummi und Treibstoff aus Steinkohle hergestellt werden sollten, Zwangsarbeit leisten mussten. In

seinem Buch „Die Nacht“ erwähnt Elie Wiesel auch die Bombardierung des Werks im Herbst 1944: „Jetzt begannen wir das Geräusch von Flugzeugmotoren zu vernehmen. Und im selben Augenblick erbebten die Baracken. ‚Buna wird bombardiert!‘ schrie einer.“²⁷

Im März 1944 trafen mehrere Phosphorbrandbomben das KZ Sachsenhausen, setzten dort eine Baracke in Brand, wobei mehrere Häftlinge getötet wurden und einige schwere Verbrennungen erlitten, wie der Arzt Fritz Lettow, der zu eben jener Zeit vom KZ Natzweiler ins KZ Sachsenhausen verbracht worden war, in seinem Buch „Arzt in den Höhlen“ berichtet. Rund einen Monat später wurde das Außenlager des KZ im Heinkel-Werk von einem schweren Bombenangriff getroffen. Dieses Werk war 1936/37 zum geheimen Aufbau einer Luftwaffe unter Missachtung des Versailler Vertrags in Oranienburg errichtet worden. Ab Ende 1939 wurden hier auch Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter eingesetzt; und im März 1942 kamen schließlich noch die Häftlinge eines direkt im Werk errichteten Außenlagers des KZ Sachsenhausen dazu.

Dieser Bombenangriff forderte so viele Opfer, dass auch Ärzte und Pfleger der Krankenstation des Hauptlagers Hilfe leisten mussten. Fritz Lettow schreibt darüber: „Eine Sanitätskolonne, die das Hauptrevier schnell entsandt hatte, konnte zusammen mit dem dortigen Revier noch über zweihundert Schwerverwundete bergen, während ebenfalls an die zweihundert Tote reihenweise aneinandergelegt waren. Eine Woche lang hatten wir diese Schwerverletzten in Tag- und Nachtarbeit wieder zusammenflicken müssen.“²⁸

Im April 1945 sind es dann nicht nur hoch oben fliegende Bombenflugzeuge, die über dem KZ Mauthausen auftauchen, sondern auch Kampfflugzeuge. So erzählt Jakovos Kambanellis in „Die Freiheit kam im Mai“: „Eines Morgens schwirrte ganz unverhofft ein amerikanisches Kampfflugzeug über die Baracken und Büros. Es kam so tief herab, als wollte es auf dem Appellplatz landen. Danach begann es mit seinen Spielen. Es richtete sich aus, um auf die Fenster der Kommandantur zu schießen. Die SSler waren in Angst versetzt, sie dachten, dass auch Bomben fallen würden, und strömten auf die Straße hinaus. Das Kampfflugzeug jagte sie, waghalsige Kurven schneidend, einmal die Straße hinauf, einmal hinunter. [...] Wir zitterten vor Angst, dass dieser ‚Cowboy‘ ge-

gen einen der Türme prallen könnte. Verschwitzt, verschmutzt und nach Luft japsend beeilten sich die SSler, in unserer Mitte Deckung zu finden. Durch ihr abgehacktes Atmen schwellen die Uniformjacken an und ab, ihre Gürtel quietschten, die Luft roch nach Schweiß und Angst.“²⁹

Unverwundbar

Ähnlich klingt es beim Franzosen Bertrand Herz, der 1944 als 14-Jähriger gemeinsam mit seinem Vater ins KZ Buchenwald deportiert worden war. In seinem Buch „Der Tod war überall“ beschreibt er, wie er Anfang April 1945 zusammen mit den übrigen Häftlingen des Außenlagers Niederorschel in einem Todesmarsch zurück ins 80 Kilometer entfernte Stammlager Buchenwald getrieben wurde. Bei aller Qual gab es dabei doch auch Erheiterndes: „Manchmal zogen alliierte Flieger im Tiefflug über die Kolonne und dann amüsierten wir uns, wie die Bewacher versuchten, sich möglichst schnell in Sicherheit zu bringen. Wir Häftlinge fühlten uns selbstverständlich gegenüber den Kugeln der Maschinengewehre aus den amerikanischen Flugzeugen unverwundbar!“³⁰

Es ist dieses wirklichkeitsfremde Gefühl, an das sich auch Primo Levi in seinem Buch „Das periodische System“ erinnert: „Die Deutschen hatten mehr Angst vor den Fliegerangriffen als wir: entgegen jeder Vernunft fürchteten wir sie nicht, weil wir wußten, daß sie sich nicht gegen uns richteten, sondern gegen unsere Feinde.“³¹

Nicht immer waren es jedoch Flugzeuge der Alliierten, die am Himmel zu sehen waren. Das mussten der Sinto Otto Rosenberg und einige Mithäftlinge in der Nähe des Lagers Woffleben erfahren. Rosenberg, 1943 als 16jähriger mit seiner Familie aus dem für Sinti und Roma errichteten Zwangslager Berlin-Marzahn ins KZ Auschwitz deportiert, war von dort über das KZ Buchenwald ins Lager Woffleben, einem Außenlager des KZ Mittelbau, gekommen, wo Stollen für die Junkers Flugzeug- und Motorenwerke gegraben wurden. In seinem Buch „Das Brennglas“ erzählt er: „Einmal kamen Tiefflieger in Woffleben. Da hieß es: Das sind die Engländer oder Kanadier. ‚Oh Mann, die kommen vielleicht, uns zu befreien.‘ Wir winkten und warfen noch die Mützen hoch. Auf einmal kamen die Flieger zurück, kamen im Sturzflug. Ich warf mich hinter die Lore, der eine hierhin, der andere dahin. In den Dreck, in den Matsch. Da waren das Stuka, die auf uns

zuhielten und uns mit Maschinengewehren beschossen.“³²

Unter all den Möglichkeiten, die Häftlinge quer durch die Konzentrationslager in Erwägung zogen, wie sich die SS vor der endgültigen Niederlage noch der übergroßen Zahl von Zeugen ihres verbrecherischen Regimes entledigen könnten, tauchte auch immer wieder die Befürchtung auf, es könnten zuletzt noch Bomben auf die KZs geworfen werden. Robert Antelme erzählt in seinem Roman von einem Blockältesten, der seit elf Jahren, gewissermaßen seit Beginn des KZ Buchenwald dort Häftling war. Als sie ihm gegenüber meinten, der Krieg würde bald vorüber sein, und dann würden sie und auch er frei sein, habe er lachend erklärt: „Nein, ihr werdet nicht frei sein. Ihr wisst nicht, wer Hitler ist. Selbst wenn der Krieg bald zu Ende geht, werden wir alle hier verrecken. Die SS wird das Lager bombardieren lassen, sie werden es in Brand stecken, aber wir werden nicht lebendig hier herauskommen. Tausende und Abertausende der unseren sind gestorben und wir werden auch hier sterben.“³³

So weit kam es nicht. Aus den KZs, an die die jeweilige Front immer näher heranrückte, wurden die Häftlinge oder Teile von ihnen evakuiert, wobei bei den damit verbundenen Todesmärschen noch weitere zehntausende Häftlinge umkamen. Wer zu schwach war, um weiterzumarschieren, wurde am Wegrand von den Begleitmannschaften der SS und ihrer Helfer erschossen oder erschlagen.

Todesmarsch verhindert

In einigen Konzentrationslagern war die SS bemüht, in erster Linie die Juden zu evakuieren. Doch auch das gelang nicht immer. Elie Wiesel, der zusammen mit seinem Vater die Evakuierung aus dem KZ Auschwitz ins KZ Buchenwald überlebt hatte – wo dann allerdings der Vater starb – erzählt in „Die Nacht“: „Plötzlich heulten die Sirenen. Fliegeralarm. Man wurde in die Blocks zurückgeschickt. An diesem Abend war es zu spät, uns zu evakuieren, und die Evakuierung wurde auf den kommenden Tag verschoben.“³⁴

Und Nico Rost notierte am 24. April 1945, fünf Tage bevor das Hauptlager des KZ Dachau von US-Truppen befreit wurde: „Bereits seit dem frühen Morgen dauernd Sturzflieger über dem SS-Lager. Warum verhindern sie nicht die Evakuierung der Juden? Das müßte doch möglich sein.“³⁵ Da war das KZ Buchenwald schon befreit. Jacques Lus-

seyran schreibt in „Das wiedergefundene Licht“: „Endlich, am Morgen des 9. April, gab es keinen Zweifel mehr – diese Bombenabwürfe im Sturzflug über Weimar und der Umgebung des Lagers, dieser Kanonendonner im Westen, in den Vorstadtgebieten Erfurts, zwanzig Kilometer von uns: die Unsrigen waren da!“³⁶

Zwei Tage später war es dann soweit. Im Stammlager Buchenwald erlebten rund 21.000 Häftlinge die Befreiung. Allerdings waren in den Tagen davor noch etwa 28.000 evakuiert worden. Darunter 4.500, die am 7. April in einem Güterzug – mit 100 Häftlingen pro Waggon – Richtung Süden transportiert wurden. Nahrung war für einen Tag vorgesehen, doch war der Zug 21 Tage unterwegs bevor er am Anschlussgleis des KZ Dachau abgestellt wurde, wo ihn am Tag der Befreiung die US-Soldaten voller Toter und Sterbender vorfand.

Tote und Befreite

In der Umgebung des KZ Dachau kamen allerdings Häftlinge auch durch die Angriffe alliierter Flugzeuge um. Am 28. April 1945 befahl die SS die Räumung des Außenlagers Mühldorf. Die Häftlinge wurden in Güterwagen weggebracht. In Poing, unweit von München, kam es zu einem längeren Aufenthalt. Unglücklicherweise stand auf dem Nebengleis ein Zug mit Flakgeschützen. Max Mannheimer erzählt in seinem „Späten Tagebuch“, was dann passierte: „Ein amerikanischer Tieffliegerangriff richtet seine Geschosse auf die beiden Züge. Wir verlassen fluchtartig die Wagen und laufen in die Felder. Kann es war sein? Ist der Krieg zu Ende? Jedenfalls haben wir nicht mehr die Absicht, in die Wagen zurückzukehren. Einige Mithäftlinge kommen bei dem Fliegerangriff um. Jetzt, in letzter Minute. Auch ein Freund von uns. Ingenieur aus Prag. Fünf Jahre hat er durchgestanden. Umsonst.“³⁷

Ähnliches erzählte der aus Wien stammende Journalist Ernest Landau, der wie Mannheimer im Herbst 1944 vom KZ Warschau ins KZ Dachau evakuiert worden war, über seine Befreiung: „Ich wurde in Bayern befreit, zwischen Tutzing und Feldafing. Wir befanden uns gerade auf einem Transport, der irgendwo ins Tirolische gehen sollte, glaube ich, jedenfalls in die Berge, in eine sogenannte Werwolfstellung. Aber so weit kam es nicht. Es war der 1. Mai, der Abend des 1. Mai 1945, wir befanden uns zwischen Tutzing und Seehaupt, auf der Bahnstrecke, in einem Zug, der aus lauter Güterwaggons bestand. Ungefähr

hundert Menschen waren in jedem dieser Waggons eingepfercht. Dieser Zug hatte auch noch einen flachen Waggon, auf dem sich ein Geschütz befand, eine Kanone oder Haubitze, irgend so etwas. Irrtümlicherweise hielten uns die Alliierten für einen Wehrmachtstransport und bombardierten uns. Wir verloren dabei ca. 60 Menschen. Der Zug wurde zum Stehen gebracht. Wir wurden von SS-Männern begleitet, aber die waren schon ziemlich kleinlaut, weil sie erfahren hatten, daß die alliierten Truppen ziemlich nahe waren.“³⁸

Die Zahl der Opfer durch Luftangriffe der Alliierten auf Häftlingszüge in Bayern steht allerdings in keinem Vergleich zu der, die allein die Bombardierung der „Cap Arcona“ in der Lübecker Bucht am 3. Mai 1945 durch die Royal Air Force forderte. Wenige Tage vor der endgültigen Kapitulation Nazi-Deutschlands, Hitler war bereits tot, starteten die Briten einen Großangriff mit 200 Flugzeugen gegen Schiffe in der Lübecker und der Kieler Bucht, um – wie es hieß – zu verhindern, dass sich deutsche Truppen zuletzt noch über die Ostsee absetzen.

Bombardierung von KZ-Schiffen

In der Lübecker Bucht lag die „Cap Arcona“, einst ein Luxussschiff und Flaggschiff der Hamburg-Südamerikalinie. Ab Kriegsbeginn wurde sie von der deutschen Kriegsmarine als Hilfsbeischiß verwendet und diente auch als Wohnschiff im U-Boot-Stützpunkt Gdynia. Ende 1944 ging sie wieder auf Fahrt, um Flüchtlinge aus Ostpreußen in den Westen zu bringen. Nach der zweiten Fahrt blieb das Schiff allerdings wegen einer defekten Antriebswelle manövrierunfähig in der Lübecker Bucht liegen. Von der Kriegsmarine ausgemustert, wurde es dem Hamburger Gauleiter Karl Kaufmann unterstellt. So wurde die „Cap Arcona“ wie auch andere schadhafte Schiffe dazu bestimmt, erst Häftlinge aus dem KZ Neuengamme und dann auch solche aus Konzentrationslagern in Oberschlesien, die nach Todesmärschen hier ankamen, aufzunehmen.

Zum Zeitpunkt der Bombardierung war die „Cap Arcona“ mit etwa 4.600 Häftlingen völlig überfüllt (die Sanitäranlagen des Schiffs waren für 700 Passagiere ausgelegt). Dazu kamen noch 70 Besatzungsmitglieder und rund 500 SS-Männer als Bewacher. Sam Pivnik, einer der wenigen, die dem Inferno entkamen, schildert in seinem Buch „Der letzte Überlebende“, wie er und andere Häft-



Der Schauspieler Erwin Geschonneck (re.), hier mit dem Intendanten des Berliner Ensembles Manfred Wekwerth (li.), überlebte am 3. Mai 1945 den Untergang der „Cap Arcona“ und wirkte am Fernsehfilm „Der Mann der Cap Arcona“ (DDR 1982) mit.

linge, die bereits den Todesmarsch vom KZ Fürstengrube, einem Außenlager des KZ Auschwitz, bis Neustadt in der Lübecker Bucht überstanden hatten, an eben diesem 3. Mai 1945 auf Fischerbooten zur „Cap Arcona“ gebracht wurden: „Es war ein Donnerstag, niedrige Bewölkung hing über der südwestlichen Küste der Ostsee, vor allem dem Küstenstreifen bei Neustadt und die Lübecker Bucht. Einer nach dem anderen kletterten wir die schwankende Strickleiter hinauf. Ich hatte kaum Zeit, um mich zu fürchten, bevor ich durch das Loch in den Rumpf des Schiffes stolperte und für einen Augenblick nur undurchdringliches Dunkel sah.“³⁹

Da im Rumpf kein Platz war, stiegen er und andere, die mit ihm gekommen waren, im Schiff weiter hinauf und erreichten schließlich einen Raum, der wahrscheinlich früher einmal eine Lounge für Passagiere gewesen war. „Ich kletterte gerade über ein paar Leute, um mir einen Platz zu suchen, als plötzlich die Hölle losbrach. Das Schiff machte einen regelrechten Sprung, es gab einen unglaublichen Knall, und ich fiel hin, zusammen mit allen anderen, die noch

gestanden hatten.“⁴⁰ Dass das Schiff angegriffen wurde, wurde ihnen erst klar, als es noch einen Schlag und noch einen Krach gab, der die Fensterscheiben zerbersten ließ und alle mit Glasscherben überschüttete. „Was dann folgte, war das schrecklichste Geräusch, das ich je gehört habe. Es grollte und brüllte irgendwo unter uns, und ich brauchte eine Weile, bis ich begriff, was es war. Es waren die Todesschreie Tausender Männer, die durch die Gänge und Treppenhäuser hallten.“⁴¹

Nur Uniformierte waren zu retten

Mit Hilfe eines Freundes, der ihn hochhob, gelangte er durch eine Luke, die über ihnen geöffnet worden war, an Deck. Pivnik schildert, wie das ganze Schiff vibrierte und unter ihm zitterte – zugleich über ihm die tarnfarbenen Flugzeuge. „Jetzt war ich achtzehn und hatte mehr Schrecken gesehen als die meisten Menschen in einem ganzen Leben“⁴² stellt er fest, und berichtet: „Während ich mich entsetzt und verwirrt an die Reling klammerte, konnte ich sehen, dass die Fischerboote zurückkamen, die uns



„Fluchtgruppe Cap Arcona“ als Teil des von Alfred Hrdlicka gestalteten Mahnmals gegen den Krieg am Hamburger Dammtor.

in dieses Inferno gebracht hatten. Aber es war klar, wie ihre Befehle lauteten. Sie nahmen nur Uniformierte auf, Angehörige der Kriegsmarine und SS-Leute, keinen von uns. Wenn Häftlinge versuchten, die Fischerboote zu entern, wurden sie von der SS erschossen, entweder von denen, die noch an Deck waren, oder von denen, die sich bereits in den Fischerbooten befanden.“⁴³

Zwanzig Meter sind es bis zum Wasser hinunter und dort treiben Trümmerteile und schwimmen Menschen, die ihrerseits versuchen, sich zu retten. Doch es bleibt ihm keine Wahl: „Ich hielt die Luft an und sprang, spürte Luft in Nase und Mund, spürte, wie sie meine Jacke aufblähte und mir in die Augen stach. Ich hatte keine Zeit, mein Leben an mir vorbeiziehen zu lassen, bevor ich ins Wasser fiel. Es war, als würde man auf eine Mauer treffen. Ich hörte das Geräusch nicht, ein Platschen war es jedenfalls nicht. Das Wasser war eiskalt, mir blieb ganz einfach die Luft weg. Ich ging unter, alles wurde schwarz, das Tageslicht über mir fuhr wie Suchscheinwerfer durch meinen Kopf. Wie weit ich unter die Oberfläche sank, weiß ich nicht, aber es schien ewig zu dauern, bevor ich wieder aufstieg und den Kopf über Wasser bekam.“⁴⁴

Zu dritt sind sie schließlich, die an eines der Trümmer geklammert versuchten, Richtung Ufer zu schwimmen. Die Kälte des Wassers – dessen Temperatur betrug an jenem Tag 8 Grad Celsius – setzte ihnen zu, doch das war nicht die

einzigste Gefahr: „Irgendwann tauchte ein deutsches Torpedoboot mit mörderischem Tempo aus dem Rauch auf. Die Mannschaft überstrich die gesamte Umgebung des Schiffs mit Maschinengewehrsalven. Ich sah das Wasser aufspritzen, wenn die Kugeln die Oberfläche trafen. Entsetzte Männer sprangen halb aus dem Wasser, wenn sie getroffen wurden, fielen zurück und tauchten unter.“⁴⁵

Schüsse von allen Seiten

Aber auch ein britisches Flugzeug kam im Tiefflug und schoss auf die Schwimmenden. Und ein Blick zurück zeigte folgendes Bild: „Das Schiff legte sich wie ein sterbender Wal auf die Backbordseite und blieb halb gesunken liegen. Es brannte immer noch lichterloh. Auf dem Rumpf konnte wegen der Hitze niemand stehen. Der Stahl wölbte sich und schlug regelrechte Blasen. Wer jetzt noch an Bord war, musste tot sein.“⁴⁶ Dem waren die drei entgangen, doch in Sicherheit waren sie noch lange nicht: „Schüsse vom Strand hielten uns auf. Ich konnte zwei Polizisten sehen, die in die Brandung schossen. Wir sahen nicht, worauf sie zielten, aber es war klar, sie schossen auf halb tote Männer wie uns. Wir beschlossen zu warten, bis es dunkel wurde. An dieser Stelle konnte ich schon stehen.“⁴⁷

Als sie schließlich das Ufer erreichten, blieb Pivnik erschöpft liegen und schlief ein. Er wäre wahrscheinlich zuletzt noch erfroren, wenn ihn nicht andere Überlebende gefunden und zu ihrem Lager-

feuer gebracht hätten. Am nächsten Morgen kam ein alter Mann mit einem Lieferwagen und brachte sie in die Stadt: „Schweigend saßen wir auf der schwankenden Ladefläche. Kein Hakenkreuz weit und breit, nur Männer mit ernsten Gesichtern in khakifarbenen Uniformen, die uns anstarrten.“⁴⁸

Neben Sam Pivnik waren unter den Überlebenden auch Erwin Geschonneck, später einer der erfolgreichsten Schauspieler der DDR, sowie Rudi Goguel, der als KPD-Funktionär gleich nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten verhaftet und ins KZ Börgermoor eingeliefert worden war, wo er die Melodie für das Lied von den „Moorsoldaten“ komponierte. 1934, zum zweiten Mal verhaftet, wurde er zu zehn Jahren Zuchthaus wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilt. Nach Verbüßung der Haft in mehreren Zuchthäusern folgte schließlich „Schutzhaft“, erst im KZ Sachsenhausen, von wo er schließlich ins KZ Neuengamme verschleppt wurde.

In seinem Buch „Cap Arcona. Report über den Untergang der Häftlingsflotte in der Lübecker Bucht am 3. Mai 1945“ stellt Rudi Goguel fest, dass zweifellos auch die SS-Wachmannschaft von dem Bombenangriff überrascht worden war. Aber selbst in dieser aussichtslosen Lage hätten es einige der fanatisierten Faschisten vorgezogen, „den Tod der Häftlinge zu beschleunigen, anstatt sich selbst in Sicherheit zu bringen“. So berichteten später Mithäftlinge „von einem Wachmann, der den Ausgang zum Oberdeck abspernte und aus zwei Revolvern in die verzweifelt nach oben drängenden Häftlinge schoß. Doch als er seine Magazine leergeschossen hatte, ereilte ihn das verdiente Los: Er wurde von der wütenden Menge überrannt und zu Tode getrampelt.“⁴⁹

Über die eigene Rettung erzählt Goguel in seinem Buch „Es war ein langer Weg“: „Ich selbst werde in eine Kajüte gedrängt. Hier steht das Bullauge offen. Einer nach dem anderen zwingt sich hindurch und verschwindet im Wasser unten. Endlich bin auch ich an der Reihe. Beine zuerst hinaus! Die Hüftknochen hängen am Fensterrand fest. Schneller, schneller den Hinterleuten dauert es zu lange. Ein wuchtiger Schlag auf den Kopf und mit einem mächtigen Schwung sause ich durch das Bullauge hinunter in das Wasser.“⁵⁰ Doch dann: „Eine Stunde bin ich geschwommen. Ich habe versucht, das ferne Ufer zu erreichen. Aber die Strömung war gegen mich. Ich habe meine Bemühungen ein-

gestellt und treibe willenlos im Wasser. Langsam dringt die Kälte immer näher ans Herz. Hände und Füße sind abgestorben. Das Gehirn verfällt in einen Zustand wohlthätiger Lähmung.

Soll dies das Ende eines langen Weges sein? Soll ich heute, wo in Deutschland die Glocken läuten und die Kanonen schweigen, soll ich heute hier elendiglich ersaufen?⁵¹

Ein bekanntes Gesicht

Den Maschinengewehrsalven, die von zwei Minensuchbooten abgegeben werden, entgeht er, weil er schon zu schwach ist, um auf sich aufmerksam zu machen. Doch dann kommt eine Schaluppe, gedrängt voll mit Häftlingen, geradewegs auf ihn zu: „Ich blicke nach oben. Harte mitleidslose Gesichter, bedacht auf ihr eigenes Leben, bedacht, mich mit Gewalt unter das Wasser zu drücken, wenn ich den Versuch machen wollte, mich an das Schiff anzuklammern. Fremde Gesichter. Feindliche Gesichter. Und dann ein bekanntes dazwischen. ‚Mischka, Mischka, kennst du mich nicht?‘ Oben ertönen erregte Stimmen. Dann packen mich zwei drei Fäuste am Rockkragen und zerren mich an Deck. – Und dann weiß ich nichts mehr.“⁵²

Erwin Geschonneck berichtete später über seine Rettung, nachdem auch er den Salven aus den Schnellbooten entgangen war: „Ich schwamm tauchend zurück zum brennenden Schiff und klammerte mich an die Ankerkette. Stunden dauerte es, bis ich mich durchs Ankerspill zur Reling hochgezogen hatte. Oben saßen noch einige Verzweifelte. Plötzlich hob sich der Horizont, und das Schiff neigte sich. Einige von uns konnten sich an der Reling festhalten, alle anderen wurden in die Tiefe geschleudert und gerieten unter das Schiff. Viele Stunden später saßen wir auf der Schiffswand der ‚Cap Arcona‘ und warteten, bis die Engländer, die inzwischen die Bucht besetzt hatten, Boote ausschickten und uns an Land holten.“⁵³

„Befehlswidrig“ gerettet

Die deutschen Marine-Angehörigen, die zuvor mit Booten in die Bucht hinausgeschickt worden waren, hatten den strikten Befehl, nur SS-Männer und Mitglieder der Schiffsbesatzungen zu retten. Doch es gab eine rühmliche Ausnahme, wie Rudi Goguel berichtet. Von den im Wasser treibenden, halb erfrorenen Häftlingen wurden etwa zwanzig von einem der Boote „befehlswidrig“ aufgenom-

men. „Schon wähten sich die dem Tod Entronnenen endgültig in Freiheit, doch als das Boot das Land erreichte und die geretteten Gefangenen aussteigen wollten, wurden sie von einem jungen Marine-Offizier mit vorgehaltener Pistole empfangen. [...] Sie wurden also erneut verhaftet und in eine Lagerhalle am Strand eingesperrt. Aber nach einiger Zeit verschwanden die Wachmannschaften – es mag gegen 17 Uhr gewesen sein – und die Gefangenen waren nun tatsächlich frei.“⁵⁴

Neben der „Cap Arcona“ waren auch auf dem kleineren Schiff „Thielbek“ KZ-Häftlinge untergebracht gewesen, die dasselbe Schicksal erlitten. Man geht davon aus, dass von den etwa 7.000 Häftlingen, die sich zum Zeitpunkt des Angriffs auf den beiden Schiffen befanden, rund 6.400 verbrannten, ertranken oder erschossen wurden. Seit den verhängnisvollen Angriffen auf die beiden Schiffe gab es verschiedene Thesen, wie es überhaupt dazu kommen konnte. Auf der einen Seite wurde der Verdacht geäußert, Himmler und die SS wären darauf aus gewesen, die Häftlinge durch die Briten ermorden zu lassen, somit ihnen deren Tod in die Schuhe schieben zu können. Andererseits hat sich auch die Royal Air Force nie detailliert zu den Angriffen geäußert. Eine Rot-Kreuz-Delegation in Lübeck soll am Abend des Vortags die britischen Streitkräfte davon unterrichtet haben, dass sich auf diesen beiden Schiffen Häftlinge befänden. Es ist allerdings fraglich, ob diese Mitteilung an die eingesetzten Flugzeugverbände weitergegeben wurde.

Anmerkungen:

- 1/ Boris Pahor: Nekropolis. München, Berlin 2016, S. 157.
- 2/ Ebd.
- 3/ Robert Antelme: Das Menschengeschlecht. Zürich, Berlin 2017, S. 103.
- 4/ Ebd.
- 5/ Liana Millu: Der Rauch über Birkenau. Frankfurt/M. 2015, S. 94.
- 6/ Nico Rost: Goethe in Dachau. Berlin 1999, S. 39.
- 7/ Ebd., S. 52.
- 8/ Ebd., S. 119.
- 9/ Władysław Koźdoń: ... ich kann dich nicht vergessen. Göttingen 2007, S. 103.
- 10/ Rost: Goethe, S. 168.
- 11/ Imre Kertész: Roman eines Schicksallosen. Berlin 2017, S. 250f.
- 12/ Jankiel Wiernik: Ein Jahr in Treblinka. Wien 2014, S. 56.
- 13/ Ebd., S. 57.
- 14/ Thomas „Toivi“ Blatt: Sobibór – der vergessene Aufstand. Hamburg, Münster 2004, S. 35.

- 15/ Jakovos Kambanellis: Die Freiheit kam im Mai. Wien 2010, S. 32.
- 16/ Ebd.
- 17/ Rost: Goethe, S. 61.
- 18/ Ebd., S. 21f.
- 19/ Ebd., S. 272.
- 20/ Jacques Lusseyran: Das wiedergefundene Licht. Die Lebensgeschichte eines Blinden im französischen Widerstand. Stuttgart 2017, S. 278.
- 21/ Ebd., S. 279.
- 22/ Koźdoń: ... ich kann dich nicht vergessen, S. 95.
- 23/ Ebd., S. 96.
- 24/ Ivan Ivanji: Der Aschenmensch von Buchenwald. Wien 1999, S. 46.
- 25/ Ebd., S. 46f.
- 26/ Jorge Semprun: Was für ein schöner Sonntag! Frankfurt/M. 1984, S. 205.
- 27/ Elie Wiesel: Die Nacht. Freiburg im Breisgau 2008, S. 89.
- 28/ Fritz Lettow: Arzt in den Höllen. München 2001, S. 219.
- 29/ Kambanellis: Freiheit, S. 13.
- 30/ Bertrand Herz: Der Tod war überall. Weimar 2016, S. 98.
- 31/ Primo Levi: Das periodische System. München 2016, S. 155.
- 32/ Otto Rosenberg: Das Brennglas. Aufgezeichnet von Ulrich Enzensberger. Berlin 2012, S. 109f.
- 33/ Antelme: Menschengeschlecht, S. 23.
- 34/ Wiesel: Nacht, S. 155.
- 35/ Rost: Goethe, S. 293.
- 36/ Lusseyran: Licht, S. 279.
- 37/ Max Mannheimer: Spätes Tagebuch. München, Berlin 2016, S. 128f.
- 38/ Ernest Landau: Die ersten Tage in Freiheit, in: Michael Brenner: Nach dem Holocaust. Juden in Deutschland 1945–1950. München 1955, S. 117.
- 39/ Sam Pivnik: Der letzte Überlebende. Darmstadt 2017, S. 202.
- 40/ Ebd., S. 203.
- 41/ Ebd., S. 204.
- 42/ Ebd., S. 205.
- 43/ Ebd., S. 206.
- 44/ Ebd., S. 207.
- 45/ Ebd., S. 207f.
- 46/ Ebd., S. 209.
- 47/ Ebd., S. 209.
- 48/ Ebd., S. 211.
- 49/ Rudi Goguel: „Cap Arcona“. Report über den Untergang der Häftlingsflotte in der Lübecker Bucht am 3. Mai 1945. Frankfurt/M. 1972, S. 60f.
- 50/ Rudi Goguel: Es war ein langer Weg. Ein Bericht. Düsseldorf 2007, S. 190.
- 51/ Ebd., S. 184.
- 52/ Ebd., S. 192.
- 53/ Erwin Geschonneck: Bericht in Ostsee-Zeitung, Rostock, 6.9.1957, zit. nach Goguel: „Cap Arcona“, S. 78f.
- 54/ Ebd., S. 77.

Rote Fahnen und schwarze Madonna

Revolution und Räterepubliken an Salzach und Inn

FLORIAN SCHWANNINGER

Die Geschehnisse rund um Revolution und Räterepublik im benachbarten Bayern vor 100 Jahren sind in Österreich nach wie vor nur wenig bekannt. Wenn überhaupt, dann fanden und finden die Ereignisse zwischen November 1918 und April 1919 als kuriose Revolution von Schwabinger Schriftstellern, Träumern und verkrachten Weltverbesserern Eingang in die mediale Darstellung und öffentliche Wahrnehmung. Hinzu kommt, dass sich die meisten – auch fundierten – Abhandlungen auf die Hauptstadt München konzentrieren. Wenn auch die dortigen Ereignisse maßgebend für das Geschehen in Bayern waren, so blieben jedoch andere Teile Bayerns keinesfalls unberührt bzw. spielten ihrerseits eine Rolle bei Aufstieg und Niedergang der Revolution. Der vorliegende Text lenkt den Blick auf die bayerische Peripherie an Salzach und Inn, im Grenzgebiet zu Oberösterreich. Im Mittelpunkt stehen das bäuerlich geprägte Gebiet um das so genannte „Herz Bayerns“, den Wallfahrtsort Altötting, und die während des Ersten Weltkriegs industrialisierte Grenzstadt Burghausen.

Revolution und Freistaatsgründung

Wie in Österreich garte im benachbarten Bayern die Stimmung während des Krieges schon seit längerem. Die Lage der Bevölkerung, nicht nur in den Städten, wurde mit Dauer des Krieges immer schlechter. Es mangelte an Nahrung, Kohle, die Bauern stöhnten unter der Abgabepflicht, und die hohen Verluste an Soldaten demoralisierten die Menschen in der Heimat. Das Königshaus hatte bereits in den Jahrzehnten vor dem Krieg an Ansehen und Autorität eingebüßt. Nun wurde König Ludwig III. vorgeworfen, er liefere sein Land an die Preußen aus, die den mittlerweile verhassten Krieg begonnen hätten. Ende Jänner 1918 kam es in Bayern zu Streiks in den Rüstungsbetrieben. Einer der Anführer war der bis dahin wenig bekannte Journalist Kurt Eisner, ein gebürtiger Berliner und Mitbegründer der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) in München.¹

Am Nachmittag des 7. November, wenige Tage nach dem Kieler Matrosenaufstand und zwei Tage vor dem Beginn

des Umsturzes in Berlin, versammelten sich schließlich rund 50.000 Menschen zu einer Friedenskundgebung auf der Münchner Theresienwiese. Einer der Redner war der 52-jährige Eisner – „kein Bayer, sondern ein Urberliner; noch dazu Jude; noch dazu Literat – ein Bilderbuch-Intellektueller mit Bart und Brille und Böheme-Allüren“.² Während die Anhänger der Mehrheits-Sozialdemokratie (MSPD) – diese trat für Reformen und eine parlamentarische Monarchie ein – nach der Kundgebung nach Hause gingen, zog eine von Eisner geführte Menschenmenge von Kaserne zu Kaserne.³ Diesem Marsch, der in Oskar Maria Graf's im Jahr 1927 erschienenen Roman „Wir sind Gefangene“ so eindringlich beschrieben wird, schlossen sich die Soldaten der Kasernen an, und in der Nacht waren alle wichtigen Punkte Münchens besetzt.⁴ König Ludwig III. floh im Zuge dieser Ereignisse nach Schloss Wildenwart im Chiemgau und von dort schließlich nach Schloss Anif bei Salzburg, wo er seine Beamten, Offiziere und Soldaten am 13. November vom Treueeid entband. Damit war die über 700-jährige Herrschaft der Wittelsbacher zu Ende.⁵

Im Münchner Mathäserbräu bildete sich am Abend des 7. November ein Arbeiter- und Soldatenrat. Die Räte begaben sich anschließend in das Landtagsgebäude und konstituierten einen provisorischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat. Zu dessen Vorsitzendem wurde Kurt Eisner gewählt. In der Nacht von 7. auf 8. November 1918 beschloss der Rat einen von Eisner verfassten Aufruf, in dem es unter anderem hieß: „Bayern ist fortan ein Freistaat.“ Eine Volksregierung und Wahlen (auch für Frauen) wurden angekündigt, sozialistische Forderungen waren jedoch nicht enthalten.⁶

Mit der Republikgründung war München Berlin voraus. Sie fiel hier, wie Haffner betont, auch nicht wie in Berlin „von Anfang an in die Hände ihrer Feinde“, und „anders als im übrigen Reich war sie nicht das Werk führerloser Massen“.⁷ Eisner konnte schon am 8. November eine Regierung präsentieren. Er war jedoch gezwungen, eine Koalition mit der MSPD einzugehen, da der USPD Rückhalt und Organisation fehlten. Diese Regierung konnte mit der Einführung

des Achtstundentags, des Frauenwahlrechts und der Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht wichtige Maßnahmen setzen, sah sich jedoch großen Problemen wie der Demobilisierung des Heeres, der zerrütteten Wirtschaftslage und der miserablen Ernährungssituation gegenüber. Eisner veröffentlichte auch Dokumente, die die deutsche Kriegsschuld belegen sollten – eine Maßnahme, die ihn verstärkten Angriffen von rechten Kräften aussetzte.⁸

Von der Hauptstadt in die Peripherie

Nach den Vorgängen in der Hauptstadt kam es rasch zu einer Ausbreitung der Revolution auf weite Teile Bayerns. An vielen Orten entstanden Arbeiter- und Soldatenräte, die wiederum regionale Räte und über diese die Landesräte wählten. Eine Besonderheit dürften in Bayern die Bauernräte dargestellt haben, die sich ebenfalls vielerorts bildeten.⁹

In der jungen Industriestadt Burghausen an der Grenze zu Österreich erfuhr man relativ schnell von den Vorgängen in München. Am 9. November, einem Samstag, las die Bevölkerung im Morgenblatt den Aufruf, sich für 11 Uhr am Stadtplatz zu einer Sympathiekundgebung für die neue bayerische Regierung einzufinden. Die Stimmung gegenüber Krieg und König war auch in Burghausen schon seit längerem schlecht, vor allem bei den zahlreichen ArbeiterInnen der 1916 eröffneten Wacker-Werke – einem chemischen Betrieb, der vor allem für die deutsche U-Bootflotte produzierte und bei Kriegsende ca. 1.000 Beschäftigte zählte.¹⁰ Die ArbeiterInnen kamen zumeist aus anderen Teilen Bayerns, passten nicht in die traditionelle Politik und Gesellschaft einer katholisch-konservativ geprägten Kleinstadt und litten besonders unter einer prekären Wohnsituation und der schlechten Versorgungslage.¹¹

Über 1.100 Menschen nahmen an der Kundgebung am 9. November 1918 teil und verabschiedeten eine Resolution, die vor allem Forderungen der Arbeiterschaft beinhaltete, wie z.B. den Kampf gegen die Preistreiberei, eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung und Treue zur neuen Regierung.¹² Zwei Tage später bildete sich in Burghausen ein

Arbeiter- und Soldatenrat, dem aber auch Angehörige des Mittelstands und Angestellte angehörten. Der Rat übernahm vorübergehend die Amtsgeschäfte der Stadtregierung, und am Rathaus wurde eine rote Fahne aufgezogen. Diese Machtübernahme sollte jedoch nur von kurzer Dauer sein, denn am 26. November beschloss die bayerische Regierung, dass die Räte nur über beratende Funktionen verfügen sollten.¹³ Dies stellte eine erste Weichenstellung im Kampf um die Ausgestaltung des neuen politischen Systems in Bayern dar.

Ähnlich wie in Burghausen bzw. in ganz Bayern gründeten sich in anderen Gemeinden und Städten der Region Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, in Mühldorf am Inn und in Altötting etwa bereits am 10. November.¹⁴ In Altötting, im Unterschied zu Burghausen nur wenig industrialisiert, fand am 12. November auf dem Kapellplatz eine „freiheitliche Volksversammlung“ mit rund 800 Teilnehmern statt, bei der ein Soldatenrat aus München eine Rede hielt. Auch hier flatterte vom Rathaus die rote Fahne.¹⁵ In Neuötting gründete sich am 11. November ein „Soldaten- und Arbeiterrat Neuötting und Umgebung“ und wandte sich mit einem Aufruf an die Bevölkerung. Darin heißt es unter anderem, dass der Rat zeigen wolle, „dass Soldaten und Arbeiter, die solange im Hintergrund gestanden, befähigt sind, positive Arbeit zum allgemeinen Wohle zu leisten“.¹⁶

Das Bezirksamt Altötting wies am 11. November 1918 alle Gemeindebehörden in ihrem Gebiet an, „auch unter dem neuen Volksstaate im Interesse der Erhaltung des Vaterlandes auf ihren Posten zu verharren und weiter zu arbeiten nach Massgabe der Weisungen der vorgesetzten Behörde aufgrund der bis jetzt noch in Kraft bestehenden Gesetze und Verordnungen unter weitgehendster Berücksichtigung des Arbeiter- und Soldatenrates (der Bezirke) Altötting bzw. Burghausen“.¹⁷

In der Folge bildeten sich auch in kleineren Gemeinden Arbeiter- und Soldatenräte, die zumindest ein Mitspracherecht in den kommunalen Gremien einforderten – vor allem auf dem Gebiet der Versorgung. Die Räte waren hauptsächlich in Fragen der öffentlichen Sicherheit, in der Versorgung mit Lebensmitteln, Wohnraum, Elektrizität und Brennstoff und beim Kampf gegen Schleichhandel und Preistreiberei tätig. In Gemeinschaftsaktionen überprüften beispielsweise die Arbeiter- und Soldatenräte aus Burghausen und Altötting



Demonstration auf der Theresienwiese in München am 7. November 1918.

Lebensmittelbetriebe und Kantinen. Bei Fällen von Preistreibereien, Warenzurückhaltung und Schieberei kam es auch zu Beschlagnahmungen.¹⁸

Zur Unterstützung der Räte und um für den neuen Staat zu werben, entsandte der Münchner Arbeiter- und Soldatenrat Redner aufs Land. So sprach z.B. am 17. November ein Redner aus München in Neuötting vor einer, mehrere hundert Personen zählenden Versammlung. Ein wichtiger Teil seiner Rede war ein Appell an die Landwirte, ihren Ablieferungspflichten nachzukommen. Die am 26. November erlassenen „Richtlinien für die Arbeiterräte“ schränkten deren Aufgaben wie erwähnt auf beratende Funktionen ein. In Hinsicht auf die Zusammensetzung bzw. Wählerschaft wurde festgelegt, dass die Arbeiterräte aus „Lohnarbeitern, Angestellten, Kleingewerbetreibenden und Angehörigen geistiger Berufe“ bestehen sollten.¹⁹

Die Schwäche der revolutionären Kräfte in ländlichen, landwirtschaftlich geprägten Gebieten zeigte sich jedoch auch im Landkreis Altötting. Es ist nicht bekannt, in wie vielen Orten sich im Herbst 1918 Arbeiterräte bildeten. Im Februar 1919 gab es jedenfalls in den 45 Gemeinden des rund 38.000 Einwohner zählenden Kreises nur zehn Arbeiterräte. Bauernräte existierten hingegen in allen Gemeinden. Obwohl sie sowohl landwirtschaftliche ArbeiterInnen als auch selbstständige Landwirte umfassten, waren sie „Stützen der BVP oder des Bauernbundes“.²⁰ Für die im November 1918 gegründete Bayerische Volkspartei (BVP) – eine Abspaltung der katho-

schon Zentrumsparterie – „war die Gegnerschaft zur Revolution ein konstituierender Faktor ihrer Entstehung“.²¹ In dieser politischen Situation wurde der Arbeiter- und Soldatenrat Burghausen „zum revolutionären Zentrum des gesamten Landkreises Altötting“ und versuchte auch durch Agitationsarbeit Ausstrahlungs- und Überzeugungskraft im Umland herzustellen. Im Großen und Ganzen blieb er jedoch auf sich allein gestellt, während sich die BVP zum Sammelpunkt der Gegner der Revolution entwickelte und zunehmend Einfluss in den Bauernräten gewann.²²

Die Landtagswahl am 12. Januar 1919

Gegen Ende des Jahres 1918 wurde der Einfluss der Räte, die in manchen Orten zumindest zeitweise die Regierungsgewalt übernommen hatten, in Bayern allgemein zurückgedrängt. Die Stimmung verschlechterte sich zum Jahreswechsel 1918/19 massiv. Die Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion gelang kaum, die Versorgung mit Kohle war schlecht und viele Menschen waren arbeitslos und hatten wenig zu essen. Die politische Auseinandersetzung verschärfte sich und Anfang Jänner kam es zu ersten Toten.²³ Unzufriedenheit mit der Regierung Eisner gab es sowohl im bürgerlichen wie im linken Lager.²⁴ Die bürgerliche Rechte setzte ihre Medienherrschaft ein, um Stimmung gegen die Revolution und die Regierung Eisner zu machen.²⁵ Vor allem der „jüdischstämmige“ Ministerpräsident wurde neben den Räten zum Hassobjekt der rechten



Kundgebung am Stadtplatz von Burghausen am 9. November 1918.

und konservativen Presse. Antisemitismus, Fremdenhass, Verschwörungstheorien und gezielte Falschmeldungen vermengten sich in den Medien und peitschten die Stimmung auf. Auf der anderen Seite wollten sich die Räte nicht mit ihrer Entmachtung abfinden, Eisner wurde von revolutionären Kreisen auch zunehmend als Kapitulant gegenüber MSPD und Bürgerlichen gesehen.²⁶

Die MSPD konnte sich mit ihrer Absicht, baldige Landtagswahlen auszurufen, durchsetzen. Sie wollte in der Folge eine Verfassung verabschieden und die revolutionäre Phase beenden – die Räte stellten für die MSPD nur eine vorübergehende Begleiterscheinung dar. Die Wahl am 12. Jänner 1919 brachte der MSPD starke Gewinne (33%) und eine Katastrophe für Eisners USPD (2,5%). Stärkste Kraft wurde die BVP (35%), die mit kleineren bürgerlichen Parteien die Mehrheit besaß.²⁷ Die junge KPD hatte sich nicht an den Wahlen beteiligt. Ein wichtiger Faktor für die schwere Niederlage der USPD war neben der Unzufriedenheit mit der Politik Eisners und der medialen Hetze auch das weitgehende Fehlen von Parteiorganisationen außerhalb der Großstädte.²⁸ Wie das Beispiel Burghausen zeigt, wurde in der Provinz zu diesem Zeitpunkt die Spaltung zwischen MSPD und USPD noch nicht in ihrer vollen Tragweite wahrgenommen. So kandidierte der Führer des Arbeiter- und Soldatenrats Max Ulrich noch für die MSPD und erreichte eine relative Mehrheit, die USPD erhielt selbst in einer linken Hochburg nur wenige Stimmen.²⁹ Im konservativ geprägten Landkreis Altötting fiel der Sieg der BVP noch deutlicher als im bayerischen Durchschnitt aus. Sie erhielt rund 48 Prozent der Stim-

men, die MSPD nur rund 19 Prozent und die USPD nur 0,44 Prozent.³⁰

Die Ermordung Eisners

In ganz Deutschland befanden sich Anfang 1919 die revolutionären Kräfte auf dem Rückzug bzw. hatte außerhalb Bayerns ihre teilweise auch gewaltsame Niederschlagung begonnen. Am 15. Jänner 1919 wurden Rosa Luxemburg³¹ und Karl Liebknecht ermordet. Die Wahlen zur Nationalversammlung stärkten wie die bayerischen Landtagswahlen die Gegner der Revolution. In Zeitungen und Flugblättern wurde gegen die „Judenwirtschaft“ in der Regierung und den „Semiten“ und „Bolschewiken“ Eisner gehetzt – manche riefen auch zum „Tyrannenmord“ auf.³² In der aufgeheizten Stimmung wollte Eisner, der eine Kombination aus parlamentarischem System und Räteherrschaft anstrebte, zumindest Teile der Revolution retten. Er beabsichtigte an der Spitze der Räte zu bleiben, aber durch seinen Rücktritt als Ministerpräsident das parlamentarische Feld der MSPD zu überlassen. Die Räte sollten nach Eisners Willen in der neuen Verfassung verankert werden. Am 21. Februar 1919 machte sich der Ministerpräsident auf den Weg, vor dem neu gewählten Landtag seinen Rücktritt zu erklären. Auf dem Weg dorthin wurde er von Anton Graf Arco auf Valley, einem aus St. Martin im Innkreis (OO) stammenden, rechtsradikalen und monarchistischen Offizier – seine Mutter stammte jedoch aus einer jüdischen Familie – auf offener Straße ermordet.³³

Nach dem Mord überschlugen sich die Ereignisse. Der revolutionäre Arbeiter Alois Lindner³⁴ erschoss ein paar Stunden später im Landtag zwei Menschen

und verletzte den Minister Erhard Auer (MSPD) schwer, da er diesem die Mitschuld an Eisners Tod gab. Der Landtag lief daraufhin auseinander, eine Regierung gab es nicht mehr. Der Generalstreik wurde ausgerufen und der Belagerungszustand verhängt.³⁵

Der vor kurzem noch als politisch gescheitert angesehene Kurt Eisner wurde für viele zum „Märtyrer der Revolution“ und seine Popularität stieg vor allem bei den ArbeiterInnen stark an. Sie sahen den Anschlag auf Eisner als Teil eines reaktionären Komplotts, als Attentat auf die Revolution an sich. Zu Eisners Begräbnis in München kamen am 26. Februar über 100.000 Menschen. Der Ermordete wurde zu einer Integrationsfigur der Linken und der Ruf nach Rache war nicht nur in der Hauptstadt zu vernehmen.³⁶

Die zweite Revolution

Nach diesen Ereignissen erlebte die Rätebewegung einen Aufschwung. Landtag und Regierung waren nicht mehr handlungsfähig – „die einzige einigermaßen intakte Autorität, die in dem Chaos übriggeblieben war, waren die Räte“.³⁷ Auch in Burghausen konstituierte sich der Arbeiterrat am 24. Februar neu. Seine Zusammensetzung spiegelte die veränderte Stimmung wider, prononciert linke Räte waren stärker vertreten. Der Vorsitzende Max Ulrich sah in seiner Rede „die verleumderische gemeine Hetze der klerikalen kapitalistischen Presse in Provinz- und Großstadtblättern“ als Ursache des Mordes am Ministerpräsidenten. Zwei Tage später hielt man auf dem Stadtplatz eine Gedenkfeier für Eisner ab. Stadtverwaltung und die städtischen Kollegien wurden zwar im Amt belassen, der Arbeiter- und Soldatenrat schlug in der Folge jedoch eine härtere Gangart ihnen gegenüber ein und übernahm auch immer wieder Verwaltungsaufgaben.³⁸

In Neuötting fand die Neuwahl des Arbeiterrates am 27. Februar statt. Fabriksarbeiter im Sinne eines Proletariats gab es nur wenige, und so bestand der Arbeiterrat vor allem aus selbstständigen Handwerkern und einem Gemeindebediensteten.³⁹ Auch in Altötting und anderen Orten führten die Ereignisse des Februars „zum Wiedererwachen der großenteils bereits bedeutungslos gewordenen Arbeiterräte“.⁴⁰ Sie wurden vor allem auf dem Gebiet der Versorgung und der Verhinderung des Schleichhandels tätig. Der Arbeiterrat Neuötting engagierte sich bei der Bekämpfung der Wohnungsnot und stellte erfolgreich den

Antrag, dass sämtliche Wohnräume kontrolliert und leerstehender Wohnraum an Familien mit Bedarf zugewiesen werden solle. Beim Bezirksamt wurde ein Beirat für Wohnungsfürsorge gebildet.⁴¹

Ausrufung der Räterepublik

Nach dem 21. Februar 1919 bildete sich in München ein Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte mit Ernst Niekisch als Vorsitzendem. Mitglieder von MSPD, Bauernbund und Gewerkschaften erweiterten das Gremium. Die Situation in der Landeshauptstadt konnte mühsam unter Kontrolle gebracht werden, der Belagerungszustand wurde verhängt, die bürgerliche Presse unter Zensur gestellt. Man nahm auch Geiseln, die aber bald wieder freikamen. An Arbeiter wurden Waffen ausgegeben.⁴²

Die Auseinandersetzung innerhalb der Räte um die Gestaltung des künftigen Regierungssystems trat nun immer stärker zutage. Während der Zentralrat und die Mehrheit der Räte außerhalb Münchens für den Parlamentarismus eintraten, forderten der Münchner Arbeiter- und Soldatenrat und verschiedene revolutionäre Gruppen die Ausrufung einer Räterepublik. Von 25. Februar bis 8. März tagten die Delegierten der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte im Münchner Landtagsgebäude. Als Vertreter der Burghäuser Räte befand sich Max Ulrich unter ihnen. Der Antrag des Münchner „Revolutionären Arbeiterrats“ auf Ausrufung einer Räterepublik wurde am 28. Februar mit großer Mehrheit abgelehnt. Stattdessen befürwortete die Mehrheit einen Kompromiss: Eine künftige Regierung solle auf das Vertrauen des Kongresses angewiesen sein. Es wurde auch die Einberufung des Landtags in Aussicht gestellt.⁴³

Der Landtag versuchte währenddessen von Nürnberg und Bamberg aus, eine Regierung einzusetzen, was schließlich Mitte März nach einer Einigung von MSPD und den bürgerlichen Parteien auch gelang. Der Regierung unter Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann (MSPD) gehörten Mitglieder der MSPD, der USPD und des Bauernbunds an. Umfangreiche Ermächtigungs- und Notgesetze gaben ihr formal viel Macht, in der Realität fehlte der Regierung aber der politische Rückhalt.⁴⁴ Nach der Verabschiedung einer Übergangsverfassung, die ein parlamentarisch-repräsentatives System vorsah, vertagte sich der Landtag auf unbestimmte Zeit.⁴⁵

Der Druck aus den Räten und von der Straße nahm nicht zuletzt auch aufgrund

der schlechten sozialen und wirtschaftlichen Situation in der Zwischenzeit immer mehr zu. Hinzu kam die begründete Befürchtung, dass die neue Verfassung das Ende der Revolution bedeuten würde.⁴⁶ Die Forderung nach einer Räterepublik wurde in vielen Massenversammlungen, vor allem in den größeren Städten, immer massiver vorgebracht.⁴⁷ Die Nachricht von der Ausrufung der ungarischen Räterepublik am 21. März 1919 schlug schließlich ein „wie eine Bombe“.⁴⁸ In Versammlungen wurden die sofortige Proklamation der Räterepublik und ein Bündnis mit den Räterepubliken in Ungarn und Russland gefordert.⁴⁹ Die revolutionäre Bewegung durchlief im Frühjahr 1919 weltweit einen Aufschwung. Das ungarische Beispiel lockte in Bayern und „auch Österreich schien sich auf dem Weg zu einer Räterepublik zu befinden. Man träumte davon, über Österreich, Ungarn und Rumänien in unmittelbaren Zusammenhang mit der Sowjetunion zu gelangen.“⁵⁰

Es konnte aber innerhalb der linken Parteien kein Konsens über die Ausrufung gefunden werden, da die KPD die Räterepublik zu diesem Zeitpunkt ablehnte.⁵¹ Die bayerische KPD unter Eugen Levine⁵² vermutete dahinter eine Provokation der MSPD oder auch opportunistische Motive, um den Kontakt zu den revolutionären ArbeiterInnen nicht zu verlieren. Außerdem kritisierte die KPD die fehlende Organisation der revolutionären Kräfte und die mangelnde politische Schulung.⁵³

Das Beispiel von Max Ulrich – Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats von Burghausen und der lokalen MSPD-Gruppe – zeigt, dass die Frage von Ablehnung oder Befürwortung von Räten und Räterepublik quer durch die MSPD verlief. Die Spaltung der Arbeiterbewegung war – zumindest in Bayern – zu diesem Zeitpunkt noch nicht endgültig vollzogen. Ulrich nahm im Frühjahr 1919 zunehmend prononciertere Positionen ein und legte beim Gautag der MSPD Südbayerns in München am 5./6. April 1919 eine Resolution vor, dass diese „unter allen Umständen auf dem Boden der Räterepublik“ stehe. In Burghausen versuchte Ulrich eine Parteispaltung zu verhindern und bedauerte die Bildung einer USPD-Ortsgruppe Ende März 1919.⁵⁴

In der Nacht von 6. auf 7. April 1919 rief der „revolutionäre Zentralrat Baierns“ schließlich mit Zustimmung von Vertretern der MSPD, der USPD, der Gewerkschaften und des „Revolutionären Arbeiterrates“ die „Baierische

Räterepublik“ aus.⁵⁵ Die Regierung Hoffmann entschied sich im letzten Moment gegen die Proklamation und wich nach Nürnberg und letzten Endes nach Bamberg aus. Führende Positionen in dieser, später so bezeichneten Ersten Räterepublik nahmen Schriftsteller und Künstler wie Ernst Toller, Gustav Landauer und Erich Mühsam ein.⁵⁶ Am 10. April schickte die Führung der Räterepublik ein Telegramm mit der Information über die Ausrufung der Räterepublik nach Moskau.⁵⁷

Die KPD lehnte die Räterepublik als „Scheineräterepublik“ ab und kritisierte die schwärmerischen, oftmals an Anarchismus und „ethischem Sozialismus“ orientierten Führer, nicht wenige von ihnen Schriftsteller. Es waren auch Verfechter eines „Freigeldes“ wie Silvio Gesell darunter. Von Seiten der KPD wurde auch die Untätigkeit der Räteregierung angeprangert, die jedoch eine Unzahl an Proklamationen, Aufrufen und Flugblättern verfasste.⁵⁸ Tatsächlich konnte die Flut an Erlassen und Proklamationen wenig an den drängenden sozialen und wirtschaftlichen Problemen ändern. Es fehlte ein klares Programm, die Entscheidungen waren oft widersprüchlich, die Führung ihren Aufgaben bei weitem nicht gewachsen und die Machtbasis schwach. Hinzu kam, dass die Regierung in Bamberg zunehmend erfolgreich versuchte, Südbayern von Kohle, Lebensmitteln und Geldzahlungen abzuschneiden.⁵⁹

Anfänglich waren zahlreiche Orte und Städte der Proklamation der Räterepublik gefolgt und hatten sich angeschlossen. Die meisten lokalen Räterepubliken waren aber von nur sehr kurzer Dauer.⁶⁰ Das Gebiet der Räterepublik beschränkte sich in der Folge auf Südbayern, von Augsburg über München nach Rosenheim. Vor allem nördlich der Donau formierte sich schon früh der Widerstand durch die Bamberger Regierung.⁶¹

Am 9. April erfolgte ein Aufruf des Bezirksarbeiterrates Altötting in der *Freien Volksstimme*, gezeichnet von Max Ulrich. Darin wurde festgehalten, dass die gesamte Gewalt in den Händen der Räte liege, die Beamten aber im Dienst verbleiben und den Räten verantwortlich sein würden. Außerdem wurde für die Städte Alt- und Neuötting und Burghausen ein Revolutionstribunal eingerichtet, die Pressezensur und das Standrecht verhängt. Zudem drohte der Arbeiterrat an, die Überschreitung von Höchstpreisen „auf das Schärfste“ zu bestrafen. Am selben Tag sprach Ulrich als Vorsitzender

des Bezirksarbeiterrates vom Balkon des Altöttinger Rathauses zu rund 400 Personen. Ulrich, ein Vertreter des Rätegedankens und des linken Flügels der Sozialdemokratie, begründete die Ausrufung der Räterepublik auch damit, „die revolutionären Massen von einer Zuwendung zu den Kommunisten abzuhalten“.⁶²

Die Zweite Räterepublik

Schon länger kursierten Gerüchte über eine geplante bewaffnete Aktion gegen die Räterepublik. Nachdem solche Pläne aufgedeckt worden waren, ließ der Zentralrat vorübergehend Geiseln nehmen. Die Stimmung war angespannt. In der Nacht auf den 13. April (Palmsonntag) besetzte die regierungstreue „Republikanische Schutztruppe“ wichtige Positionen in München und begann mit der Verhaftung von Führungspersonen der Räterepublik. Die meisten Soldatenräte verweigerten aber eine Unterstützung, und die Putschisten mussten sich von außerhalb Hilfe holen. Es gab Schießereien, mehrere tausend Menschen sammelten sich zur Unterstützung der Räterepublik auf der Theresienwiese. In dieser Situation entschied sich die bis dahin abwartende KPD, den Kampf aufzunehmen und rief zum bewaffneten Widerstand auf. Die „Republikanische Schutztruppe“ wurde zum Bahnhof zurückgedrängt und musste letztendlich fliehen. Über 20 Tote und 80 Verletzte waren die Bilanz des Palmsonntags.⁶³

Die Betriebs- und Kasernenräte erklärten noch während der Kämpfe um den Hauptbahnhof den Revolutionären Zentralrat für aufgelöst. Die gesamte Gewalt wurde einem aus Kommunisten, Unabhängigen und Sozialdemokraten bestehenden, 15-köpfigen Aktionsausschuss übertragen, der einen Vollzugsrat mit dem Kommunisten Eugen Leviné an der Spitze wählte. Auch wenn man sich über die ungünstigen Kräfteverhältnisse wenige Illusionen machte, hoffte man doch, von Bayern aus der Entwicklung in Deutschland noch eine andere Richtung geben zu können. Levinés Kalkül war, „dass wir uns vielleicht so lange halten könnten, bis anderswo auch die Räterepublik ausgerufen würde, und dass die Regierung Hoffmann davon absehen werde anzugreifen“.⁶⁴

Die revolutionäre Krise in Mitteleuropa war sicherlich im April 1919 auf ihrem Höhepunkt. In Österreich existierte eine starke Rätebewegung, es kam zu zahlreichen Demonstrationen in Städten und Industriegebieten, und die KPÖ forderte die Ausrufung einer Räterepublik



© Stadearchiv Mühldorf/Flm

Besetzung von Mühldorf am Inn durch die Rote Armee am 25. April 1919.

wie in Ungarn und Bayern. Am 17. April 1919, dem Gründonnerstag, gab es in Wien schwere Zusammenstöße mit der Exekutive, die mehrere Tote forderten.⁶⁵ Auch darüber hinaus schien die Lage günstig – in Russland setzte sich die Rote Armee zunehmend durch, und in Italien kam es zu Aufständen. Die KPD – ihre Zentrale in Berlin war gegen die Übernahme der Regierungsgewalt in München – versuchte nun im Gegensatz zur von ihr als „Scheinräterepublik“ geschmähten Ersten Räterepublik energische Maßnahmen zu setzen.⁶⁶ Am 14. April wurde der Generalstreik ausgerufen, bürgerliche Zeitungen durften nicht mehr erscheinen, Banken, Großbetriebe und die Presse wollte man sozialisieren, das Bürgertum sollte entwaffnet und eine Rote Armee aufgebaut werden.⁶⁷

Am 9. April, zwei Tage nach der Ausrufung der Räterepublik, war die Bildung einer Roten Armee beschlossen worden. Gestalt nahm sie jedoch erst nach dem „Palmsonntagsputsch“ am 13. April an. Die Rote Armee rekrutierte sich vor allem aus demobilisierten Soldaten und Mitgliedern der Arbeiterwehren, die sich auf Betriebsebene gebildet hatten. Auch ehemalige russische und italienische Kriegsgefangene wurden aufgenommen. Die rund 10.000 Mitglieder umfassende Rote Armee litt an einer hohen Fluktuation und geringer Stabilität.⁶⁸

Ein zweiter Versuch regierungstreuer bayerischer Truppen, München einzunehmen, scheiterte am 16. April. Die Rote Armee unter ihrem Kommandeur Ernst Toller schlug die „Weißen“ zurück und besetzte Dachau. Nun gab die Regierung Hoffmann in Bamberg dem Drängen aus Berlin nach und rief Reichswehrminister Gustav Noske zu Hilfe, der

rund 20.000 Mann starke Reichswehreinheiten und Freikorps in Bewegung setzte.⁶⁹ Diese schlossen zusammen mit bayerischen Freikorps die Gebiete ein, die die Räterepublik noch hielt, und es wurde „auf Landesebene dasselbe Muster durchgespielt wie auf Reichsebene: der Bund mit antirevolutionären, auch antidemokratischen rechten Kräften, um der Linken Herr zu werden – auch 1919 wurden die Fragen der Zeit mit Blut und Eisen entschieden.“⁷⁰

Das Ende der Räterepublik

Im Landkreis Altötting verhielt man sich angesichts der Ereignisse abwartend. Die Räte gingen zwar auf Distanz zu München, die Bamberger Regierung erschien ihnen aber ebenfalls nicht attraktiv. Das Bürgertum konnte sich hingegen noch nicht offen auf die Seite der Bamberger Regierung stellen, da deren Truppen noch weit entfernt waren und der Ausgang des Kampfes ungewiss.⁷¹ Der Arbeiterrat Burghausen trat am 20. April zurück. Begründet wurde dieser Schritt damit, dass „sich die politische Lage immer deutlicher aus der ursprünglich beschlossenen sozialistischen Räterepublik in offenen Kommunismus verdichtet.“ Am 26. April bildete sich in öffentlicher Versammlung ein neuer Arbeiterrat. Prononcierte Linke wie Max Ulrich waren nicht mehr vertreten, hingegen wählte man zwei Vertreter des ansässigen Gewerbes.⁷²

Eine letzte große Machtdemonstration der Räterepublik gab es am 22. April, dem „roten Tag von München“. Der neun-tägige Generalstreik endete mit einer Truppenschau, an der tausende bewaffneten Rotarmisten teilnahmen. Im Hintergrund tobte eine Auseinandersetzung

zwischen jener Gruppe um Ernst Toller, die Verhandlungen suchte und dem Flügel um Rudolf Egelhofer, der auf militärische Stärke setzte.⁷³ Trotz anfänglicher Erfolge geriet die Räterepublik zusehends unter Druck. Regierungstruppen und Freikorps marschierten von allen Seiten Richtung München, manche von ihnen bereits mit dem Hakenkreuz auf Helm und Fahrzeugen. Unter ihnen befanden sich auch spätere NS-Größen wie Ernst Röhm oder Rudolf Hess.⁷⁴

Die Blockade traf München und andere von den Revolutionären gehaltene Gebiete hart. Die Zugverbindungen, der Nachrichtenverkehr und die Lebensmittelzufuhr waren gekappt worden.⁷⁵ Die Führung der Räterepublik reagierte mit Beschlagnahmungen von Bankvermögen und Nahrungsmittelvorräten, „Verzweifelungsmaßnahmen, aus Wut geboren und Wut erzeugend“.⁷⁶

Die Bamberger Regierung entfachte Mitte April einen flächendeckenden Propagandakrieg. In ihren Verlautbarungen war zu lesen, in München rase „der russische Terror“, „entfesselt von landfremden Elementen“, die „Kommunisierung der Frauen“ sei beschlossen worden und die Bürger würden in Massen erschossen werden.⁷⁷ Es wurde über angeblich geplünderte Klöster, über ermordete Priester und die Abschaffung der Ehe berichtet. Eine wichtige propagandistische Rolle spielte der jüdische Bolschewist – „Antikommunismus und Antisemitismus“ wurden „in schnödesten Weise“ verbunden.⁷⁸

Die Rote Armee unternahm währenddessen Vorstöße ins Umland, um den Aufmarsch der feindlichen Truppen zu erschweren. So besetzte am 25. April eine der Abteilungen der Roten Armee den Bahnknotenpunkt Mühldorf am Inn. Über Mühldorf waren zuvor Waffentransporte aus Passau zu den Freikorps und Bürgerwehren in den südostbayerischen Raum um Wasserburg und Rosenheim gelangt.⁷⁹ Rund die Hälfte der 80 Rotgardisten rückte in der Nacht auf den 26. April in Altötting ein und besetzte dort das Rathaus. Sie ließen Plakate drucken, auf denen die Ablieferung aller Waffen gefordert und die Verhängung des Belagerungszustands über Alt- und Neuötting verkündet wurde. Am Abend des 26. April zogen sie sich jedoch wieder zurück, da ein Freikorps aus Passau im Anmarsch war.⁸⁰

Die erwähnten Propagandabilder dürften auch in kirchlichen Kreisen in Altötting zu großer Angst vor dem Vorstoß der Roten Armee geführt haben. Es gingen Gerüchte um, die „gottlosen Sparta-

kisten“ könnten die Gnadenkapelle – das symbolhafte Zentrum des Wallfahrtsorts – plündern. Der Stadtpfarrer flüchtete daher zu Fuß mit der berühmten schwarzen Muttergottes nach Passau. Die Rotgardisten beachteten jedoch die Kapelle nicht weiter.⁸¹

Die am 27. April in Altötting einmarschierenden „Weißen“ stießen auf Schwierigkeiten. Revolutionäre Arbeiter forderten ihren Abzug und der Magistrat fasste einen Neutralitätsbeschluss. Weder „Rote“ noch „Weiße“ würden in der Stadt geduldet. In der Folge zogen sich die „Weißen“ bei Neuötting auf die nördliche Innseite zurück. Die Rote Armee besetzte am selben Tag erneut Altötting, am 28. April auch Neuötting. Es kam zu Schusswechseln mit dem Freikorps am nördlichen Innufer, dabei gab es mehrere Verletzte.⁸² Der Arbeitererrat von Burghausen erklärte in diesen Tagen, dass sich die Rote Armee von der Arbeiterschaft keine Unterstützung erwarten dürfe. Es gibt Hinweise, dass zumindest einzelne Arbeiter tätig wurden und auch selbst Waffen aus München holen wollten.⁸³ Am 28. April zogen sich die Rotgardisten zurück. Am gleichen Tag trat der Neuöttinger Arbeiterrat zurück. Altötting wurde am selben Tag wieder von einem Freikorps besetzt.⁸⁴

In den letzten Apriltagen schloss sich der Ring um München. Der Kampf gegen einen an Zahl und Ausrüstung weit überlegenen Gegner war für die Rote Armee nicht mehr zu gewinnen.⁸⁵ Als Nachrichten über die Misshandlungen und Ermordungen von gefangenen Rotarmisten und Sanitätern in München eintrafen, entschloss sich am 30. April die Rote Garde im Luitpold-Gymnasium, acht Häftlinge, darunter Mitglieder der rechtsradikalen Thule-Gesellschaft, und zwei gefangene Weißgardisten zu erschießen.⁸⁶ Dieser „einzige Akt wirklichen Terrors, der der deutschen Revolution nachzuweisen ist“,⁸⁷ wurde von der Propaganda der Freikorps und Regierungstruppen „massiv überzeichnet“ und wirkte noch lange in der Wahrnehmung von Revolution und Räterepublik nach.⁸⁸

Am 27. April trat der Aktionsausschuss unter Leviné zurück, da sich die Befürworter von Verhandlungen durchgesetzt hatten. Zu diesen sollte es jedoch nicht kommen, auch wenn keine Kommunisten mehr dem neuen Aktionsausschuss angehörten. Die Rote Armee hingegen versuchte, die Verteidigung von München zu organisieren.⁸⁹ Eine planmäßige Gegenwehr kam nicht mehr zustande, Verhandlungsangebote wurden

von der Bamberger Regierung abgelehnt. Beim Einmarsch in München am 1. und 2. Mai kam es zum Teil noch zu heftigen Kämpfen, die erst am 8. Mai endgültig beendet waren. Eine weitaus höhere Opferzahl als die Kämpfe forderten die Morde und Übergriffe durch die Freikorps und Regierungstruppen. Die offizielle Gesamtzahl der Opfer lag bei rund 560 Personen, neuere Schätzungen gehen von insgesamt rund 1.200 Opfern aus.⁹⁰ „Die Soldaten befanden sich in einer regelrechten Pogromstimmung“ und auch zahlreiche Führungspersonen der Rätebewegung wurden misshandelt und ermordet. Ein Spitzelwesen blühte auf, tausende Standgerichtsverfahren fanden in den nächsten Monaten unter den Bedingungen einer Militärdiktatur statt. Eugen Leviné wurde zum Tod verurteilt und am 5. Juni 1919 hingerichtet.⁹¹

In Burghausen kam es Anfang Mai – die Stadt war noch unbesetzt – in der Frage der Anerkennung der Bamberger Regierung zu einem Bruch in der Sozialdemokratie. Max Ulrich bewirkte den Austritt der lokalen Parteiorganisation aus der MSPD. Die Bildung einer örtlichen Bürgerwehr bzw. eines Freikorps wurde mit Rücksicht auf die Stimmung in der Arbeiterschaft unterlassen. Am 31. Mai 1919 besetzte jedoch ein Teil des Freikorps unter Konstantin Hierl Burghausen. Dieses befand sich auf einem mehrwöchigen Zug zur „Wiederherstellung der Ordnung“ in Augsburg, im Allgäu, im Inn- und Salzachviertel. Es war die letzte Aktion eines Freikorps. In der Folge kam es hier wie andernorts zu Verhaftungen, u.a. von Ulrich, was am 6. Juni zu einem Solidaritätsstreik der Arbeiter der Wacker-Werke führte. Nach der Wiederaufnahme der Arbeit zog das Freikorps am 8. Juni ab.⁹²

Die organisatorische Spaltung der Arbeiterschaft wurde infolge der Niederschlagung von Revolution und Räterepublik auch in Burghausen vollzogen. Max Ulrich engagierte sich nach seiner Freilassung aus der Haft für die USPD und konnte ca. die Hälfte der sozialdemokratischen Ortsgruppe für den Übertritt gewinnen, die andere Hälfte gründete eine Gruppe der MSPD. Im Juni 1919 entstand die Ortsgruppe der KPD, die in etwa dieselbe Stärke, wie die anderen beiden Parteien erlangen sollte.⁹³

Mit der brutalen Niederschlagung der Räterepublik endete auch die zuvor legendäre „Liberalitas Bavariae“,⁹⁴ die früher zahlreiche Literaten, Künstler und Exilanten vor allem nach München gelockt hatte. Bayern entwickelte sich

nun zur „Ordnungszelle“ Deutschlands⁹⁵ und einem Sammelbecken für rechte Gruppierungen. Gegenrevolutionäre übernahmen wichtige Positionen in Behörden und Exekutive. Freikorps und andere rechte bewaffnete Verbände wurden „nicht nur geduldet, sondern aktiv gefördert“.⁹⁶ In München begann im Jahr 1919 auch die politische Laufbahn des Gefreiten aus Braunau. Der Reichswehrspitzel, der Kameraden nach der Niederschlagung der Räterepublik denunziert hatte,⁹⁷ sollte München später zur „Hauptstadt der Bewegung“ erheben.

Anmerkungen:

- 1/ Renate Maier: Der Weg zur Revolution, in: Revolution! Bayern 1918/19. Augsburg 2008 (Hefte zur Bayerischen Geschichte und Kultur, Bd. 37), S. 5–11.
- 2/ Sebastian Haffner: Die deutsche Revolution 1918/1919. München 1979, S. 169.
- 3/ Stefan Schnupp: Revolution und Regierung Eisner, in: Revolution!, S. 12–18, hier S. 12f.
- 4/ Haffner: Die deutsche Revolution, S. 170.
- 5/ Maier: Der Weg zur Revolution, S. 5.
- 6/ Hans Beyer, Die Revolution in Bayern 1918–1919. Berlin 1988, S. 16. In den Dokumenten und der Literatur findet sich auch oftmals der Begriff „Volksstaat“.
- 7/ Haffner: Die deutsche Revolution, S. 169.
- 8/ Schnupp: Revolution, S. 15.
- 9/ Ebd., S. 14.
- 10/ Wacker Chemie AG, München (Hg.): Menschen – Märkte – Moleküle. Die Erfolgsformel Wacker Chemie 1914–2014. München 2014, S. 63.
- 11/ Ulrich Linse: Gemeinde im Wandel. Burghausen 1971 (Burghausener Geschichtsblätter, 31. Folge), S. 12–24.
- 12/ Ebd., S. 25f.
- 13/ Schnupp: Revolution, S. 15f.
- 14/ Eduard Baumann: Als vom Rathaus die rote Fahne flatterte, in: Oettinger Land. Eine heimatkundliche Schriftenreihe für den gesamten Landkreis Altötting, Bd. 16 (1996), S. 106–119, hier S. 106.
- 15/ Ebd., S. 109.
- 16/ Zit. nach Renate Heinrich: Der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat Neuötting und Umgebung nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, in: Oettinger Land. Eine heimatkundliche Schriftenreihe für den gesamten Landkreis Altötting, Bd. 37 (2017), S. 247–267, hier S. 252f.
- 17/ Ebd.
- 18/ Baumann: Rathaus, S. 109.
- 19/ Heinrich: Neuötting, S. 258 und 260.
- 20/ Linse: Gemeinde im Wandel, S. 41.
- 21/ Winfried Becker: Bayerische Volkspartei (BVP), 1918–1933, in: www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bayerische Volkspartei (BVP), 1918–1933 [7.3.2019].
- 22/ Linse: Gemeinde im Wandel, S. 40–43.
- 23/ Schnupp: Revolution, S. 17.
- 24/ Beyer: Revolution in Bayern, S. 40f.
- 25/ Schnupp: Revolution, S. 17.
- 26/ Rudolf Herz/Dirk Halbrodt: Revolution und Fotografie. München 1918/19. Berlin 1988, S. 29–31.
- 27/ Schnupp: Revolution, S. 14 und 16.
- 28/ Beyer: Revolution in Bayern, S. 40.
- 29/ Linse: Gemeinde im Wandel, S. 37.
- 30/ Baumann: Rathaus, S. 110.
- 31/ Für die am 20. Jänner 1919 in einer Altöttinger Zeitung zu findende Angabe, Rosa Luxemburg habe sich zum Schutz vor einer Verhaftung einige Zeit in Altötting, „im ‚schwärzesten Winkel‘ von ganz Deutschland“ (zit. nach Baumann: Rathaus, S. 112) versteckt gehalten, gibt es keine Bestätigung in anderen Quellen.
- 32/ Friedrich Hitzer: Anton Graf Arco. Das Attentat auf Kurt Eisner und die Schüsse im Landtag. München 1988, S. 27f.
- 33/ Haffner: Die deutsche Revolution, S. 175f.
- 34/ Zur Alois Lindners siehe: Norman Dankerl: Alois Lindner. Das Leben eines bayerischen Abenteurers und Revolutionärs, Viechtach 2007. Er emigrierte später in die Sowjetunion und kämpfte in der Roten Armee. 1943 verliert sich seine Spur (ebd., S. 9–11).
- 35/ Haffner: Die deutsche Revolution, S. 177.
- 36/ Herz/Halbrodt: Fotografie, S. 115f.
- 37/ Haffner: Die deutsche Revolution, S. 177.
- 38/ Linse: Gemeinde im Wandel, S. 32f. und 38.
- 39/ Heinrich: Neuötting, S. 263.
- 40/ Baumann: Rathaus, S. 113.
- 41/ Heinrich: Neuötting, S. 264.
- 42/ Markus Schmalzl: Die zweite Revolution: Parlamentarismus oder Räterepublik, in: Revolution!, S. 19–24, hier S. 19–22.
- 43/ Ebd., S. 23.
- 44/ Bernhard Grau: Revolution, 1918/1919, in: www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Revolution,_1918/1919 [1.3.2019].
- 45/ Florian Schurli: Die erste Räterepublik, in: Revolution!, S. 25–30, hier S. 25.
- 46/ Ebd., S. 25f.
- 47/ Beyer: Revolution in Bayern, S. 71f.
- 48/ Erich Mühsam zit. nach: Herz/Halbrodt: Fotografie, S. 35f.
- 49/ Schmalzl: Revolution, S. 24.
- 50/ Ernst Niekisch zit. nach: Beyer: Revolution in Bayern, S. 71.
- 51/ Schurli: Räterepublik, S. 27.
- 52/ Zur Biografie Eugen Leviné siehe: Christian Dietrich: Eugen Leviné. „Ich fühle russisch und denke jüdisch“. Berlin 2017.
- 53/ Herz/Halbrodt: Fotografie, S. 36.
- 54/ Linse: Gemeinde im Wandel, S. 39.
- 55/ Mit der Schreibweise „Baiern“ wollte man wieder zur alten Schreibweise zurückkehren. Das „y“ in Bayern war erst von Ludwig I. eingeführt worden.
- 56/ Herz/Halbrodt: Fotografie, S. 36.
- 57/ Beyer: Revolution in Bayern, S. 124.
- 58/ Ebd., S. 84–92.
- 59/ Schurli: Räterepublik, S. 30.
- 60/ Herz/Halbrodt: Fotografie, S. 37.
- 61/ Schurli: Räterepublik, S. 29.
- 62/ Baumann: Rathaus, S. 110 und 114.
- 63/ Friederike HELLERER: Die kommunistische Räterepublik, in: Revolution!, S. 31–35, hier S. 31–34.
- 64/ Zit. nach: Beyer: Revolution in Bayern, S. 109f.
- 65/ Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik, Wien ²1989, S. 53.
- 66/ Beyer: Revolution in Bayern, S. 105–108.
- 67/ HELLERER: Räterepublik, S. 34.
- 68/ Bernhard Grau: Rote Armee, 1919, in: www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Rote Armee, 1919 [1.3.2019].
- 69/ Haffner: Die deutsche Revolution, S. 182.
- 70/ Gabriele Neumeier-Sato: Die Regierung Hoffmann, in: Revolution!, S. 36–42, hier S. 42.
- 71/ Linse: Gemeinde im Wandel, S. 52f.
- 72/ Ebd., S. 34.
- 73/ HELLERER: Räterepublik, S. 35.
- 74/ Bruno Thoß: Freikorps Epp, in: www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Freikorps_Epp [1.3.2019].
- 75/ Neumeier-Sato: Regierung Hoffmann, S. 42.
- 76/ Haffner: Die deutsche Revolution, S. 182.
- 77/ Herz/Halbrodt: Fotografie, S. 138.
- 78/ Beyer: Revolution in Bayern, S. 124f.
- 79/ Linse: Gemeinde im Wandel, S. 53.
- 80/ Baumann: Rathaus, S. 115.
- 81/ Flucht und „triumphale Rückkehr“ nach der Niederschlagung der Räterepublik werden in folgender Broschüre geschildert: Das Gnadenbild U. L. Frau von Altötting auf der Flucht und im Triumphzug. Erzählt nach Mitteilungen Beteiligter vom Bruder Marianus. Altötting 1919.
- 82/ Baumann: Rathaus, S. 116.
- 83/ Linse: Gemeinde im Wandel, S. 53f.
- 84/ Baumann: Rathaus, S. 116f.; Heinrich: Neuötting, S. 264.
- 85/ Neumeier-Sato: Regierung Hoffmann, S. 42.
- 86/ HELLERER: Räterepublik, S. 35; Beyer: Revolution in Bayern, S. 143.
- 87/ Haffner: Die deutsche Revolution, S. 182.
- 88/ Bernhard Grau: Roter Terror, 1919, in: www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Roter Terror, 1919 [1.3.2019].
- 89/ HELLERER: Räterepublik, S. 35.
- 90/ Nora Kapfer: Bürgerkrieg und Niederschlagung der Rätebewegung in München, in: Revolution!, S. 43–47, hier S. 46.
- 91/ Herz/Halbrodt: Fotografie, S. 30f. und 41.
- 92/ Linse: Gemeinde im Wandel, S. 55–57.
- 93/ Ebd., S. 60.
- 94/ Hitzer: Anton Graf Arco, S. 8.
- 95/ Karl-Ulrich Gelberg/Ellen Latzin: Ordnungszelle Bayern, in: www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Ordnungszelle Bayern [1.3.2019].
- 96/ Claudia Kleylein: Revolution und Räterepublik – Nachwirkung und Mythos, in: Revolution!, S. 48–53, hier S. 51.
- 97/ Herz/Halbrodt: Fotografie, S. 42.

Erinnerungen an die Parteischule der KPÖ

ERICH SAMECK

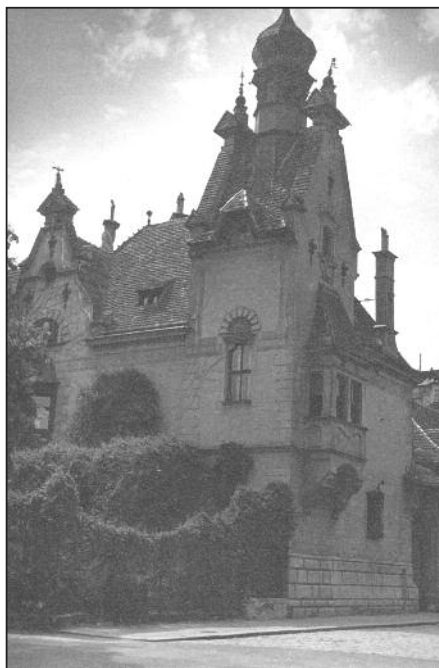
Wer im Internet nach den österreichischen Parteiakademien fahndet, wird rasch fündig, springen dort doch ÖVP und SPÖ sofort ins Auge, nicht jedoch die KPÖ, die nach 1945 über einen durchaus ähnlichen Lehrkörper verfügte. Die damalige kommunistische Parteiakademie hieß bescheiden „Laufbergerschule“, war im zweiten Wiener Gemeindebezirk gelegen und wurde seit 1947 als sechs Monate dauerndes Internat geführt. Durchgehend mit Schlafplatz und Verpflegung haben damals etliche Hundert Funktionärinnen und Funktionäre diese Parteischule absolviert. Einer davon, beginnend im Jänner 1950, war ich, die mehr als 20 anderen damaligen Kursteilnehmer kamen aus den übrigen Bundesländern. Ich war damals Redakteur der *Wr. Neustädter Nachrichten* und der zweite Wiener Neustädter, der für die Parteischule vorgesehen war. Vor mir war bereits Hans „Janny“ Schügerl, der 1939 von der Gestapo verhaftet und zu mehreren Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, ein Absolvent. Er war bis 1947 Bezirksleiter der FÖJ in Wiener Neustadt und danach Bezirkssekretär der KPÖ in Schwechat.

Schule im Ganztagsbetrieb

Studienleiter war Leopold „Poldi“ Spira, der in Spanien in den Reihen der Internationalen Brigaden gekämpft und – politisch und rassisch verfolgt – die Kriegsjahre mit seiner Familie im englischen Exil verbracht hatte. Nebenbei: seine Tochter ist kürzlich verstorbene bekannte ORF-Moderatorin. Mit ihm hatte die KPÖ für ein solches Amt einen wahren Glücksgriff gemacht, denn wie er mit uns umging, uns half, belehrte und wie er den Studienablauf „schaukelte“, das war schon deshalb vorbildlich, weil wir ein Sammelsurium aller Alters- und Bildungsgruppen waren, die einen Ganztagsbetrieb zu bewältigen hatten.

Von 8 bis 13 Uhr erschienen die Vortragenden, durchwegs langjährige, erfahrene Funktionärinnen und Funktionäre und in Theorie und Praxis bestens geschulte Genossinnen und Genossen, die bemüht waren, keine gestellten Vorlesungen zu halten, Zwischenfragen zuzulassen und unnötige Fremdwörter einzudeutschen. Nachmittags wurde in seminaristischer Form das Gehörte

nochmals „durchgekauft“ und erläutert, und nach dem Abendessen stand dann Lektüre auf dem Lehrplan. Die Parteischule war ein Internatsbetrieb mit Schlafstätten. Ausgang war zwar möglich, aber wochentags höchstens bis 22 Uhr. Aufgelockert wurde der Tagesablauf durch Sport, meistens durch Volleyball nach dem Mittagessen.



In diesem Haus in der Laufberggasse im 2. Wiener Bezirk befand sich bis 1955 die Parteischule der KPÖ.

Der Lehrstoff war so umfassend, wie es die Zeit erlaubte. An den Samstagen musste sich jeweils ein Hörer über ein vorgegebenes Thema äußern, worauf er sich mit den zur Verfügung stehenden Mitteln vorzubereiten hatte und wozu er auch die Hilfe des Bibliothekars Jakob Rosner – eines Genossen, der regelmäßig in *Weg und Ziel*, dem theoretischen Organ der Partei, publizierte – in Anspruch nehmen konnte. Die Diskussion darüber war häufig kontroversiell, doch dies war der Zweck der Übung. Meine Vorgabe bei einer solchen Gelegenheit war der Weg der österreichischen Sozialdemokratie vom Jahr 1918 bis zum Februar 1934. Dabei spielte der aus der Sowjetunion importierte Begriff vom „Sozialfaschismus“ eine gewichtige Rolle. Eine Einschätzung, die, wie sich gezeigt hat, die Einheitsfront der Arbeiterschaft gegen den Austrofaschismus total vermasselte. Ganz auf Linie, begründete

ich die „notwendige Distanz“ zu den Klassengefährten als eine für diese Zeit unumgängliche Notwendigkeit. Welch tödliche Konsequenz dieser Irrglaube heraufbeschworen hat, war mir damals noch nicht ganz klar.

Wer von den TeilnehmerInnen des so geschilderten Kurses ragte für mich besonders hervor? Nach einer derart langen Zeit ist es mühsam, sich an einzelne Namen zu erinnern. Da war, sofort und nahezu plastisch da: Ernst Wimmer, später Mitglied des Polbüros der Partei, dessen Wissensstand und leidenschaftliche Beredsamkeit ihm größere Aufmerksamkeit verschaffte. Aus der Steiermark sind mir Franz Voves, Betriebsrat der Grazer Puch-Werke und Vater des späteren SPÖ-Landeshauptmanns, und der nachmalige KPÖ-Landessekretär Willi Gaisch im Gedächtnis haften geblieben, darüber hinaus der spätere Sekretär der Wiener Landesorganisation Wien Max Schneider und der Salzburger Otto Kubin von der *Jungen Garde*. Was bei diesen Erinnerungen ins Auge sticht: Frauen fehlen fast völlig, mit einer Ausnahme: Irma Schwager, die im französischen Widerstand mit anderen österreichischen Genossinnen eine bedeutende Rolle gespielt hatte. Sie und Fritz Dichter waren Spiras AssistentInnen im Leitungstrio der Schule.

Kulturprogramm

Große Aufmerksamkeit wurde dem Zugang zum Kulturbetrieb gewidmet. Regelmäßige Besuche von Aufführungen in der *Scala*, dem von der Partei subventionierten Theater, waren ein „Muss“. Der direkte Kontakt mit den großartigen Schauspielerinnen und Schauspielern aus diesem Ensemble blieb nicht aus. Fast mit einem Gefühl der Ehrfurcht empfingen wir etwa Karl Paryla und Wolfgang Heinz. Künstler wie Georg Eisler, der spätere Vorsitzende der Wiener Secession, einer sich vom offiziellen Malerklüngel abgespaltenen Gruppierung, fehlten ebenso wenig wie der Komponist und Musikkritiker der *Volksstimme* Marcel Rubin. Als uns Rubin einen Gastbesuch abstattete, stellte ich ihm die Frage, wie wir Kommunisten die Persönlichkeit des Antisemiten Richard Wagner, dessen Werke uns aus der NS-Zeit immer noch in den Ohren gellten, einordnen sollten. Er setzte sich

19. Gedenkfahrt nach Engerau

Zu Ostern 1945 trieben Wiener SA-Männer und „politische Leiter“ der NSDAP Hunderte ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter vom Lager Engerau über Hainburg nach Bad Deutsch-Altenburg, wo sie nach Mauthausen verschifft wurden. Mehr als hundert Menschen wurden erschossen, erschlagen und zu Tode misshandelt.

Die *Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz* führt jedes Jahr eine Gedenkfahrt zu den Gedächtnisorten des ehemaligen Lagers für ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter in Engerau (Petržalka) in Bratislava durch.

Programm

8.45 Gedenkkundgebung bei der Gedenktafel am Restaurant Leberfinger in Bratislava-Petržalka

10.00 Transnationale Gedenkfeier beim Mahnmal auf dem Friedhof von Bratislava-Petržalka

11.15 Auf den Spuren des Lagers Engerau in Petržalka

Mittagspause in Wolfsthal

14.30 Gedenkkundgebung beim Gedenkstein in Wolfsthal

Ansprache von Bürgermeister LAbg. Gerhard Schrödinger

15.00 Auf den Spuren des „Todesmarsches“ von Engerau nach Bad Deutsch-Altenburg

15.30 Gedenkkundgebung in Hainburg

16.15 Gedenkkundgebung in Bad Deutsch-Altenburg

*Historische Einleitung und Begleitung:
Dr.ⁱⁿ Claudia Kuretsidis-Haider
Dr.ⁱⁿ Eleonore Lappin*

Sonntag, 31. März 2019

Abfahrt: 7.45, Rückkehr: ca. 18.00
Treffpunkt: Praterstern 1, 1020 Wien
(Jüdisches Institut für Erwachsenenbildung)

TeilnehmerInnenbeitrag: 20 Euro
(ermäßigt 10 Euro)

Anmeldung: Tel.: 01/22 89 469/315
claudia.kuretsidis@doew.at

Weitere Informationen: www.doew.at

damals, selbst Jude, ausführlich mit diesem Thema auseinander. Unter Hinweis auf Thomas Mann, der sich in einer längeren Arbeit ausführlich mit Wagner beschäftigt hatte, erklärte er die Notwendigkeit, dem Musiktitan trotz seiner abscheulichen rassistischen Gehässigkeiten künstlerische Geltung widerfahren zu lassen. Georg Eisler und Marcel Rubin waren Berühmtheiten, die einerseits von den Wiener Kulturpäpsten vom Schlage eines Friedrich Torberg oder Hans Weigel in der übelsten antikommunistischen Manier abgetan wurden, denen aber selbst diese von den Amerikanern gesponserten Giftspritzen Talent und Größe nicht absprechen konnten.

Der Gang zu Konzerten mit den dafür notwendigen Eintrittskarten erfolgte für uns Parteischüler auf freiwilliger Basis. Unvergesslich ist mir dabei das Doppelkonzert für zwei Violinen von Johann Sebastian Bach im Großen Saal des Wiener Musikvereins im Juni 1950. Die Solisten waren Yehudi Menuhin und Wolfgang Schneiderhan. Ein denkwürdiges Ereignis, bei dem der Bühnengigant Oskar Werner in der Reihe hinter mir saß. Auf die Gefahr, wie ein Schwärmer zu formulieren: Es war dies für mich eine Art von erstem direkten Rendezvous mit der Klassik.

Werkzeuge für den Klassenkampf

Neben Ernst Fischer, dem Chefredakteur von *Weg und Ziel* Franz Marek, dem Chefredakteur der *Volksstimme* Erwin Zucker-Schilling und dem Polizeigewerkschafter Moritz Fels-Margulies als Vortragende kamen auch Johann Koplenig und Friedl Fürnberg – der Vorsitzende und der Generalsekretär der Partei – auf Kurzbesuch vorbei. Solche Visiten waren angekündigt, und der Empfang dieser Parteispitzen löste nicht nur Begeisterung aus, sondern es galt auch als ehrenvoll, von ihnen in Augenschein genommen zu werden. Der hohe Stellenwert, den die KPÖ damals einer gründlichen Schulung ihrer Kader zum Maß, wird auch durch den Umstand deutlich, dass wir Genossinnen und Genossen der Laufbergerschule am 1. Mai 1950 den Demonstrationzug der KPÖ über die Wiene Ringstraße anführen durften.

Das Bemühen, uns nicht nur mit den Werken von Marx, Engels, Lenin und Stalin vertraut zu machen, den Mehrwert auf verständliche, wenngleich oberflächliche Weise in unseren Verstand einzupflanzen, zu lehren, wie der dialekti-



Vortrag von Leopold Spira in der Parteischule der KPÖ, 1951.

sche und historische Materialismus in der Praxis handzuhaben seien, vermittelte etlichen von uns Werkzeuge für den Klassenkampf, die bis dato in Zeiten eines überschwappenden Neoliberalismus ihre Aktualität behalten haben. Rückblickend müssen aber auch die dabei gepredigten Vorstellungen von einer gesellschaftlichen Wahrheit, die nur den Marxisten-Leninisten zur Verfügung stünde, als Widerspruch in sich gebrandmarkt werden. Kritik am Dogmatismus auch nur zaghaft in die Diskussion einzubringen, war damals undenkbar, stand niemanden zu und hätte im Ernstfall wohl ein Parteiverfahren zur Folge gehabt.

Gab es in den frühen 1950er Jahren in der Tat schon marxistische Denker, die ein solches gegen Stalin gezieltes Schema, eine Abspaltung in Erwägung gezogen haben? Natürlich gab es sie: Es existierte eine ganze Reihe von Werken, aus denen unbestreitbare Argumente zu schöpfen gewesen wären. In der Laufbergerschule gab es darauf aber keinen Hinweis, noch waren sie in der dortigen Bibliothek zu finden. Was uns vorgetragen wurde, war mit dem Stempel der Unwiderlegbarkeit versehen. Hätte jemand wider den Stachel gelockt, wir wären von ihm abgerückt.

Nach dem Abschluss des Staatsvertrags im Jahr 1955 musste das Objekt in der Laufbergergasse zurückgegeben werden, worauf die Parteischule der KPÖ in der Wienerwald-Gemeinde Mauerbach am Stadtrand von Wien untergebracht wurde.

Die „stillen Helden“ des Landesrats

Viele bedeutsame Geister haben sich immer wieder Gedanken gemacht, was Geschichte eigentlich sei. Für James Joyce war sie gelegentlich „ein Albtraum, aus dem wir hin und wieder zu erwachen versuchen“. Was wir allerdings, sollte das Aufwachen gelungen sein, dann mit ihm und ihr anfangen sollten, sagte er nicht. Robert Musil wiederum hielt es in dieser Hinsicht weniger mit Abträumen, sondern mit der Willkür,



Sepp Plieseis (1913–1966)

durch die grundsätzlich Fragwürdiges als Geschichte in die Gegenwart gerettet würde. „Die berühmte historische Distanz“, so behauptete er, bestehe darin, „dass von hundert Tatsachen fünf- und neunzig verloren gegangen sind, weshalb sich die verbliebenen ordnen lassen wie man will.“

Nun will ich dem nicht zur Gänze widersprechen. Dass nicht nur der einzelne Mensch, sondern auch die Menschheit mit Vergesslichkeit geschlagen sind, wer wollte das bestreiten? Manchmal aber (häufig?) wird mit Gedächtnisschwäche oder Gedankenlosigkeit entschuldigt, was von Einzelnen, Gruppen, Cliquen oder Klassen absichtlich beiseitegeschoben, unter den Tisch gekehrt, verschwiegen, als nicht erinnerungswürdig abgetan wurde. Von den fünf- und neunzig verloren gegangenen Tatsachen haben einige bestimmte Menschen gestört, sie sind nicht einfach dem Schweigen anheimgefallen, sondern wurden zum Schweigen gebracht. Und darüber hinaus ist Musil auch unpräzise, was das Ordnen betrifft. Denn auch beim

Zusammenstellen der verbliebenen Tatsachen gibt es die lautstarken Organisatoren und die, die man nicht hört, weswegen „wie man will“ meistens nur so funktioniert, wie Obrigkeiten wollen. Indem die Leisen von denen mit den Lautsprechern übertönt werden.

Andererseits sind manche historisch bedeutsame Geschichten nur der Vergangenheit entrissen worden, weil es mutige, widerständige Menschen gab, die entgegen den obrigkeitlichen Richtlinien die Bedeutung verschiedener Tatsachen, Umstände oder Dinge aus der Vergangenheit nicht nur für Einzelne, sondern für die Menschheit erkannten und entsprechende Handlungen setzten. Die Bevölkerung Belgiens beispielsweise könnte den berühmten Altar in der Kathedrale der Stadt Gent seit Jahrzehnten nicht mehr bewundern, wenn er nicht von mutigen Menschen aus dem steirischen, oberösterreichischen und salzburgischen Salzkammergut vor der Vernichtung bewahrt und für die Nachwelt gerettet worden wäre. Dieses beeindruckende mehrteilige bildnerische Kunstwerk mit einem Gesamtausmaß von knapp vier mal über fünf Metern wurde im fünfzehnten Jahrhundert von Jan van Eyck und dessen Bruder Hubert geschaffen. Gemeinsam mit unzähligen in ganz Europa zusammengeraubten Kunstschatzen von Vermeer, Rembrandt, Tizian, Raffael, da Vinci, Rubens bis Bruegel und vielen anderen ließen der und die Führer des Deutschen Reiches seit 1943 auch diesen Schatz in den „sicheren“ Stollen des Altausseer Salzbergwerks einlagern, um ihn mit den anderen nach dem unausweichlichen „Endsieg“ in jenem „Führermuseum“ ausstellen zu können, das in Linz für das „Tausendjährige Reich“ geplant war.

Da sich dieser Sieg dann doch nicht als unausweichlich erwies, hatte der oberösterreichische Gauleiter Eigruber (zuständig auch für das Ausseerland) in den letzten Tagen vor der Niederlage des NS-Regimes die Sprengung der Stollen verfügt, um „die Kunstschatze nicht in die Hand des Weltjudentums gelangen zu lassen“. Über die nun folgenden Ereignisse dominieren heute medial zwei Erzählungen. Die erste ist lustig und wurde mit dem Hollywood-Schinken „Monument Man“ (George Clooney, wow!) weltweit verbreitet. Nicht sonderlich erfolgreich, aber zur Verstärkung des

Unsinn, den Wikipedia liefert, reichte es: Die Kunstschatze wurden demnach nach Kriegsende von der Monuments, Fine Arts, and Archives Section geborgen. Will man Namen wissen, nennt sie Wikipedia natürlich auch: Walker Hancock, George Stout, Stefan P. Munsing, James Rorimer, Lincoln Kirstein, John Davis Skilton, Walter Farmer und Harry Ettlinger. Diese Abteilung der US-Armee, kurz „Monument Man“, habe demnach also



Agnes Primocic (1905–2007)

„die europäische Kultur gerettet“. Das glaubten jedoch außer Wikipedia nicht einmal die meisten Filmkritiker.

Das zweite Narrativ erwähnt „eine mutige Gruppe von Bergmännern und Zivilisten“, die „in den letzten Kriegstagen tausende unwiederbringliche Kunstwerke und auch den weltberühmten Genter Altar vor der Vernichtung [retteten]“. Will man Namen wissen, hat man's, jedenfalls im Netz, nicht leicht. Zudem war damals mehr erforderlich als „Bergmann“ zu sein, um zu wissen, dass die Nazis die geraubten Kunstschatze in stillgelegte Stollen verbracht hatten; dass dann in Kisten mit der Aufschrift „Vorsicht Marmorplastiken! Nicht stürzen!“ Bomben eingelagert wurden; dass es notwendig war zu wissen, welche Funktionäre des Regimes (der Altausseer Ortsgruppenleiter Kain? Der Gauleiter Eigruber? Der später in Nürnberg hingerichtete hochrangige SS-Bonze Kaltenbrunner?) und welche Ausführenden für die beabsichtigten Handlungen in Frage kamen und vieles mehr. Es war eine illegale Organisation, eine Gruppe von

untergetauchten Widerstandskämpfern erforderlich, die zugleich Beziehungen zu legal Arbeitenden und Informierten unterhielten – allesamt Menschen jedenfalls, die ihr Leben riskierten und bereits lange zuvor riskiert hatten. Ich nenne hier nur zwei mit Namen, stellvertretend für alle anderen Beteiligten. Den 1943 aus der KZ-Außenstelle Hallein ausgebrochenen Widerstandskämpfer Sepp Plieseis („Gruppe Willy-Fred“, „Österreichische Freiheitsfront“), der führender Kopf einer Untergrundgruppe war, die ihr Rückzugsversteck in den Bergen hatte und an der Rettung der Schätze beteiligt war – und der das Pech hatte, früh genug zu sterben (1966), sodass die einundzwanzig Jahre nach dem Krieg nicht

ausreichten, ihn zu ehren, weshalb man auch heute nicht an ihn zu erinnern braucht. Und stellvertretend für jene Frauen, ohne die die untergetauchten Männer nicht überlebt hätten und die auch für Kurierdienste und Informationsbeschaffungen bedeutsam waren, erinnere ich an die Halleiner Zigarrenfabriksarbeiterin und Widerstandskämpferin Agnes Primocic, die zwar nicht unmittelbar an der Rettungsaktion aus den Stollen beteiligt war, aber zum Beispiel Plieseis in Hallein mit zur Flucht verholfen hatte und schließlich dort vor Kriegsende weitere siebzehn Inhaftierte rettete. Sie lebte lange genug (1905–2007), sodass sie gerade noch knapp vor ihrem Tod von offiziellen Stellen geehrt wer-

den konnte (1999 von der Stadt Hallein, 2005 vom Land Salzburg).

Aber diese Namen erwähnte der für die Ressorts Gesundheit und Kultur zuständige Landesrat der Steiermärkischen Landesregierung im Jahr 2018 nicht, als er Mitte Oktober in Gent die Ausstellung „Stille Helden retten Genter Altar“ mit eröffnete. Er hätte auch den Salinenangestellten Hans Moser nennen können oder Karl Feldhammer – beide knapp vor Kriegsende durch NS-Hand umgekommen. Nicht nur mussten die „Helden“ still sein, weil sie nicht mehr lebten, sondern auch, weil sie in den Jahrzehnten danach verschwiegen worden waren, manche mundtot gemacht. Einige auch unter Ausnutzung der Rhetorik des Kalten Krieges verleumdet. Das ist heute praktisch, weil dann der einzige Name, der bei der Ausstellungseröffnung in Gent aus dem „Land der heldenhaften Retter“ genannt zu werden braucht, der des Landesrats ist, der dort über die „größtenteils verborgenen Verbindungen zwischen Belgien und der Steiermark“ schwadronieren darf. Und mit der doch seltsamen Diagnose aufwartet, die Ausstellung, bei der auch der Rettung der „Madonna von Brügge“ gedacht wurde, sei „andererseits aber vor allem eine Würdigung des mutigen Einsatzes steirischer Bergleute für den Schutz ihrer Familien, ihres Umfelds und schließlich für die Rettung bedeutender historischer Kunstschatze“.

Den Fokus allein auf den Landesrat zu richten, könnte jedoch insofern zu kurz greifen, als die Bezeichnung „stille Helden“ bereits für eine Festveranstaltung zum Gedenken an die Rettung der Kunstschätze Ende September 2016 in Altaussee kreiert worden war – samt „Stille Helden“-Sonderbriefmarke der Österreichischen Post, der Involvierung und Anwesenheit des bei solchen Dingen in Altaussee unvermeidlichen Großunternehmers und Sozialdemokraten Hannes Androsch und anderer „Prominenz“. Jedenfalls bewahrheitet sich auch an dieser Geschichte die Feststellung des 2017 verstorbenen österreichischen Kunstwissenschaftlers Peter Gorsen: „Die Grenze zwischen Aufarbeitung der Geschichte und Propaganda ist hauchdünn.“

KARL WIMMLER

Verweise:

„Stille Helden“ in Gent, in: Kulturzeitung Achtzig (Graz), November/Dezember 2018
https://de.wikipedia.org/wiki/Genter_Altar_stillehelden-salzkammergut.at/pages/event.php
 [17.1.2019]

Redimensionierung des Gedenkens auf ein Hundeklo

In Krems gibt es einen Platz, der nach einem hingerichteten Widerstandskämpfer benannt ist. Der Franz-Zeller-Platz in Stein hat schon viel erlebt, mit der Errichtung der Kunsthalle ist fast so etwas wie großstädtisches Flair dort ansässig geworden. Mit der Landesgalerie glitzert jetzt die Kunstwelt weithin



Franz Zeller (1900–1942)

sichtbar. Doch als Adresse für einen so wunderschönen stromlinienförmigen Bau eignet sich ein geköpfter Widerstandskämpfer wirklich nicht.

Deshalb heißt der Platz jetzt Museumsplatz. In meiner ersten Emotion habe ich geschrieben, dass die Stadt Krems damit die Geschichte entsorgt. Das stimmt jedoch nicht. Sie redimensioniert vielmehr die Erinnerung an den Widerstand auf eine Rabatte mit angrenzender Häu-

serecke, man könnte auch despektierlich sagen auf ein Hundeklo mit integrierter Ecke. Und damit die Menschen wissen, wo das Museum zu finden ist, heißt der Platz nun Museumsplatz (vormals Franz-Zeller-Platz).

Der Platz im Platz, eine Oscarreife Idee. Man hätte dies alles mit einem starken Bekenntnis zu einer anderen längst überfälligen Erinnerungskultur verknüpfen können, doch dies ist nicht passiert. Bis heute hat das Gedenken an die Inhaftierten und durch die Nazis Ermordeten keinen Platz in der Erinnerungskultur der Stadt. Nach dem Hilfsarbeiter Franz Zeller wurde zumindest ein Platz benannt. Die sowjetische Besatzungsmacht hat verhindert, dass die lokale Bevölkerung nicht bereits im Juli 1945 zur Tagesordnung des Vergessens übergehen konnte.

Die beiden anderen am 30. September 1942 geköpften Widerstandskämpfer waren der Tischler Johann Hoffmann und der Buchhalter Ferdinand Strasser, der bis 1934 immerhin Vizebürgermeister von St. Pölten war. Sie sind heute vergessen, ebenso wie die vielen Inhaftierten aus Krems. Blicken wir in die Zukunft, erfreuen wir uns der neuen Architektur und der Ausstellungen, genießen wir das Leben und vergessen wir endlich den antifaschistischen Widerstand. Wen kümmert es, dass im Urteil gegen die drei später hingerichteten Kommunisten stand, dass sie für ein freies und unabhängiges Österreich eingetreten waren.

ROBERT STREIBEL

Christian Koller/Matthias Marschik (Hg.): Die ungarische Räterepublik 1919. Innenansichten – Außenansichten – Folgewirkungen. Wien: Promedia Verlag 2018, 276 S., 21,90 Euro

Eine „Diktatur der Verzweigung“ – so nannte Otto Bauer in einem (anonymen) Kommentar auf der Titelseite der „Arbeiter-Zeitung“ am Tag nach der Ausrufung der Räterepublik in Budapest die neue Staatsmacht im Nachbarland. Als sich Ende März 1919 die politische und ökonomische Krise in Ungarn zuspitzte, befeuert durch das Ultimatum der Siegermächte des Ersten Weltkrieges, nach dem Verlust der durch tschechische und französische Truppen besetzten Slowakei auch noch den Osten des Landes – Siebenbürgen – abzutreten, in diesem Fall an Rumänien, war alles sehr schnell gegangen: Am Vormittag des 21. März 1919 beschloss die ungarische Sozialdemokratie, sich mit der Kommunistischen Partei Ungarns zu vereinen. Die Vereinbarung über die Bildung der Sozialistischen Partei wurde mit den noch im Gefängnis sitzenden Parteiführern der KPU am Nachmittag unterschrieben. Zentraler Punkt der Vereinbarung war die Machtübertragung an den unter sozialdemokratischer Führung stehenden zentralen Arbeiterrat und die Ausrufung der Räterepublik.

Aus Anlass des 100. Jahrestags dieser „ersten friedlichen Machtergreifung einer kommunistischen Regierung“ – so die beiden Herausgeber in ihrer Einleitung – hat der Promedia-Verlag einen Band mit 16 Beiträgen veröffentlicht, die sowohl die innerungarischen Entwicklungen zeigen als auch die Budapester Räterediktatur in die internationalen Entwicklungen am Ende des Ersten Weltkrieges einzuordnen versuchen. Zusammengefasst und mit einem informativen, kurzen Überblick eingeleitet wird das Buch von Christian Koller, Direktor des Schweizerischen Sozialarchivs, und dem Wiener Kulturwissenschaftler und Sporthistoriker Matthias Marschik.

Den Hauptartikel – „Mythos und historische Wirklichkeit eines Weltereignisses: Bürgerlich-demokratische Volksrevolution und sozialistische Räterevolution in Ungarn 1918–1919“ – hat der Dresdner Osteuropa-Historiker Karl-Heinz Gräfe verfasst. Mitherausgeber Christian Koller unternimmt in seinem Beitrag („Räte auf drei Kontinenten. Die ungarische Räterepublik als Teil einer transnationalen Bewegung?“) eine Art theoriegeschichtliche Einordnung der

Räteidee, die ihren Höhepunkt von 1917 bis in die frühen 1920er Jahre erlebte, „als in etwa 30 Ländern Arbeiterräte entstanden“, und fasst die „Grundprinzipien“ dieser Idee folgendermaßen zusammen: „[...] die hierarchische Wahl von unten nach oben (die unteren Räte wählen die nächsthöheren), die Aufhebung der Gewaltenteilung, die Bindung der Deputierten an Aufträge ihres Elektors (,imperatives Mandat‘) und die jederzeitige Möglichkeit zur Abberufung der Deputierten. Als zusätzliche Merkmale des Räteystems wurden häufig die Wahl nicht nach Wohnbezirkswahlkreisen, sondern in den Betrieben sowie der Ausschluss der besitzenden Klassen betrachtet.“ (S. 48f.)

Veronika Helfert und Judith Szapor weisen in ihrem Beitrag („Revolution der Männer?“), der die Beteiligung der Frauen an den revolutionären Aktionen 1918/19 in Ungarn und Österreich miteinander vergleicht, auf die Tendenz zur Ausschließung von Frauen aus dem politischen Prozess durch die Bindung des Mandats (und sogar des Wahlrechts) an die Zugehörigkeit zur Betriebsarbeiterschaft hin. Sie zeigen aber an zahlreichen Beispielen, durch welche Maßnahmen es dennoch gelang, in beiden Ländern Frauen in die revolutionären Bewegungen einzubinden (z.B. Wahlrecht für alle, die Mitglieder in Gewerkschaften und „klassenbewussten“ Organisationen waren), und wie „die ungarische Räterepublik zahlreichen Frauen für eine sehr kurze Zeit eine nie zuvor dagewesene Handlungsmächtigkeit (agency), vor allem in den weiblich konnotierten Bereichen der Bildung und der öffentlichen Gesundheit“ bot (S. 153.)

Angesichts der seit mehr als einem Jahrzehnt zu beobachtenden Rückkehr von antisemitischen Stereotypen im politischen Diskurs in Ungarn, die unmittelbar an die Nazi-Propaganda anzu-

knüpfen scheinen, ist der Beitrag von Julia Riechers und Regina Fritz („Der Vorwurf des ‚Judeo-Bolschewismus‘ und die Folgen der Räterepublik für die ungarische Gemeinschaft in Ungarn“) von besonderer Bedeutung. Sie machen klar, dass diese Stereotypen in Ungarn nicht an der NS-Diktion, sondern direkt an der antisemitischen Gräuelpropaganda der Gegner der Räterepublik anknüpfen. Der immer wiederkehrende Topos von der „jüdischen“ Führung der Räterepublik übersieht, dass der Großteil der angeblichen Juden mit der jüdischen Religion nichts zu tun hatte und das Judentum zum Teil sogar – aus einer atheistischen und antikapitalistischen Haltung heraus – bekämpfte. Damit wird eine rassistische Zuschreibung bis in die Gegenwart politisch instrumentalisiert. Die beiden Autorinnen zeigen die Gleichzeitigkeit des so genannten „weißen Terrors“, d.h. der Gewaltexzesse nach dem Sturz der Räterepublik am 1. August 1919, mit einer Explosion des Antisemitismus (bis zu Pogromen in zahlreichen Dörfern), der sich auch in der Gesetzgebung niederschlug: 1920 beschloss das Parlament Zugangsbeschränkungen für Juden und Jüdinnen an den Universitäten („numerus clausus“), indem Angehörige der israelitischen Religionsgemeinschaft zu einer „jüdischen Nationalität“ erklärt wurden.

Mit der Frage des „roten“ und des „weißen“ Terrors setzt sich Béla Bodó auseinander, der seit Jahren zu diesem Thema intensiv forscht. Der Beitrag räumt mit einigen Mythen auf, weshalb auf ihn hier näher eingegangen werden soll: Tatsächlich gab es, so Bodó in seinem Aufsatz „Actio und Reactio“, Gewalt auf beiden Seiten. Angesichts des Ungleichgewichts der Gräueltaten ist ihre Gleichsetzung aber ein Beispiel für tendenziöse Geschichtsschreibung: Zur Zeit der Räterepublik fielen 390 bis

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT, Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung, Drechslergasse 42, 1140 Wien

Vereinsvorstand: Mag. Alexander Dinböck, Dr. Sabine Fuchs, Dr. Winfried R. Garscha, Mag. Michael Graber, Mag. Dr. Heimo Halbrainer, Univ.-Prof. Dr. Rudolf Kropf, Mag. Robert Krotzer, Mag. Dr. Claudia Kuretsidis-Haider, Dr. Walther Leeb (Präsident), Dipl.-Ing. Friederike Lerch (Kassierin), Mag. Dr. Simon Loidl (Schriftführer), Mag. Dr. Peter März, Mag. Dr. Manfred Mugrauer (wissenschaftlicher Sekretär), Dr. Elke Renner (Vizepräsidentin), Fini Seif, Ass.-Prof. Mag. Dr. Valentin Sima.

Grundlegende Richtung: Die ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT ist eine gemeinnützige Organisation, deren Tätigkeit ausschließlich wissenschaftlichen und volksbildnerischen Zwecken dient. Ihre Aufgabe und diejenige ihres Periodikums „Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft“ ist die Erforschung der gesellschaftlichen Entwicklung in Österreich, insbesondere der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung.



Solidaritätsstreik der ArbeiterInnenbewegung mit der ungarischen Räterepublik am 21. Juli 1919 in Wien.

maximal 1.000 Menschen Gewalttaten zum Opfer, wohingegen der „weißen Terror“ zwischen August 1919 und November 1920 bis zu 5.000 Menschenleben forderte. Von den 390 bekannten Opfern des „roten Terrors“ waren ein beträchtlicher Prozentsatz Grundbesitzer, Gutsverwalter und Bauern mit eigenem Land, aber auch die übrigen waren mehrheitlich (Bodó schätzt sie auf drei Viertel) in irgendeiner Weise mit der landwirtschaftlichen Produktion verbunden. D.h. es waren vor allem plündernde Arme aus den Städten, die diese Menschen umbrachten. Systematische Gewalt wurde in erster Linie von einer kleinen paramilitärischen Polizeieinheit ausgeübt, die sich „Leninburschen“ (Leninfiúk) nannte, der aber auch einige junge Frauen angehörten. Bodó resümiert: „Etwa fünf Prozent der Opfer des Roten Terrors waren Deserteure oder gemeine Kriminelle, die auch unter einem anderen Regime verfolgt oder hingerichtet worden wären. Nur fünf Prozent der Opfer des Roten Terrors waren nicht wegen ihrer Handlungen, sondern wegen ihrer gesellschaftlichen Herkunft (Aristokratie oder Bürgertum) ermordet worden. Diese Zahlen standen in scharfem Kontrast zum Ergebnis der ethnischen und religiösen Verfolgungen während des Weißen Terrors“ – so waren „minde-

stens ein Drittel der ab August 1919 von den Milizen getöteten Menschen Juden und Jüdinnen. Die Mehrheit von ihnen wurde nicht wegen Widerstandshandlungen ermordet, sondern einfach, weil sie jüdisch waren (oder zu sein schienen).“ Einen eklatanten Unterschied stellte Bodó auch bei der Art der Tötung fest: „88 Prozent der Opfer des Roten Terrors wurden erschossen und nur vier Prozent ertränkt, stranguliert, erdolcht oder zu Tode geprügelt. Die weißen Milizen, auf der anderen Seite, folterten ihre Opfer regelmäßig zu Tode.“ (S. 80.)

1987 veröffentlichte Hans Hautmann die bisher umfangreichste Länderstudie über die Rätebewegung außerhalb Russlands („Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924“). Darin, aber auch in späteren Aufsätzen, hat sich Hautmann immer auch mit der Frage der Stellung der österreichischen Räte im Vergleich zu denen in den Nachbarländern auseinandergesetzt. In einem Interview mit Benjamin Birnbaum von der französischen Theorie-Zeitschrift *Période*, das vom online-Magazin *Ada* aus Anlass des Ablebens Hautmanns am 3. Juli 2018 in deutscher Sprache nachgedruckt wurde, wies er darauf hin, „dass das Räteystem in Österreich bezüglich Aufbau, Wahlmodus, Wahlbeteiligung und Klarheit der innerorgani-

satorischen Spielregeln die Rätebewegung in Deutschland und Ungarn übertraf“. Hervorzuheben sei vor allem „dass die Räteorgane grundlegende Umgestaltungen bei der Lebensmittelversorgung, im Wohnungs-, Gesundheits-, Erziehungs- und Bildungswesen anstrebten und auf örtlicher Ebene, an der Basis, in Angriff nahmen“.

Hautmanns Beitrag für den vorliegenden Sammelband ist eine seiner letzten publizierten wissenschaftlichen Arbeiten. An der Präsentation des Buches konnte er nicht mehr teilnehmen. Hautmanns Aufsatz stellt einen Abriss der Beziehungen zwischen der österreichischen Rätebewegung – in erster Linie dem Reichsvollzugsausschuss der Arbeiterräte (RVA) – und der ungarischen Räterepublik dar. Er macht klar, in welchem Ausmaß sich die sozialdemokratische Parteiführung angesichts des Umsturzes in Budapest zum Lavieren zwischen den unterschiedlichen Positionen innerhalb der österreichischen Arbeiterbewegung genötigt sah. Mit einem Male wurde der RVA, der bis dahin eher ein Schattendasein geführt und keinen Einfluss auf die politischen Entscheidungen in den ersten Monaten der Ersten Republik gehabt hatte, „zu einem innen- und außenpolitischen Sprachrohr von größter Bedeutung“, dem die SDAP ab sofort den Vorrang vor allen anderen proletarischen Organisationen einräumte. „Das Gewicht der politischen Willensäußerungen des Arbeiterrats wog in den Monaten der Existenz Räteungarns umso schwerer, als er ja gerade jene Instanz war, die ihrer ganzen Herkunft und Zwecksetzung nach sowie infolge der tatsächlichen Machtverhältnisse berufen gewesen wäre, Träger einer Machtübernahme durch das Proletariat zu sein.“ (S. 169)

Für die sozialdemokratische Führung, die ein Übergreifen der Revolution nach Österreich zu verhindern trachtete, war es daher notwendig, einerseits die Machtstellung des Reichsvollzugsausschusses der Arbeiterräte anzuerkennen, andererseits aber gerade mit der neu gewonnenen Autorität des RVA eine Stellungnahme abzugeben, die die positive Haltung zur Revolution in Ungarn mit der ablehnenden Haltung zu einer Revolution in Österreich verband. Denn der Revolutionäre Regierungsrat in Budapest hatte in seinem ersten Aufruf („An Alle!“) die deutschen und österreichischen Arbeiter aufgefordert, „dem Beispiel der ungarländischen Arbeiterschaft zu folgen [...], die Räterepublik zu konstituieren und mit den Waffen in der

Hand den imperialistischen Eroberern Trotz zu bieten“ (S. 167)

Die Antwort des Reichsvollzugsausschusses war eine im Ton freundliche, aber trotzdem klare Absage: Die österreichischen Arbeiter würden den ungarischen „von Herzen gern“ folgen, „aber zur Stunde können wir das leider nicht“. Der Grund hierfür sei die vollkommene Abhängigkeit von Lebensmittellieferungen der Entente. „Wohl aber ist es unsere heiligste Pflicht, für alle Fälle gerüstet zu sein.“ Die Antwort an Budapest schloss mit guten Wünschen: „Mit heißem Herzen verfolgen wir die Ereignisse und hoffen, dass die Sache des Sozialismus siegen wird.“ (S. 169)

Großen Raum widmet Hautmann den Auseinandersetzungen im RVA um die Frage, in welcher Form sich die österreichische Werktätigen dem für Montag, 21. Juli 1919, in mehreren Ländern geplanten Solidaritätsstreik für die bedrängten Räterepubliken Russlands und Ungarns anschließen sollten. Trotz größter Bemühungen gelang es der sozialdemokratischen Parteiführung nicht, anstelle des Solidaritätsstreiks Kundgebungen am arbeitsfreien Sonntag, 20. Juli, abhalten zu lassen. „Der 21. Juli sah die gewaltigste Massenkundgebung, die Wien je erlebt hatte. Der Generalstreik war lückenlos, und trotz strömenden Regens fanden in allen Wiener Bezirken imposante Aufmärsche mit einem Meer roter Fahnen und unzählige Veranstaltungen unter riesiger Beteiligung der ArbeiterInnenschaft statt. Musikzüge intonierten die ‚Marseillaise‘ und die ‚Internationale‘, und Arbeiterchöre sangen nach den Versammlungen, bei denen jeweils SozialdemokratInnen und KommunistInnen das Wort ergriffen, das ‚Lied der Arbeit‘, die neue ‚Republikanische Volkshymne‘ und andere, eigens für diesen Tag komponierte Lieder wie ‚Arbeiter, vereinigt Euch‘ und ‚Der Völker Freiheitssturm‘.“ (S. 174f.)

Hautmann weist auf die Änderung der Machtverhältnisse innerhalb der christlichsozial-sozialdemokratischen Koalitionsregierung nach dem 1. August 1919 hin – trotz ihrer distanzierten Haltung zu Räteungarn war für die SDAP die Existenz der Räterepublik an Österreichs Ostgrenze ein wichtiges Druckmittel gegenüber dem bürgerlichen Koalitionspartner gewesen, das die Durchsetzung sozialdemokratischer Reformvorhaben erleichtert hatte. Der RVA stellte ab August 1919 die Forderung nach Asyl für die in Ungarn verfolgten Revolutionäre in den Mittelpunkt seiner Agita-

tion. Ab 1920 setzten die Arbeiterräte mit vielfältigsten Maßnahmen die Unterbindung jeglichen Warenverkehrs mit Ungarn durch. Hans Hautmann schätzt die Boykottmaßnahmen gegen Ungarn (und jene gegen Polen, das damals Krieg gegen Sowjetrußland führte) als „erste[n] Versuch, mit einem spezifischen proletarischen Kampfmittel in die internationale Politik einzugreifen“ ein; der Arbeiterrat konnte damit in der Periode „seines allmählichen Niedergangs noch einmal [...] seine Schlagkraft unter Beweis stellen.“ (S. 179)

So unterschiedlich die einzelnen Beiträge auch sind, auf die im Rahmen dieser Besprechung nicht umfassend eingegangen werden konnte, so lässt sich doch – so die Herausgeber – aus ihnen eine Art „Common Sense“ des heutigen Standes der Zeitgeschichtsschreibung herleiten: „Die Niederlage der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg und die russische Oktoberrevolution bildeten die Rahmenbedingungen für eine revolutionäre Aufbruchsstimmung in vielen Gebieten Deutschlands und Österreich-Ungarns bzw. deren Nachfolgestaaten, aber auch in anderen europäischen Ländern. Vielerorts entstanden Rätebewegungen, denen es in einigen Territorien gelang, die Herrschaft zu übernehmen und – oft allerdings nur kurzlebige – Räteregierungen zu installieren: politische und ökonomische Zwänge, aber noch viel mehr im weitesten Sinn konservativ-reaktionäre Gegenrevolutionen mit stark (para-)militärischer Unterstützung konnten diese Räteregierungen bereits in ihrer Aufbauphase gewaltsam beseitigen, ihre Konsolidierung und Praxiserprobung gewaltsam verhindern.“ (S. 9) Das galt auch für die 133 Tage der Ungarischen Räterepublik.

WINFRIED R. GARSCHA

Anna Leder/Mario Memoli/Andreas Pavlic (Hg.): Die Rätebewegung in Österreich. Von sozialer Notwehr zur konkreten Utopie. Wien: Mandelbaum Verlag 2018, 244 S., 17,- Euro

Anlässlich des Jubiläumsjahres 2018 war ein zumindest vorübergehendes Interesse an der österreichischen Rätebewegung in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg zu verzeichnen. Das ist insofern bemerkenswert, als dieses Thema während der vergangenen Jahrzehnte nur von wenigen HistorikerInnen bearbeitet wurde und dementsprechend auch in medialen Darstellungen der Entwicklungen nach dem Ersten Weltkrieg selten eine

Rolle spielte. Der im vergangenen Juli verstorbene Historiker und langjährige Präsident der *Alfred Klahr Gesellschaft* Hans Hautmann beschäftigte sich als einer der wenigen fast während der gesamten Zeit seines Wirkens mit der österreichischen Rätebewegung und verfasste bis heute maßgebliche Standardwerke zum Thema, die auch in dem zu besprechenden Band zitiert werden.

Im vergangenen Jahr nun gab es zumindest einige wenige Veranstaltungen und Publikationen, die sich der Rätebewegung hierzulande wie auch in anderen Ländern widmeten. Die Auseinandersetzung mit dem revolutionären Bruch des Jahres 1918 bleibt indes weiterhin Minderheitenprogramm. In den meisten, insbesondere journalistischen Darstellungen, wird das Ende von Weltkrieg und Monarchie so dargestellt, als wäre die Republik automatisch nachgefolgt. „Dabei war es keineswegs so, dass die bürgerliche Demokratie vom Himmel gefallen war“, schreiben die HerausgeberInnen im Vorwort des vorliegenden Bandes, „vielmehr wurde sie von den Massen, heute teilweise als archaische, barbarische Horden diskreditiert, gefordert und durchgesetzt.“ Mehr noch: Nachdem sich die Spitze der Sozialdemokratischen Partei (SDAP) in Regierungsverantwortung wiedergefunden hatte und mit den Christlichsozialen zu arrangieren begann, drängten breite Teile der Bevölkerung zu einer Fortführung der revolutionären Entwicklung: „Die Folgejahre bis etwa 1922 waren gekennzeichnet durch Demonstrationen und Streiks, Forderungen nach Sozialisierung der Betriebe und dem Ausbau der Rätestrukturen. Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung wurde als Ganzes in Frage gestellt.“

Der vorliegende Sammelband ist das Ergebnis einer Tagung, die im Oktober 1918 in Wien stattgefunden hat. Das Buch erhebt nicht den Anspruch, eine vollständige Darstellung der österreichischen Rätebewegung zu bieten. Vielmehr wollen die HerausgeberInnen, wie es im Vorwort heißt, „das Licht auf ausgewählte Aspekte der Rätebewegung werfen, die in unseren Augen zum Verständnis ihrer Konzepte, Ziele aber auch ihres Scheiterns beitragen können“.

Aus diesem Zugang ergibt sich die bemerkenswerte thematische Breite der Texte wie auch der fachlichen Zugänge – neben den für die Bearbeitung des Themas naheliegenden HistorikerInnen versammelt der Band Beiträge von WissenschaftlerInnen mit philosophischem,

soziologischem wie auch politik- oder literaturwissenschaftlichem Hintergrund. Mit „Pannekoeks Katze“ von Ursula Knoll, Andreas Pavlic und Eva Schörkhuber findet sich am Ende des Bandes ein dramatischer Text, der am Abend der Veranstaltung im Oktober letzten Jahres als „Papiertheater“ vorgeführt wurde. Das Stück spielt im selben Milieu, das Schörkhuber und Mitherausgeber Pavlic auch in einem wissenschaftlichen Text bearbeiten: unter den rotgardistischen Intellektuellen, die noch während des Weltkrieges versuchten, Einfluss auf die kriegsmüden Massen zu auszuüben.

Die beiden Texte bilden den Abschluss des Buches, an dessen Beginn Robert Foltins Einführung „Revolution und Rätebewegung in Österreich 1918/1919“ steht. Foltin beschreibt die Streiks und Massenbewegungen des letzten Kriegsjahres und die dabei entstehenden Komitees, aus denen sich schließlich in den Wochen des Übergangs von der Monarchie zur Republik die Rätebewegung entwickelte. Er schildert auf wenigen Seiten die Kräfte, die in dieser Bewegung eine Rolle spielten – neben der SDAP waren dies die Kommunistische Partei und die später in dieser aufgegangene *Föderation Revolutionäre Sozialisten „Internationale“* (F.R.S.I.), die sich wiederum aus VertreterInnen sehr unterschiedlicher Strömungen zusammensetzte. Im Anschluss an Hautmann versucht Foltin die Rätebewegung in ihrer Widersprüchlichkeit zu skizzieren. Die Räte waren nicht nur eine „Form des Selbstorganisation des Proletariats“, sondern konnten auch „als Werkzeug zur Zählung der revolutionären Bewegung

durch die sozialdemokratischen Funktionär_innen funktionieren“. Letztlich setzten sich die SozialdemokratInnen gegenüber den RevolutionärInnen durch. Mit Sozialgesetzen konnten bis dahin beispiellose Errungenschaften durchgesetzt werden – aber auch für die VertreterInnen des kapitalistischen Systems Schlimmeres verhindert und KommunistInnen und linke SozialistInnen zurückgedrängt werden. Dies brachte letztlich die fortschrittliche Entwicklung der ersten Jahre der Republik zum Stillstand: „Das Ende der revolutionären Drohungen bedeutete das Ende der sozialdemokratischen Reformen.“

In weiteren Beiträgen beschäftigen sich Péter Csunderlik und Simon Schaupp mit den Rätebewegungen in Ungarn bzw. Bayern. Jens Benicke und Anna Leder diskutieren Theorie und Utopie der Räteidee, Veronika Helfert erinnert daran, dass in der österreichischen Rätebewegung, wie in allen sozialen Bewegungen, Frauen eine maßgebliche Rolle spielten – auch wenn die Geschichtsschreibung diese häufig ignorierte. Peter Haumer blickt über den Wiener Tellerrand in die umliegenden Städte und Gemeinden, in denen die Rätebewegung der Nachkriegsjahre ebenfalls Spuren hinterließ. Mario Memoli widmet sich der Rolle der jüdischen Poale Zion, deren Vertreter sich insbesondere innerhalb der F.R.S.I. aktiv an der Bewegung beteiligten. Helmut Dahmer schließlich beschreibt einen weniger naheliegenden Aspekt, nämlich die Reflexion von Räten und revolutionärer Bewegung durch österreichische Psychoanalytiker.

SIMON LOIDL

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Irene Filip, Winfried R. Garscha, Heimo Halbrainer, Simon Loidl, Helmut Rizy, Erich Sameck, Florian Schwanninger, Robert Streibel, Karl Wimpler

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

Österreichische Post AG

Sponsoring-Post

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930

BIC: OPSKATWW

Vor hundert Jahren, am 3. November 1918, wurde die Kommunistische Partei Österreichs gegründet. Sie ist damit die drittälteste kommunistische Partei der Welt und die älteste Partei Österreichs mit ungebrochener Kontinuität.

Hundert Jahre KPÖ bedeuten in erster Linie hundert Jahre aufrechten Gangs Hunderttausender Menschen durch die österreichische Zeitgeschichte. Wie mehr als 2.000 Abbildungen zeigen, waren die österreichischen KommunistInnen in Politikfeldern aktiv, die sich wie eine Konstante durch sämtliche Perioden der Parteigeschichte ziehen: in Betrieben und Gemeinden, sozialen Kämpfen, friedenspolitisch, frauenpolitisch und im antifaschistischen Kampf. Hinzu kommt ein „Internationalismus der Tat“, der für alle Phasen der KPÖ-Geschichte kennzeichnend ist. Die KPÖ war dabei nicht nur eine politische und soziale Emanzipationsbewegung, sondern auch eine Kulturbewegung.

Manfred Mugrauer (Hg.): **Partei in Bewegung**. 100 Jahre KPÖ in Bildern
Wien: Globus-Verlag 2018, 448 S., mit ca. 2.300 Abbildungen, 39,90 Euro
Erhältlich beim Bundesvorstand der KPÖ (bundesvorstand@kpoe.at).

